

Demographischer Wandel in Köln



Demographischer Wandel in Köln

Handlungskonzept Demographischer Wandel

- Bericht -

Inhaltsübersicht	Seite
0 Zusammenfassung	2
1 Ratsauftrag und Konzept	30
1.1 Gender Mainstreaming	33
2 Bevölkerungs- und Haushalteentwicklung	35
3 Kommunale Handlungsfelder	49
3.1 Arbeitsmarkt und Beschäftigung	50
3.2 Migration und Integration	71
3.3 Bildung, Qualifizierung, Gesundheit, Kinder und Jugendliche	75
3.4 Menschen im Alter	86
3.5 Wohnen	102
3.6 Versorgung mit Waren und Dienstleistungen	113
3.7 Mobilität	118
4 Weiterführung des Prozesses: Kommunikation, Partizipation und Monitoring	124

Köln, im Juni 2009

0 Zusammenfassung

1 Ratsauftrag und Konzept

Der Rat der Stadt Köln hat durch einen Beschluss vom 29. August 2006 die Verwaltung beauftragt, „Grundlagen für ein Handlungskonzept zu den Auswirkungen des demographischen Wandels in Köln zu erarbeiten.“

Ratsbeschluss

Das Handlungskonzept soll die Basis bieten, „Handlungsempfehlungen für zukünftige Strategien und Konzepte unter Berücksichtigung der einzelnen Stadtteilstrukturen sowie unter Beachtung stadtentwicklungspolitischer, bildungspolitischer, wirtschaftspolitischer und familienpolitischer Gesichtspunkte“ ableiten zu können.

Der Bericht behandelt die kommunalen Handlungsfelder „Arbeitsmarkt und Beschäftigung“, „Migration und Integration“, „Bildung, Qualifizierung, Gesundheit, Kinder und Jugendliche“, „Menschen im Alter“, „Wohnen“, „Versorgung mit Waren und Dienstleistungen“ und „Mobilität“. Er stellt Auswirkungen des demographischen Wandels auf diese Bereiche dar und benennt den Handlungsbedarf aus Sicht der Fachverwaltung. Die Fachlichkeit des Berichts wurde sichergestellt durch die Mitwirkung der entsprechenden Fachverwaltung an der Erarbeitung des Berichts. Beteiligt waren das Dezernat Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht, das Dezernat Finanzen, das Dezernat Wirtschaft und Liegenschaften, das Dezernat Bildung, Jugend und Sport und das Dezernat Soziales, Integration und Umwelt. Die Federführung und Koordination lag beim Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen (Amt für Stadtentwicklung und Statistik).

**Beteiligung der
Fachverwaltungen**

Die Stadt Köln folgt der Empfehlung des Deutschen Städtetages, der als Schlüsselstrategie eine integrierte Stadtentwicklungsplanung vorschlägt, mit der die unterschiedlichen quantitativen, qualitativen und teils räumlichen Aspekte des demographischen Wandels zusammengeführt und zu einer konsistenten kommunalen Strategie gebündelt werden, wobei auch die ökonomischen Trends der Globalisierung und der Tertiärisierung zu berücksichtigen sind. Bei der Entwicklung des Konzeptes zum demographischen Wandel ist der unterschiedliche Blickwinkel von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen einzunehmen (Gender Mainstreaming).

**Integrierte Planung als
Schlüsselstrategie**

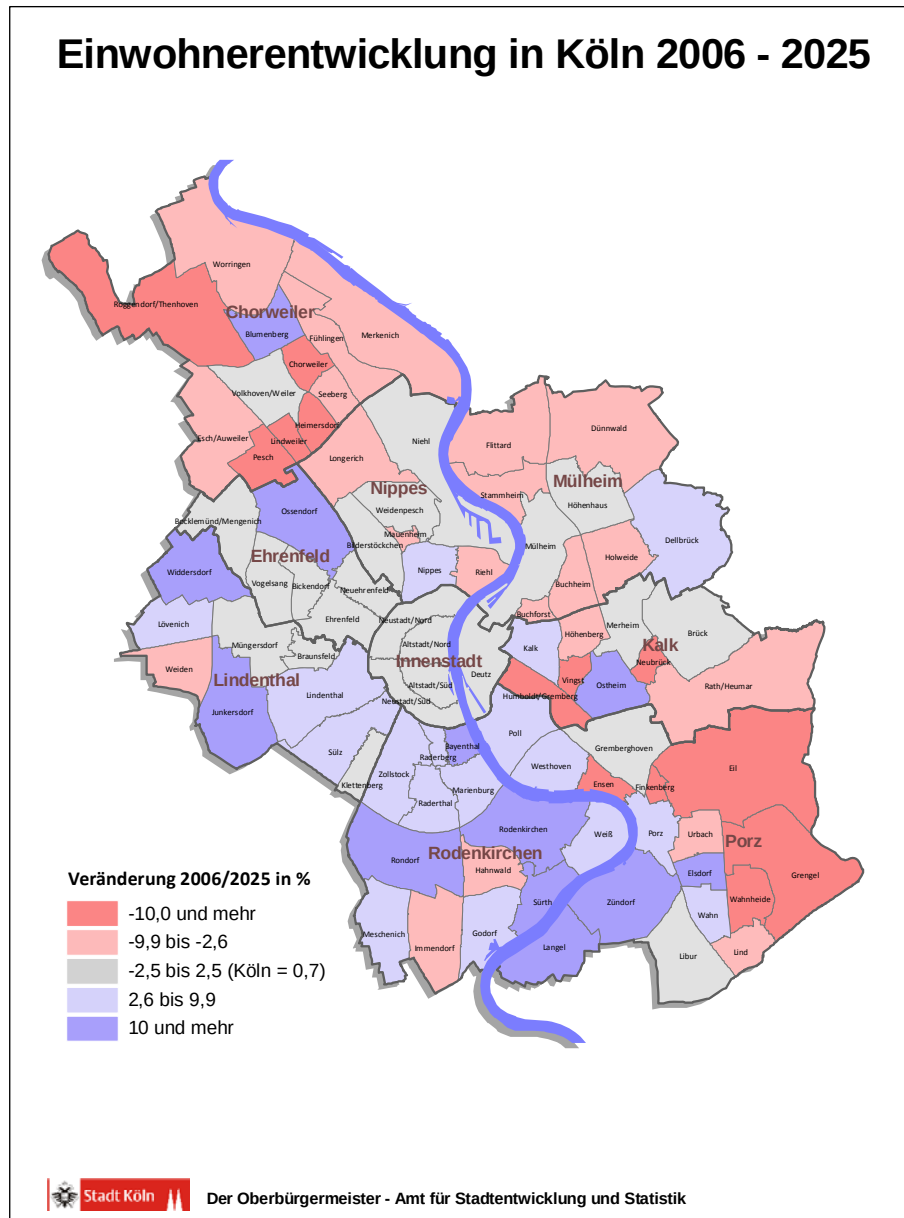
Die Basis eines integrierten Konzeptes zum demographischen Wandel ist eine differenzierte und detaillierte soziodemographische Analyse, verbunden mit einer belastbaren Prognose über die zukünftige Bevölkerungsstruktur

- sowohl gesamtstädtisch als auch stadtteilorientiert und mit Aussagen zum regionalen Kontext.

2 Bevölkerungs- und Haushalteentwicklung

Köln bleibt Wachstumsstadt – die Einwohnerzahl steigt in den nächsten Jahren moderat weiter: Im Jahr 2020 wird Köln eine Einwohnerzahl von über 1,032 Millionen erreichen, 2035 werden es 1,030 Millionen Einwohner sein.

Köln wächst



Der demographische Wandel ist in Köln verglichen mit vielen Regionen und Städten erkennbar verlangsamt: Die Stadt wird permanent durch den Zuzug von Studenten, Auszubildenden und jungen Erwerbstätigen verjüngt. Auch wenn die Stadt – verglichen mit anderen Regionen und Städten – relativ jung bleibt, wird sich ihre Altersstruktur erkennbar verändern: Die zu erwartenden Veränderungen in der Zahl und Altersstruktur werden jedoch im Stadtgebiet nicht überall gleich verteilt eintreten.

Alterstruktur ändert sich

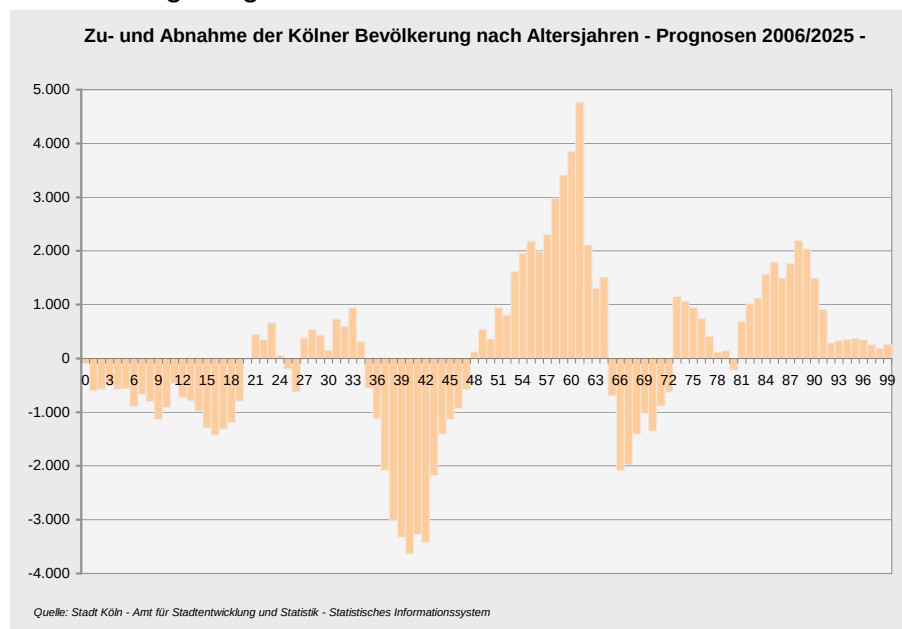
In der Gesamttendenz ergibt sich bis 2025 für die Stadtteilentwicklung ein Muster, das sich von dem bisherigen räumlichen Entwicklungsmuster unterscheidet: An die Stelle eines „klassischen“ Zentrum-/Peripheriegefälles tritt im weitesten Sinne eine „Zweiteilung“, ungefähr entlang einer Diagonale Roggendorf/Thenhoven, Riehl, Vingst, Porz-Grengel. Die neue Prognose zeigt oberhalb dieser Diagonale mehrheitlich Stadtteile mit Einwohnerrückgängen.

Ungleiche Entwicklung in den Stadtarealen

Die Bevölkerungsstruktur ändert sich:

- Die Zahl der Kinder und Jugendlichen (bis unter 18) geht zurück.
- Die Zahl der Personen im Ausbildungsalter (18 bis 25 Jahre) bleibt bis 2025 relativ stabil und geht dann leicht zurück.
- Die Zahl der jüngeren Erwerbspersonen zwischen 30 und 50 Jahren geht erheblich zurück, dagegen nimmt die Zahl der älteren Erwerbstätigen zwischen 50 und 65 Jahren noch stärker zu, sodass die Zahl der 15- bis 65jährigen insgesamt ansteigt.
- Zahl und Anteil der über 65jährigen werden von 178.600 (17,4 %) im Jahr 2006 auf 191.400 (18,6 %; 2025) und 213.600 (20,7 %; 2035) prognostiziert. Darunter sind 2006 41.020 über 80jährige (4 %), deren Zahl und Anteil über 59.300 (5,7 %; 2025) auf 61.000 (5,9 %; 2035) stetig steigt.

Weniger Kinder, mehr ältere Menschen



Das Durchschnittsalter der Kölnerinnen und Kölner wird bis 2035 um 2,3 Jahre von 41,5 (2006) auf 43,8 Jahre steigen. Dies gilt sowohl für die Frauen, deren Durchschnittsalter um 2,1 Jahre von 42,6 auf 44,7 steigt, als auch für die Männer. Deren Durchschnittsalter steigt um 2,5 von 40,3 auf 42,8 Jahre.

Durchschnittsalter steigt

Der Frauenüberschuss bei der Gesamtbevölkerung (2006: 51,2 %) wird bis 2035 leicht steigen (2025: 51,6 %; 2035: 51,8 %). Die Altersgruppen bieten ein differenziertes Bild:

Mehr Frauen als Männer

- Bei den bis 18jährigen bleibt der Männerüberschuss stabil (2006: 51,2 %; 2025: 51,3 %; 2035: 51,3 %).
- In der Altersgruppe über 65 sinkt der bisherige Frauenüberschuss von 57,7 Prozent 2006 auf 56,7 Prozent (2025) und 56,5 Prozent (2035).
- Eine besonderes deutliche Verschiebung zeigt sich dabei in der Altergruppe der über 80jährigen: Der starke Frauenüberschuss von 71,7 Prozent wird sich bis 2025 auf 61,7 Prozent verringern, um bis zum Jahr 2035 wieder leicht auf 62,2 Prozent zu steigen.

Die Gesamtzahl der Haushalte steigt bis 2025 um etwa 10.000 auf 542.000 und bleibt bis etwa 2035 auf diesem Niveau. Ihre Struktur verändert sich: Die Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte nimmt bis 2025 um rund 17.000 zu, die Zahl der Haushalte mit drei oder mehr Personen nimmt hingegen um rund 7.000 ab. In der Folge geht die durchschnittliche Zahl der Personen je Haushalt von 1,88 auf 1,85 zurück.

Mehr, aber kleinere Haushalte

Die Nachfrage nach Wohnungen, Gütern und Dienstleistungen in der Stadt profitiert von der zu erwartenden Zunahme an Haushalten, zumal die Zunahme sich mehrheitlich auf kleine, jüngere Haushalte bezieht.

Sowohl Alterung als auch die Individualisierung der Gesellschaft bewirken eine Tendenz in Richtung zu mehr kleinen Haushalten. Diese beiden Trends können dazu führen, dass sinkende Bevölkerungszahlen und steigende Haushaltezahlen kleinräumig gleichzeitig auftreten.

Der Anteil der über 64jährigen Alleinlebenden an allen Einpersonenhaushalten verändert sich bis 2035 nur geringfügig um +1,8 Prozentpunkte von 21,8 (2007) auf 23,6 Prozent. Der Anteil der unter 35jährigen bleibt bei rund einem Drittel (2007: 34,1 %; 2035: 33,3 %). Auch der Anteil der 35- bis unter 65jährigen ändert sich kaum (2007: 44,1 %; 2035: 43,1 %).

Etwas mehr als die Hälfte (50,7 %) der im Jahr 2007 allein im Haushalt Lebenden sind Frauen. Bis 2035 wird der Frauenanteil bis auf 52,1 Prozent steigen. Als eine Ursache hierfür ist die gegenüber den Männern höhere Lebenserwartung der Frauen zu nennen.

Zahl der alleinlebenden Frauen steigt

Die Haushalte mit einem Kind stellen mehr als die Hälfte aller Haushalte mit Kindern. Ihre Zahl nimmt über den gesamten Prognosezeitraum um etwa 5.000 ab. Auch die Haushalte mit zwei sowie drei und mehr Kindern werden weniger. So sinkt die Zahl der Haushalte mit zwei Kindern bis 2035 um knapp 3.400. Die Haushalte mit drei und mehr Kindern gehen um 1.200 zurück.

Zahl der Haushalte mit Kindern sinkt

3 Kommunale Handlungsfelder

Die folgenden Kapitel beschreiben die kommunalen Handlungs- und Themenfelder, für die die demographische Entwicklung in Köln besonders bedeutsam ist und für die von den Fachverwaltungen Handlungsbedarf festgestellt wurde.

3.1 Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Die Veränderungen in den soziodemographischen Rahmenbedingungen sind von zentraler Bedeutung für die ökonomische Entwicklung und somit auch für den Arbeitsmarkt. Umgekehrt gilt natürlich auch, dass die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt eine zentrale Determinante für die Zu- oder Abwanderung und somit für die Bevölkerungsentwicklung und -struktur ist. Für Köln bedeutet dies, dass aufgrund der positiven Einwohnerprognose und des zu erwartenden moderaten Bevölkerungswachstums auch die Zahl der erwerbsfähigen Menschen geringfügig steigen wird, wobei allerdings der Bevölkerungsanteil potenziell Erwerbsfähiger konstant bleibt.

Mehr erwerbsfähige Menschen in Köln

Um zu erkennen, wie sich die Situation auf dem Kölner Arbeitsmarkt entwickeln wird, sind die grundlegenden Entwicklungslinien der Beschäftigung und der die Beschäftigung bestimmenden Branchen in Köln zu betrachten.

Kennzeichnend für die Beschäftigtenentwicklung ist, dass in Folge des Strukturwandels durchweg Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen waren. In diesen Branchen, die in 2007 zusammen genommen gut 61.000 Beschäftigte zählten, gingen zwischen 1999 und 2007 über 18.000 Arbeitsplätze verloren. Der Trend eines langfristig rückläufigen Beschäftigungsumfangs der industriellen Kernbranchen ist angesichts des Kostendrucks infolge der Globalisierung ungebrochen.

Dem gegenüber erscheint der Standort Köln bei wichtigen Wachstumsbranchen des Dienstleistungssektors für die Zukunft

Köln ist bei wichtigen Wachstumsbranchen gut aufgestellt

gut aufgestellt. Dies gilt speziell für das Gesundheits- und Sozialwesen, die Bereiche Medien-IT, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, das Versicherungsgewerbe, das Gastgewerbe sowie die Rechts- und Wirtschaftsberatung. In diesen Branchen, die mit rund 184.000 über 40 Prozent des gesamten Beschäftigungsvolumens in Köln umfassten, wurden zwischen 1999 und 2007 insgesamt rund 22.000 Arbeitsplätze geschaffen.

Die Beschäftigungsnachfrage des Handels, der mit über 73.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die am stärksten besetzte Kölner Einzelbranche ist, hängt in hohem Maße von der konjunkturellen Entwicklung ab. Neben der Konjunkturabhängigkeit wirkt sich langfristig die Entwicklung der Reallöhne aus. Diese wird mitgeprägt durch veränderte Anteile an Unterbeschäftigten und Geringverdienern sowie der Entwicklung der auf Transferleistungen Angewiesenen. Im Handel gingen seit 1999 rund 6.400 Arbeitsplätze verloren. Hinzu kommt, dass sich die Struktur der Arbeitskräftenachfrage verändern wird: Aufgrund des Kostendrucks nimmt gleichzeitig sowohl der Bedarf an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit geringer Qualifikation und geringem Lohnniveau wie an auch gut ausgebildetem Fachpersonal zu.

**Arbeitskräftenachfrage
ändert sich**

Von den bisherigen beziehungsweise künftig zu erwartenden Auswirkungen des demographischen Wandels sind am Standort Köln nämlich insbesondere das Gesundheits- und Sozialwesen, das Versicherungsgewerbe und der (konsumnahe) Handel betroffen. So werden sich neue, altersgerechte Güter und Dienstleistungen (Versorgungs- und Pflegedienstleistungen, altersgerechte Finanzdienstleistungen, et cetera) am Markt etablieren.

**Neue altersgerechte
Angebote an Gütern und
Dienstleistungen**

Der Strukturwandel im Gesundheitswesen wird sich weiter fortsetzen. Dementsprechend ist mit steigenden Beschäftigtenzahlen zu rechnen, da die Bedeutung des Faktors Gesundheit in der Bevölkerung steigt und aufgrund der Alterung der Gesellschaft ein Mehrbedarf an Pflegedienstleistungen zu erwarten ist. Innerhalb des Sozialwesens wird die Nachfrage nach haushaltsnahen und seniorenbezogenen (Versorgungs-)Dienstleistungen in Zukunft weiter zunehmen. Vor allem die ambulanten sozialen Dienste könnten dann ihr Beschäftigungsvolumen deutlich ausweiten.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Abitur und Fachhochschulreife hat sich in Köln von 1999 bis 2007 um 23 Prozent auf etwa 56.000 und derjenigen mit Fachhochschul- beziehungsweise Hochschulabschluss um 16 Prozent auf etwa 62.000 erhöht. Damit hat sich gleichzeitig der Anteil der Beschäftigten in Köln mit höherem/hohem Bildungsabschluss von etwa einem Fünftel (1999) auf etwa ein Viertel erhöht. Der demographische Wandel zeigt sich also

**Zunehmende
„Akademisierung“ des
Kölner Arbeitsmarktes**

auch in einer zunehmenden „Akademisierung“ des Kölner Arbeitsmarktes, die vermutlich anhalten wird. Getragen wird sie vermehrt von Einpendlern (zurzeit 215.000), die insgesamt ein höheres Qualifikations- und Bildungsniveau aufweisen, als die am Arbeitsort Köln beschäftigten Kölner/-innen selbst.

Der demographische Wandel trifft die künftige Entwicklung der Erwerbsbevölkerung in vielfältiger Weise. Folgende Aspekte sind aus kommunaler Kölner Sicht besonders zu beachten:

Die Kölner Erwerbsbevölkerung wird zwar insgesamt in etwa konstant bleiben (2007: 510.700; 2025: 506.300). Generativ ergeben sich aber deutliche - gegebenenfalls handlungsrelevante - Veränderungen in wichtigen Altersgruppen. Zahlenmäßig prägende Veränderungen greifen dabei etwa ab 2015.

Die Zahl an Kölner Berufseinsteigern im Alter zwischen 25 und 34-Jahren (also insbesondere auch mit höherem/ hohem Bildungsabschluss) wird sich in den nächsten 20 Jahren nicht reduzieren. Dies setzt allerdings voraus, dass der gegebene - in der Bevölkerungsprognose unterstellte - Zustrom junger/ jüngerer ausbildungs- und arbeitswilliger Menschen in die Stadt tatsächlich weiter anhält. Dies ist allerdings nur bei Vorhandensein einer weiterhin attraktiven Ausbildungslandschaft und einer zukunftsgerichteten und deshalb vergleichsweise krisenfesten Branchenstruktur dauerhaft gesichert.

Zahl der Berufseinsteiger bleibt konstant

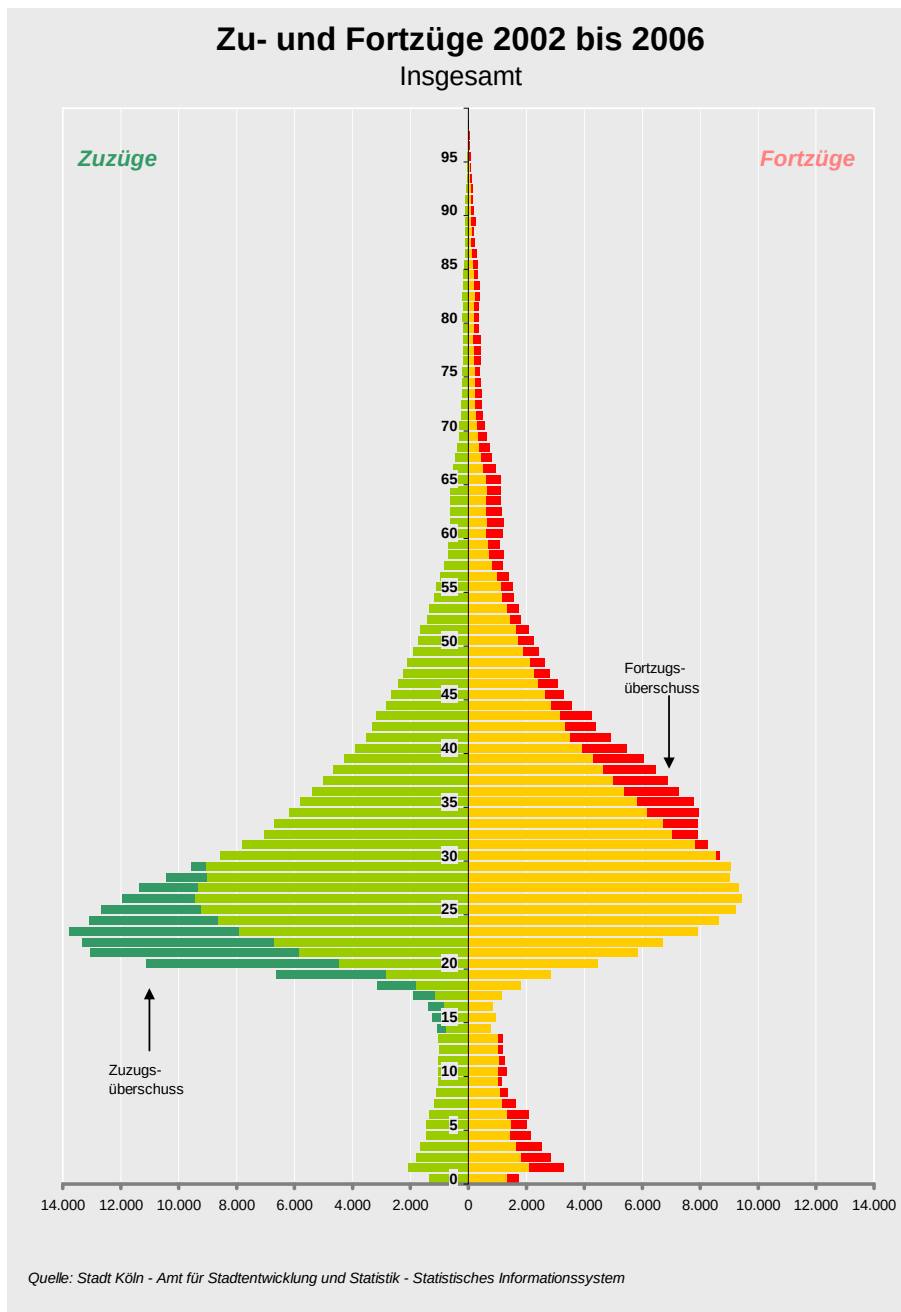
Das damit verbundene positive Wanderungssaldo führt dann zu einem dauerhaft prägenden Standortvorteil Kölns (ausgewogenere Altersstruktur der Stadtbevölkerung, positive fiskalische Effekte, Konsumkraft und so weiter), wenn diese Bevölkerungsgruppe langfristig an die Stadt gebunden werden kann.

Positiver Wanderungssaldo...

Da laut Bevölkerungsprognose die Jüngeren auch weiterhin stark in die Stadt zuwandern, hat Köln deutliche Vorteile zumindest jenen Konkurrenzstandorten gegenüber, die für die Ausbildungsbevölkerung und Berufsstarter (zurzeit) weniger attraktiv sind. Diesen wanderungsbedingten Vorteil gilt es durch konkretes Handeln zu nutzen und zu festigen (zum Beispiel durch die Schaffung und Sicherung eines familienfreundlichen Wohnungs- und Infrastrukturangebotes, auch für sogenannte Leistungsträger). Derart befördert kann eine dauerhafte Bindung wichtiger Erwerbstätigengruppen an die Stadt - auf hohem Niveau - herbeigeführt werden.

...auch durch Zuwanderung jüngerer Menschen

Aufgrund geringer Geburtsraten ist die jüngste Dekade der Erwerbsbevölkerung (15 bis 24 Jahre) bereits heute zahlenmäßig am geringsten besetzt. Nur etwa jeder zweite Jugendliche / junge Erwachsene dieser Alterskohorte kann zur Erwerbsbevölkerung gezählt werden.



Diese Gruppe wird sich künftig zunehmend aus Personen zusammensetzen, die Migrationshintergrund aufweisen. Um diese erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren zu können, ist unter anderem das hierfür erforderliche Bildungs- und Sprachniveau zu schaffen. Falls dies nicht gelingt, dürfte dies die tatsächlichen Erwerbsbeteiligungsmöglichkeiten dieser jungen Menschen reduzieren und auch die sich jetzt bereits zunehmend abzeichnenden Engpässe auf dem handwerklichen und gewerblichen Ausbildungssektor verschärfen.

Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in das Arbeitsleben erfordert besondere Anstrengungen

Das „ökonomische Rückgrat“ der Stadt bilden die 35- bis 54jährigen. In diesen beiden Dekaden wird sich die Erwerbsbevölkerung jedoch am stärksten reduzieren. Dies wäre arbeitsmarktbezogen dann relativ geräuscharm zu bewältigen, wenn es im Gegenzug gelänge, ältere Erwerbstätige vermehrt

Erwerbsbevölkerung zwischen 35 und 54 Jahren vermindert sich

einzusetzen. Die Gruppe dieser älteren Erwerbsbevölkerung (die 55- bis 64jährigen) nimmt nämlich in etwa zahlenmäßig so zu, wie jene abnehmen.

Ein Mismatch bei dem beschriebenen Austauschprozess ist allerdings zu erwarten, wenn die Älteren nicht über vergleichbare Qualifikationen (Thema: berufliche Weiterbildung) und entsprechende Belastbarkeit (Themen: Gesundheitsvorsorge, Fitness/ attraktive Arbeitszeitmodelle) wie die Jüngeren verfügen. Folgendes Szenario ist deshalb nicht auszuschließen:

- Der in Köln zu erwartende Einbruch in zentralen Altersjahrgängen der Erwerbsbevölkerung wird auch in Konkurrenzstandorten greifen, da davon auszugehen ist, dass die dortige Bevölkerungsentwicklung - alles in Allem - so verlaufen wird wie in Köln.
- Falls es nicht gelingen sollte, den sich damit ergebenden Arbeitskräfterrückgang bei den leistungsfähigen Personen mittleren Alters durch die vermehrte Beschäftigung Älterer auszugleichen, dann wird es insbesondere in den Metropolen und Großstädten zu einem starken Konkurrenzkampf um die 35- bis 54jährigen Leistungsträger kommen. Auf einen solchen Konkurrenzkampf sollten sich die Stadt und die derzeit am Standort angesiedelten Arbeitgeber jetzt schon einstellen beziehungsweise vorbereiten.

Mehr Beschäftigung älterer Menschen erforderlich

Falls sich Köln nicht entsprechend zu positionieren vermag (branchenstrukturell, angebots- und nicht zuletzt: imagebezogen), ist zu befürchten, dass durch Abwerbeaktionen die verfügbare Personaldecke in dem zentralen Erwerbstätigen-segment - durch Abwanderung entsprechend qualifizierter Arbeitnehmer und ihrer Familien - deutlich knapper wird. In der Konsequenz wird dann die rückläufige Bevölkerungsprognose für die 35- bis 54jährigen (und ihre Kinder) von der induzierten realen Entwicklungsdynamik noch übertroffen werden.

3.2 Migration und Integration

Die aktuelle demografische Entwicklung ist dadurch gekennzeichnet, dass der Anteil der deutschen Bevölkerung tendenziell rückläufig ist, wohingegen der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund – durch Zuzug, Familienzusammenführung und Heiratsmigration sowie höhere Geburtenraten – weiter wächst.

Auch wenn weitgehender Konsens darüber besteht, dass Zuwanderung erhebliche Integrationsprozesse erfordert und dass Ziel von Integration ist, wie es in dem unabhängigen Bericht der Kommission „Zuwanderung“ heißt, „den Zuwanderern eine gleichberechtigte Teilhabe am

Zuwanderung erfordert besondere Integrationsbemühungen

gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unter Respektierung kultureller Vielfalt zu ermöglichen“, können Städte durch stadtpolitische Entscheidungen in den verschiedenen Politikfeldern auf vielen Ebenen großen Einfluss auf Integrationsprozesse haben. Sie unterscheiden sich in Teilen erheblich darin, wie sie ihre Rolle als Türöffner für neu Zugewanderte wahrnehmen, welche Identifikations- und Teilhabemöglichkeiten und Chancen sie systematisch eröffnen.

Die Kommune steht deshalb weiter vor der Aufgabe, neue Wege für ein konstruktives Miteinander oder auch Nebeneinander und die Voraussetzungen für gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten für alle Kölnerinnen und Kölner, auch und in Teilen besonders mit Migrationshintergrund, zu schaffen.

Die heterogenen Teile der Stadtgesellschaft, die - positiv als Bereicherung wie negativ als Überfremdung und teilweise auch als (soziale) Belastung - als verschiedene gesellschaftliche Gruppen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen, kulturellen Traditionen, Erfahrungshintergründen sowie verschiedenen Religionszugehörigkeiten wahrgenommen werden, müssen notwendigerweise zu einem „Wir“ verbunden werden, wenn die Zukunft erfolgreich gestaltet werden soll.

Der demografische Wandel im Kontext von Migration vollzieht sich auf verschiedenen Ebenen mit unterschiedlichen Auswirkungen, Anforderungen, Chancen und Risiken und beschränkt sich nicht nur auf ethnische Zugehörigkeit. Der Stellenwert von Genderaspekten wird in der Zukunft ebenso wie Fragen des Verhältnisses zwischen den Generationen an Bedeutung zunehmen.

Genderaspekte erhalten bei der Integration von Migrationsbevölkerung besonderes Gewicht

Eine Aufgabe des Kölner Integrationskonzeptes wird es sein, Aussagen zu zielgerichteten Analysenotwendigkeiten zu machen, da die Kenntnis der individuellen, sozialen, kulturellen und migrationsspezifischen Merkmale, die die jeweilige Lebenswelt der Bevölkerung mit Migrationshintergrund kennzeichnen, eine Voraussetzung für erfolgreiche Integrationspolitik ist.

Zur Verbesserung der Situation und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat die Stadt Köln ein lange Jahre praktiziertes und immer wieder weiter entwickeltes Bündel von kommunalpolitischen Maßnahmen und Initiativen initiiert. Dazu gehören unter anderem

- Förderung von Migrantenselbstorganisationen und Interessenvertretungen (Interkulturelle Zentren),
- Kölner Aktion für „Mehr Ausbildung für junge Migranten“ (Netzwerk von unter anderem Stadt Köln, Gewerkschaften, Arbeitsagentur und IHK),

- Integrationsrat anstelle des Ausländerbeirates (veränderte Zusammensetzung, erweiterte Kompetenzen),
- Einrichtung eines Kölner Rates der Religionen zur Förderung des Interreligiösen Austausches,
- Sozialraumorientierung,
- Interkulturelles Maßnahmenprogramm der Stadt Köln.

3.3 Bildung, Qualifizierung, Gesundheit, Kinder und Jugendliche

„Wenn unsere Gesellschaft zahlenmäßig kleiner wird, weil weniger Kinder geboren werden, ist es umso wichtiger, dass jedes von ihnen optimale Möglichkeiten zur Entfaltung seiner Talente und Fähigkeiten erhält. Wenn der Altersdurchschnitt steigt, gewinnen Weiterbildung und lebenslanges Lernen immer mehr an Bedeutung. Und wenn infolge von Zuwanderung die soziale und kulturelle Heterogenität zunimmt, ist die Gewährleistung von Chancengleichheit in der Bildung unverzichtbar“ (Forum Demographischer Wandel des Bundespräsidenten).

Für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung ist der bedarfsgerechte Ausbau der Angebote im Bereich Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige von Bedeutung. In Köln wird nach Einschätzung der Verwaltung auf der Grundlage von empirischen Daten und Referenzstudien eine Zielquote von mindestens 40 Prozent der Kinder unter Drei Jahren vorzusehen sein, um den ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für Kinder nach dem vollendetem ersten Lebensjahr erfüllen zu können. Bis zum Jahr 2013 müssen die Kapazitäten in der Kindertagesbetreuung unter Dreijähriger daher gegenüber heute (Kindergartenjahr 2008/09: rund 21 %) nahezu verdoppelt werden. Blickt man über den Zeithorizont 2013 hinaus, ist für die Kindertagesbetreuung in Köln ein weiteres Ausbaupotenzial mit genügend Platzreserven einzukalkulieren, um auf mögliche weitere Nachfragesteigerungen bei Eltern von unter Dreijährigen reagieren zu können. In diesem Zusammenhang ist eine mittel- bis langfristige Versorgungsquote von stadtweit mindestens 50 Prozent realistisch.

**Ausbau der
Kindertagesbetreuung für
unter Dreijährige**

Bei der integrativen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Kindertageseinrichtungen und Schulen besteht hinsichtlich einer bedarfsgerechten und wohnortnahen Versorgung ein Defizit bei den unter Dreijährigen, während das Versorgungsangebot für die Drei- bis unter Sechsjährigen mit Behinderungen mit rund 650 Plätzen annähernd bedarfsdeckend ausgebaut ist. Für den schulischen Bereich ist

**Defizite bei der integrativen
Förderung beseitigen**

bis 2010 ist eine Verdopplung der Platzzahl im „Gemeinsamen Unterricht“ auf dann knapp 1.400 vorgesehen.

Bei der frühen Förderung von Kindern und Jugendlichen („Bildung von Anfang an“) besteht Handlungsbedarf im Ausbau und der qualitativen Weiterentwicklung präventiver und begleitender Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien und Kinder, die von Geburt an ansetzen und einen zeitlichen Horizont bis zum Schulabschluss beziehungsweise bis zum Übergang von der Schule in den Beruf aufweisen.

Da der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in den jüngeren Kohorten auch in Köln steigt, wird die Frage nach der frühzeitigen und differenzierten Förderung gerade von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund immer bedeutsamer.

**Frühzeitige Förderung von
Kindern mit
Migrationshintergrund**

Der Bildung im Schulalter kommt eine Schlüsselrolle für die individuelle Entwicklung, für die gesellschaftliche Teilhabe und für die Vermittlung von Kompetenzen zu. Für Köln wird ein Rückgang der Bevölkerung in den schulrelevanten Jahrgängen erwartet (nach der aktuellen Bevölkerungsprognose des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik jeweils minus Zehn Prozent bei den Sechs- bis unter Zehnjährigen und den Zehn- bis unter 16jährigen). Der voraussichtliche Schülerrückgang verteilt sich dabei grundsätzlich auf eine Vielzahl von Schulen im Primarbereich und im Sekundarbereich I und relativiert sich dadurch etwas. Weiter sind die insgesamt gestiegenen qualitativen Anforderungen an Schule (Umstellung auf ganztägigen Schulbetrieb, die Ausweitung der sonderpädagogischen Förderung an allgemeinen Schulen oder auch die Öffnung in den Sozialraum) in Rechnung zu stellen. Sinkende Schülerzahlen wirken sich damit zunächst in kleineren Klassenfrequenzen und Raumgewinnen aus, die insgesamt zu verbesserten Förderbedingungen und Bildungschancen führen können. Allerdings sind lokale Disparitäten bei der Schülerzahlentwicklung zu erwarten: In einigen Stadtteilen sind stärkere Schülerrückgänge zu erwarten, die gegebenenfalls schulorganisatorische Maßnahmen notwendig machen, in anderen Stadtteilen ist im Gegensatz sogar von steigenden Schülerzahlen auszugehen.

**Rückgang der Schülerzahlen
im Primar- und
Sekundarbereich**

**Lokale Disparitäten erfordern
schulorganisatorische
Maßnahmen**

Die Nachfrageentwicklung nach den einzelnen Bildungsangeboten ist kontinuierlich zu beobachten und so genau wie möglich zu antizipieren. Schulstandorte sind zukunftsfähig so zu gestalten, dass bei Erfordernis der Wechsel von Schulformen an einem Standort möglich ist. Die voraussichtlich weiter steigende Nachfrage nach Gymnasialplätzen wird zudem zu räumlichen Engpässen in der Sekundarstufe II führen, denen frühzeitig begegnet werden muss.

Die Diskussion um eine Verbesserung der Schul- und Unterrichtsqualität ist insbesondere mit Blick auf sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu führen. Gerade bei Kindern und Jugendlichen aus einkommensarmen Familien und Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (hier besteht eine große Schnittmenge) sind individuelle Förderung und Sprachförderung von zentraler Bedeutung. Dabei sollten solche Fördermaßnahmen kein Anhängsel sein, sondern in den „normalen“ Schul- und Unterrichtsalltag integriert werden. Es ist davon auszugehen, dass die steigende Nachfrage nach Ganztagsbetreuung mit dem derzeitigen Angebot (für 52 % der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich) langfristig nicht gedeckt werden kann. Um räumlich zukunftsfähig zu sein, werden Schulneubauten bereits heute als Ganztagschulen geplant. Damit korrespondiert das Ziel, auch in der Sekundarstufe I ein Betreuungsangebot in mindestens vergleichbarer Größenordnung zu schaffen, um den Kindern beim Übergang von der Primarstufe in die Sekundarstufe I eine „Anschluss“-Ganztagsbetreuung anbieten zu können.

Zunehmender Bedarf an Fördermaßnahmen für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen

Beim Thema Bildung ist der Blick nicht nur auf die Institution Schule zu richten, sondern die Perspektive auf den Lebenslauf von Kindern und Jugendlichen zu weiten, das heißt die Persönlichkeitsbildung einzubeziehen und der außerschulischen Bildung einen viel größeren Stellenwert einzuräumen. Nach der Bevölkerungsprognose des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik ist zukünftig mit leichten Bevölkerungsrückgängen in den für die Kinder- und Jugendarbeit relevanten Altersgruppen zu rechnen. Daraus weitere Einsparpotenziale abzuleiten, greift zu kurz. Vielmehr bedarf die Kinder- und Jugendarbeit ausreichender, eher zusätzlicher Ressourcen, um die Verbindung von Jugendhilfe und Schule aktiv zu gestalten und entsprechend veränderter Anforderungen in gleichberechtigter Partnerschaft zu kooperieren.

Steigender Stellenwert der außerschulischen Bildung

Ein guter Gesundheitszustand bietet die Voraussetzung für alle weiteren Entwicklungsprozesse und ermöglicht Bildung, Arbeit, Lebensqualität und Teilhabe an der Gesellschaft. Für den Kommunalen Gesundheitsdienst stellt sich daher die Aufgabe, auf gesundheitsfördernde Entwicklungschancen und eine gesundheitliche Versorgung aller Kinder hinzuwirken. Dabei sind insbesondere die Gesundheitschancen von Kindern in sozial benachteiligten Lebenslagen zu verbessern. Eine umfassende und sozialraumorientierte Gesundheitsförderung insbesondere in den Bereichen Stärkung Elternkompetenz, Ernährung, Bewegung, Gewaltprävention, Suchtprävention und Stressbewältigung sollte so früh wie möglich einsetzen und bei Kindern und Jugendlichen systematisch fortgesetzt werden.

Gesunde Entwicklung als Voraussetzung für Bildungschancen

Der an Dynamik gewinnende wirtschaftliche Strukturwandel wird gravierende Auswirkungen auf Arbeitsinhalte und

Wirtschaftlicher Strukturwandel steigert die Anforderungen an die Qualifikation

Qualifikation haben. Die heute gestellte Frage nach Ausbildungsplätzen und Ausbildungsreife wird morgen eine Frage nach der Befriedigung umfassender Qualifikationsanforderungen sein, die auch die bisher relativ strikte Trennung zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung in Frage stellt. In Großstädten wie Köln sind besondere Anstrengungen nötig, weil hier das Qualifikationsniveau bereits heute wesentlich über dem Bundesdurchschnitt liegt und der zu bewältigende Strukturwandel dem entsprechend besonders hohe Anforderungen stellt. Diese Anforderungen müssen sowohl die an allgemeiner und beruflicher Bildung beteiligten Institutionen als auch die Jugendlichen bei ihrem Streben nach angemessener Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben berücksichtigen. Weiterhin muss zur Vermeidung eines Fachkräftemangels auch der hohe Anteil derer, die zur Ausbildung und zum Studium nach Köln gezogen sind, jedoch im Anschluss daran wieder wegziehen, gesenkt werden. Hier müssen die Beweggründe genauer untersucht werden, um verstärkt Anreize zum Verbleib der hochqualifizierten Kräfte zu geben.

Der zweite Einflussfaktor auf Fachkräftebedarf und berufliche Bildung ist der demographische Wandel. Man kann insgesamt von einem deutlich erkennbaren Rückgang an Schulabgängern bis 2025 ausgehen. In welchem Maße dieser Rückgang für die Wirtschaft Konsequenzen haben wird, hängt davon ab, ob das nachwachsende Arbeitskräftepotential durch mehr Bildung und Ausbildung deutlich besser genutzt wird als bisher. Dabei wäre ein Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen, oft sozial benachteiligten Familien zu legen, um auch diesen mehr als bisher eine qualifizierte berufliche Ausbildung oder ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Durch zusätzliche und besser abgestimmte Fördermaßnahmen im Elementarbereich, den Grundschulen und der Sekundarstufe I muss das Leistungsniveau der Schulabgängerinnen und Schulabgänger verbessert werden, um den steigenden Anforderungen der beruflichen Bildung gerecht zu werden und um die notwendigen, höheren Abiturientenzahlen zu erreichen. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, dass der Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund weiter ansteigen wird.

Angeichts der demographischen Entwicklung und des anhaltenden Trends zu wissensbasierten Gesellschaften werden die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich kontinuierlich weiterzubilden („Lebenslanges Lernen“), als essenzielle Bedingungen sowohl für ökonomische Entwicklung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit als auch für die soziale Partizipation und Integration in einer alternden Gesellschaft angesehen. Die Beteiligung an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung kann gestärkt werden zum Beispiel durch die Ausweitung beruflich qualifizierender Weiterbildungsangebote

**Rückgang der
Schulabgängerzahlen
vermindert das
Fachkräfteangebot**

**Beteiligung an allgemeiner
und beruflicher
Weiterbildung steigern**

für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für Menschen mit Migrationshintergrund, durch die Förderung der Zusammenarbeit unter anderem von Bildungsanbietern. Eine möglichst lange aktive Beteiligung an der Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben (bürgerschaftliches Engagement) kann durch entsprechende Weiterbildungsangebote und den Wissenstransfer zwischen den Generationen ermöglicht werden. Durch institutionenübergreifende Kooperation sind nachhaltige und unterstützende Formen der Stärkung und Begleitung des Engagements und der Partizipation auszubauen. Dazu gehört die verbesserte Information der Bevölkerung über Bildungsmöglichkeiten durch Angebote der Bildungsberatung.

3.4 Menschen im Alter

Die Zahl der über 65jährigen Kölnerinnen und Kölner wird bis 2035 um knapp 35.000 wachsen. In dieser Gruppe wird für die hochbetagten Einwohner im Alter von über 80 Jahren ein Zuwachs um etwa 20.000 Einwohner prognostiziert.

Starke Zunahme der Zahl älterer und alter Menschen

Neben der zahlenmäßigen Entwicklung ist besonders von Bedeutung, dass alte Menschen bereits heute eine höchst heterogene Gruppe bilden. Nichts deutet darauf hin, dass die Vielfalt ihrer persönlichen und sozialen Lebensbedingungen sich in den nächsten Jahren reduzieren wird. Im Gegenteil: Die nachwachsende Gruppe der unter 65jährigen und die zu den Alten vordringenden Alterskohorten werden ihre Lebensformen und Lebensstile „mitnehmen“ und so die Altersbilder mitprägen und weiter ausdifferenzieren. Zwischen den Polen der Autonomie bis ins hohe Alter einerseits und der komplexen sozialen Abhängigkeit des kranken, pflegebedürftigen, kognitiv desorientierten alten Menschen andererseits differenziert sich das ganze reale Spektrum des Alters aus. Für kommunales Handeln stellen diese in sich widersprüchlichen Gesichter des Alterns eine besondere Herausforderung dar.

„Altersbilder“ werden sich weiter ausdifferenzieren

Das bedeutet: Neben den demographischen Veränderungen findet ein Strukturwandel des Alters statt, der durch folgende Dimensionen beschrieben werden kann:

Strukturwandel des Alters:

Aufgrund des früheren Berufsausstiegs und der höheren Lebenserwartung hat sich die eigentliche Altersphase weiter ausgedehnt und beträgt zum Teil über 30 Jahre. Menschen, die heute endgültig aus dem Erwerbsleben ausscheiden, haben im Schnitt noch ein Viertel ihrer Lebenszeit vor sich.

- **Zeitliche Ausdehnung der Altersphase**

Mit der ausgeweiteten Lebensphase Alter gehen vielfältige Differenzierungsprozesse innerhalb der Altenbevölkerung einher. Die Einteilung in „junge Alte“ (unter 65 Jahre), „mittlere Alte“ (zwischen 65 und 80 Jahre) und „Hochaltrige“ (über 80

- **Differenzierung des Alters**

Jahre) ist weit verbreitet. Mittlerweile verschieben sich diese Altersdifferenzierungen durch die zunehmende Lebenserwartung nach oben, sodass von Hochaltrigkeit erst ab einem Alter von 85 Jahren gesprochen wird. Diese Differenzierung ist insofern von Bedeutung, weil mit unterschiedlichen Lebenslagen auch unterschiedliche soziale Probleme verbunden sind. Entsprechend müssen zielgruppenspezifische Konzepte entwickelt werden.

Da ältere Menschen mit Migrationshintergrund und Spätaussiedler zunehmend dauerhaft in Deutschland bleiben, verändert sich auch die kulturelle Zusammensetzung der Altenbevölkerung. Umso wichtiger ist es, die spezifischen Bedürfnisse dieser wachsenden Bevölkerungsgruppen in der Alten- und Sozialpolitik zu berücksichtigen.

- **Kulturelle Differenzierung des Alters**

2035 ist jeder fünfte Mensch in Köln über 65 Jahre alt, die Zahl der Frauen übertrifft dabei die der Männer um 27.800. Mehrheitlich leben Menschen im Alter allein. Mehrheitlich sind dies derzeit Frauen. Im Prognosezeitraum wird die Zahl der Zweipersonenseniorenhushalte um etwa 11.000 zunehmen. Gleichzeitig steigt auch die Zahl älterer Männer (über 65 Jahre) wieder an, und zwar bis 2035 um mehr als 17.000. Allein die Zahl der über 80jährigen Männer steigt um 11.000. In dieser Altersgruppe der über 80jährigen steigt der Anteil der Männer bis 2035 von 28 Prozent auf 37 Prozent. Da der Verlust an Männern im Zweiten Weltkrieg diesen Prozess der Feminisierung und Singularisierung künftig nicht mehr prägen kann, bleibt nur der sich abschwächende Effekt der höheren Lebenserwartung der Frauen.

- **Rückläufige „Feminisierung“ und „Singularisierung“ des Alters**

Diese demographischen und soziostrukturellen Veränderungen haben Auswirkungen auf die kommunalen Aufgaben Gesundheitsversorgung, Pflegedienstleistungen, Wohnen und Sicherung der Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben. Zudem wird sich die Frage der Altersarmut verschärfen können.

- **Neue Anforderungen an Versorgung, Pflege und Teilhabe**

Mit der Alterung der Gesellschaft wird es notwendig werden, adäquate Angebote der Gesundheitsförderung stärker auszubauen. Dabei ist auf eine genauere Unterteilung der Zielgruppe zu achten, das heißt dass die Maßnahmen auf die Bedürfnisse und eventuellen gesundheitlichen Einschränkungen der jeweiligen Zielgruppe ausgerichtet werden sollen.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der ambulanten und stationären Angebote für pflegebedürftige Menschen ist ein zielgerechter Zeitraum zu wählen. Die Fachverwaltung hat entschieden, für diese Planungen die Bevölkerungsprognose 2015 zu Grunde zu legen. Von rund 20.400 pflegebedürftigen Menschen im Dezember 2005, die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz erhalten, führt der demographische

- **Zahl der pflegebedürftigen Menschen steigt**

Wandel im Jahr 2015 zu einem Anstieg auf rund 23.800 pflegebedürftige Menschen.

Köln verfügt inzwischen über ein differenziertes Angebot für pflegebedürftige Menschen, sowohl in der eigenen Wohnung, als auch für den Fall eines Umzugs in eine stationäre Einrichtung. Einem möglichen Mehrbedarf an stationären Plätzen steht bereits heute eine Vielzahl an Neubauprojekten gegenüber, die die rein rechnerische Prognose bis zum Jahr 2015 abdecken.

Wichtiger noch als der stationäre Bereich ist der Ausbau der ambulanten Versorgungsangebote. Für den ambulanten Bereich werden aktuell folgende Entwicklungsnotwendigkeiten gesehen:

Bedarf beim Ausbau der ambulanten Versorgung

- Verbesserung der Informations- und Beratungsarbeit für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen
- Ausbau der haushaltsnahen Dienste für Seniorinnen und Senioren und der Entlastungsangebote für pflegende Angehörige
- Überprüfung der Angebots- und Selbsthilfestrukturen im Veedel
- Ausbau ambulanter Wohnprojekte für pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderung

Bei der Planung bedarfsgerechter Hilfeangebote für Pflegebedürftige und zur Unterstützung der Pflegepersonen sind die Abstimmung mit den angrenzenden Angeboten aus dem Gesundheitswesen, zu denen die Bereiche Prävention und Rehabilitation gehören, und der offenen Altenhilfe entscheidend. Pflegeplanung muss daher grundsätzlich über die ambulanten, teil- und vollstationären Pflegeangebote hinausgehen. Kommunale Pflegeplanung ist somit auch immer ein Baustein der Seniorenplanung. Mithilfe dieses Zusammenspiels ist die Entstehung einer vernetzten und aufeinander abgestimmten Beratungsstruktur, die Verzahnung professioneller, familialer und ehrenamtlicher Pflegestrukturen sowie eine Verbindung von Bereichen der Pflege und der Gesundheitsversorgung mit weiteren Bereichen der Sozialversorgung in der Kommune möglich.

Vernetzung der Hilfsangebote

Ein Grundsatz der Kölner Seniorenpolitik ist es, älteren Menschen die Möglichkeit zu geben, am gesellschaftlichen Leben und an der politischen Entwicklung in der Stadt teilzuhaben. Dieser Aspekt gewinnt unter Berücksichtigung der steigenden Zahl der älteren Menschen in Köln immer mehr an Bedeutung. Für die Zukunft ist geplant, die Seniorenvertretung weiter zu stärken und durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit den Anteil der älteren Migrantinnen und Migranten in der Seniorenvertretung zu erhöhen.

Eine weitere Teilhabemöglichkeit wird den älteren Menschen durch die Mitarbeit in den Kölner SeniorenNetzwerken geboten. Mit Stand Ende 2008 wurden in 34 Kölner Stadtteilen Senioren-Netzwerke eingerichtet. Bis zum Jahr 2025 ist durch Anwendung des SeniorenNetzwerk-Konzeptes und der darin enthaltenen Vorgabe für die Verselbständigung einzelner Netzwerke damit zu rechnen, das in allen 86 Kölner Stadtteilen SeniorenNetzwerke eingerichtet wurden.

Teilhabemöglichkeiten stärken

Die Altersarmut wird in den nächsten Dekaden deutlich zunehmen, Altersarmut und Alterswohlstand werden deutlich polarisiert sein. Wenn für Köln von einem Anstieg der Zahl der Menschen, die 65 Jahre und älter sind, von einem Anteil von 17,4 Prozent in 2006 auf 20,7 Prozent in 2035 ausgegangen werden kann, so wird auch hier der Anteil der von Einkommensarmut im Alter betroffenen Menschen steigen. Im Vergleich zum Bund wird diese Steigerung jedoch verhältnismäßig moderat ausfallen. Dennoch resultiert hieraus eine höhere Belastung für die Kommune.

Altersarmut wird Kommunen mehr belasten

Altersarmut bedingt auch subjektive und objektive Einschränkungen in Gesundheit, Bildung, Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb kann die Kommune ihre Einflussnahme nicht nur auf präventive Maßnahmen der allgemeinen Sozialpolitik beschränken. Sie kann und muss vielmehr Armutsprävention in der Stadtentwicklung, dem sozialen Wohnungsbau, der Gestaltung des öffentlichen Raums und durch präventive Aktivierung betreiben, zum Beispiel durch die Förderung von Seniorennetzwerken und Formen des generationsübergreifenden Zusammenlebens.

Möglichkeiten der kommunalen Armutsprävention

3.5 Wohnen

Auch für den Wohnungsmarkt ist die demographische Entwicklung von großer Bedeutung. Die zu erwartende weiter steigende Zahl an Haushalten und ihre sozialstrukturelle Zusammensetzung sind maßgebliche Größen der Nachfrageentwicklung. Nach der aktuellen Einwohner- und Haushaltsprognose des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik wird die Zahl der Kölner Haushalte und die Zahl der kleinen Haushalte weiter zunehmen, während gleichzeitig die Zahl der Haushalte mit drei oder mehr Mitgliedern abnehmen wird.

Zahl der Haushalte bestimmend für die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt

Der zukünftige Wohnungsbedarf wird bestimmt von der Entwicklung der nachfragebestimmenden Altersgruppen:

Strukturveränderung bei den nachfrage-bestimmenden Altersgruppen

- Die hochmobile Gruppe der 18- bis 30jährigen - mit dem Bedürfnis zur eigenen Haushaltsgründung - wird zunehmen.

- Der Anteil der familienrelevanten Jahrgänge von 30 bis 45 Jahren wird stark abnehmen. Dies ist im Zusammenhang mit der Abnahme bei Kindern und Jugendlichen zu sehen. Diese Gruppe stellt im Wesentlichen das Potenzial der Nachfrage nach Wohneigentum (Haus oder größere Wohnung) dar.
- Zu erwarten ist eine erhebliche Zunahme bei der Altersgruppe ab 80 Jahre durch das Hineinaltern immer stärkerer Jahrgänge bei anhaltend hoher Lebenserwartung. In diesem Alter werden Formen des betreuten Wohnens und der Pflege immer wichtiger.

Köln gewinnt durch Zuzüge aus dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland und verliert im Gegenzug Einwohner an das Umland. Nahezu drei Viertel der Zuzügler, die als Fernwanderungen in Erscheinung treten, sind in der Altersgruppe der 18- bis 24- beziehungsweise der 25- bis 34jährigen vertreten. Die starke Besetzung der unteren Altersgruppe lässt sich ausbildungs- und berufsbedingt erklären. Die Abwanderung in die Wohnungsmarktregion wird von den familienrelevanten Jahrgängen zwischen 25 und 44 Jahren bestimmt. Die Entscheidung begründet sich primär mit Miet- und Immobilienpreisen in Köln, dem Wohnungsangebot am neuen Standort, der Wohnlage und dem sozialen Umfeld sowie der Möglichkeit, Wohneigentum zu realisieren.

Vor allem auch wegen des Rückgangs der Zahl der Haushalte mit Kindern wird eine rückläufige Nachfrage nach Einfamilienhäusern - auch im Neubau - erwartet. Gleichzeitig treten Neubauangebote in Konkurrenz zu Einfamilienhausangeboten aus den sechziger und siebziger Jahren, da die Jahrgänge der um 1940 geborenen Personen zunehmend in die Phase der Haushaltsauflösung treten. Der Geschosßwohnungsneubau wird daher in Köln einen noch höheren Stellenwert erhalten.

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird die Nachfrage nach unterschiedlichen Angeboten für das Wohnen im Alter bestehen bleiben oder noch zunehmen. Auch die Gruppe älterer Menschen ist durch eine größere Vielfalt an Lebensformen geprägt. Durch Verlängerung der Lebensphase nach der Erwerbstätigkeit und unterschiedliche Wohlstandsniveaus haben sich innerhalb der Seniorinnen und Senioren eine Vielzahl von Lebenslagen und -stilgruppen gebildet. Somit sind vielfältige Formen des Wohnens im Alter zu schaffen.

Angebote für Wohnen im Alter ausweiten

Nach der Verteilung der Altersgruppen bis zum Jahr 2025 wird zwar die Zahl der Personen, die Service-Wohnen nachfragen (Altersgruppe 60 bis 75 Jahre) leicht abnehmen; dagegen wird wegen des starken Anstiegs der Gruppe der über 75jährigen

der Bedarf an betreutem Wohnen oder häuslicher Pflege deutlich zunehmen.

Vor allem die Barrierefreiheit entspricht in besonderem Maße den Anforderungen, die aus dem demographischen Wandel für die Wohnraumversorgung erwachsen.

Barrierefreiheit als Forderung für den Wohnungsbedarf

Ältere Menschen sind in der Regel an urbanen und integrierten Wohnlagen interessiert. Die räumliche Verteilung der Altersentwicklung muss da berücksichtigt werden, wo es sie gibt. Entsprechende Wohnformen müssen in „alten“ und „alt werdenden“ Stadtteilen angeboten werden, weil bei älteren Menschen die Umzugsbereitschaft eher gering ist. Insbesondere hier stehen die Barrierefreiheit des Wohnens und des Wohnumfeldes, ein ausreichendes Angebot zur Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und der medizinischen Versorgung sowie ein bedarfsgerechtes soziales und kulturelles Angebot im Vordergrund.

Die Bevölkerung Kölns wächst insbesondere durch den Zuzug junger Menschen. Der Zuzug nach Köln erfolgt mit Beginn einer Ausbildung, mit Aufnahme eines Studiums oder mit dem Eintritt in das Berufsleben. Hier zeigt sich die Attraktivität Kölns als Universitätsstadt und Arbeitsstandort. Bei der weiter zunehmenden Zahl der Ein- und insbesondere der Zweipersonenhaushalte werden unterschiedliche Nachfragergruppen am Markt vertreten sein: Singles aller Generationen, Studenten, junge Gründer von Haushalten. Die Nachfrage dieser Personen nach kleineren Wohnungen richtet sich hauptsächlich auf innerstädtische und innenstadtnahe Lagen, in denen sie das gewünschte Lifestyleangebot und die Nähe zum Ausbildungs- und Arbeitsplatz finden. Für studentische Haushalte sind dies vor allem die Stadtquartiere im Universitätsumfeld, die nordwestliche Innenstadt und wegen der Fachhochschule der Stadtteil Deutz. Weil jedoch in der Innenstadt das Wohnungsangebot für diese Zielgruppe eher knapp ist, weichen sie auch in andere Kölner Wohnquartiere aus, zum Beispiel nach Nippes und Ehrenfeld.

Zuzug vor allem durch jüngere Altersgruppen

Da kleine Wohnungen in urbanen Wohnlagen nachgefragt sind und deshalb eine wichtige Funktion am Wohnungsmarkt für junge Zuzügler einnehmen, sind die Wohnqualitäten in diesen Lagen zu erhalten und behutsam die Bestände qualitativ weiterzuentwickeln. Auch im Hinblick auf preisdämpfende Effekte in diesem Teilmarkt sind studentische Wohnangebote auszuweiten.

Der demographische Wandel wirkt auf den Wohnungsbedarf nicht über die Gesamtzahl, sondern über strukturelle Änderungen (längere Altersphase, Haushaltsverkleinerung et cetera). Vor allem diesen strukturellen Änderungen muss Rechnung getragen werden. Die unterschiedlichen

Strukturelle Veränderung im Wohnungsbedarf durch demographischen Wandel

Anforderungen, die aus der Änderung der Bevölkerungsstruktur erwachsen, erfordern eine Anpassung des Wohnraumangebots in Richtung einer Vielzahl unterschiedlicher Wohnformen, die jeweils der Lebenssituation angepasst sein müssen (zum Beispiel durch flexible Wohnungszuschnitte).

Die Alterung der Bevölkerung hat mittelbar zur Folge, dass die Wohnflächeninanspruchnahme pro Kopf steigt. Nach der Familienphase und auch im weiteren Zeitablauf wird der zahlenmäßige Besatz je Wohneinheit immer kleiner. Wo früher Familien wohnten, verbleiben am Ende oft Alleinstehende. Die Folge ist, dass aus dem Wohnungsbestand nicht genug große Wohnungen beziehungsweise Einfamilienhäuser frei werden für die nachfragenden „jungen Familien“.

Der demographische Wandel verlangt insbesondere altengerechte Wohnungen sowie Wohnungen, die für Haushalte mit Kindern geeignet sind. Da der Anteil dieser Wohnungen trotz steigender Nachfragepotenziale immer mehr zurückgeht, ist es auch mit Blick auf den demographischen Wandel geboten, den Anteil von preisgünstigen Wohnungen stabil zu halten.

Langfristig - über den Betrachtungszeitraum bis 2025 hinaus - wird der weiter ansteigende Anteil Hochbetagter die Fragen nach den Bedingungen des Wohnens im Alter - Barrierefreiheit, soziale und Gesundheitsversorgung, betreutes Wohnen et cetera - noch dringlicher machen.

**Anforderungen werden
zukünftig noch steigen**

3.6 Versorgung mit Waren und Dienstleistungen

Die Alterung und Singularisierung der Kölner Bevölkerung verändert die Anforderungen an die Einzelhandels- und Dienstleistungsstrukturen in Zentren und Stadtteilen.

Die Zentrenkonzeption von 1992 gliedert das polyzentrische Kölner Zentrensystem nach räumlich funktionalen Kriterien in die City einschließlich der Cityrandlagen, Bezirks-Mittelbereichs- und Nahbereichszentren. Oberstes Ziel des Einzelhandelskonzepts und aller weiteren Fachkonzepte ist es, die vorhandenen Geschäftszentren zu stärken und die wohnungsnahe Versorgung zu sichern.

**Zentrenkonzept fordert
wohnungsnahe Versorgung**

Neben ihrer Hauptaufgabe, dem Zentrentyp entsprechende Angebote des Einzelhandels und ergänzend Dienstleistungen, Gastronomie und soziale Infrastruktur vorzuhalten, sind die Geschäftszentren aber auch Orte der Identifikation, Begegnung und Kommunikation und damit Mittelpunkte des öffentlichen und kulturellen Lebens im jeweiligen Siedlungsbereich. Darüber hinaus bieten sie in der Regel den Vorteil kurzer Wege und einer guten Anbindung durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Das Nahversorgungskonzept legt für den fußläufigen Einzugsbereich einen Radius von 700 Metern zugrunde. Das entspricht einem Fußweg von zirka 10 bis 15 Minuten. Zurzeit wird im Rahmen der Erstellung des Einzelhandelskonzepts überlegt, ob dieser Radius auch aufgrund des demographischen Wandels auf 500 Meter reduziert werden soll.

**Nahversorgungskonzept
berücksichtigt
demographischen Wandel**

Auch ohne demographischen Wandel bestünde das Erfordernis, das polyzentrische System der Kölner Geschäftszentren zu stärken und die Nahversorgung möglichst flächendeckend zu sichern. Doch mit Blick auf den demographischen Wandel ergeben sich einige besondere Aspekte und Handlungsbedarfe.

Die für die Versorgung wichtige Größe ist der prognostizierte Bevölkerungsrückgang von Zehn Prozent und mehr in einigen Stadtteilen der Stadtbezirke Chorweiler, Porz und Kalk. Bedeutend ist auch der Anstieg des Anteils der Einwohner ab 60 Jahre auf 30 Prozent und mehr von sechs Stadtteilen im Jahr 2005 auf 20 Stadtteile im Prognosejahr 2025. Bei dieser Altersgruppe ist mit zunehmender Einschränkung der Mobilität zu rechnen. Wenn Bevölkerungsrückgang und Alterung in einem Stadtteil zusammen auftreten, ist es eine besondere Herausforderung, geeignete Maßnahmen und Konzepte zu entwickeln, um auch hier die Nahversorgung sichern zu können.

Schrumpfende Stadtteile bedeuten für die betroffenen Geschäftszentren auch einen Rückgang der Kaufkraft und damit der Nachfrage. Hier müssen gegebenenfalls alternative Lösungen für die Versorgung gesucht und gefunden werden und auch der Handel selbst wird sich dieser Herausforderung stellen und mit neuen Konzepten reagieren müssen.

**Alternative Lösungen für
schrumpfende Stadtteile**

Die Zunahme von Alten und Hochbetagten spezialisiert die Nachfrage und stellt neue Anforderungen an den Service. Zudem muss die Nahmobilität erhalten und gefördert werden, insbesondere für Familien und ältere Menschen.

Da Maßnahmen in diesem Bereich nicht kurzfristig realisiert werden können, ist ein Monitoring von besonderer Bedeutung, mit dem die durch die Bevölkerungsprognose bereits absehbar als problematisch identifizierten Stadtteil beobachtet werden. So besteht die Chance, kritische Entwicklungen frühzeitig zu identifizieren, sodass noch Handlungsmöglichkeiten bestehen.

3.7 Mobilität

In Köln ist die Mobilitätsentwicklung der vergangenen Jahre gekennzeichnet durch eine Abnahme der Pkw-Dichte von 485 (2000) auf 475 Pkw pro 1.000 Einwohner ab 18 Jahren (2005). Parallel dazu wurden in den vergangenen 10 bis 15 Jahren

enorme Anstrengungen unternommen, um die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) attraktiver zu machen um auf der Basis der aktuellen kleinräumigen Bevölkerungsprognose einerseits und von Haushaltsbefragungen zum Verkehrsverhalten andererseits eine Abschätzung über die werktägliche Mobilität der Kölnerinnen und Kölner für die Prognosezeitpunkte 2015 und 2025 vorzunehmen, ist ein Gutachten zur „Mobilitätsentwicklung in Köln bis 2025“ in Auftrag gegeben worden. Mit den Ergebnissen des Gutachtens verfügt die Stadt Köln über valide Aussagen zum Einfluss des Demographischen Wandels auf die Personenmobilität in Köln.

Die Verkehrsmittelverfügbarkeit wird sich ändern. Die Anzahl der Führerscheinbesitzer wird um sechs Prozentpunkte auf 91 Prozent steigen. Der Anteil der Personen, die zukünftig kontinuierlich über einen Pkw verfügen kann, wird auf der Grundlage der Hochrechnungen von 59 Prozent (2006) auf 63 Prozent im Jahr 2025 zunehmen und auch der Anteil der Haushalte mit Auto wird sich von 72 auf 76 Prozent weiter erhöhen.

Kfz-Verfügbarkeit steigt

Obwohl die durchschnittliche Wegeanzahl zukünftig bei 3,8 täglichen Wegen konstant bleibt, wird sich die tägliche Wegeanzahl der Kölner Bevölkerung im Vergleich zum Ausgangsjahr 2006 (3,515 Millionen) um 40.000 bis 2015 und um 47.000 Wege bis 2025 erhöhen. Diese Erhöhung resultiert vorwiegend aus der höheren Mobilität der zukünftigen „Alten“ und dem Bevölkerungszuwachs. Die erwartete Altersstrukturverschiebung bewirkt, dass insbesondere die älteren Einwohner absolut gesehen mehr Wege zurücklegen werden. Dagegen sinken die absoluten Werte von Kindern und Jugendlichen.

Tägliche Wegezahl wird steigen

Bei der Verkehrsmittelwahl zeigen sich bis 2025 Verschiebungen hin zum motorisierten Individualverkehr (MIV) von 41,7 Prozent auf 43,4 Prozent zulasten des Fußverkehrs sowie des ÖPNV. Der Kfz-Verkehr würde demnach bis 2025 um 78.000 Fahrten beziehungsweise um 6,5 Prozent steigen. Der ÖPNV nimmt dagegen bis 2025 um 19.000 Fahrten beziehungsweise 2,6 Prozent ab. Auch der Fußverkehr nimmt um 1,9 Prozent um 16.000 Wege ab, während der Radverkehr weitgehend sein Niveau hält.

Anstieg des motorisierten Individualverkehrs bei Abnahme der Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs

Die relative Abnahme der zukünftigen Bedeutung des ÖPNV liegt einerseits an der steigenden Pkw-Verfügbarkeit im Alter, andererseits ist dies mit der Abnahme der Zahl der Kinder und Jugendlichen zu erklären.

Die Verteilung nach den einzelnen Wegezwecken bleibt künftig weitgehend konstant, einzig der Anteil der beruflichen Wege wird aufgrund der angenommenen höheren Alters- und Frauen-

erwerbstätigkeit etwas an Bedeutung gewinnen. Ausbildungs- und Schulwege sowie Begleitwege werden abnehmen, auch weil die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in dem Prognosezeitraum um neun Prozent sinken wird. Erst langfristig zum Jahr 2035, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in das Renteneintrittsalter kommen, wird der Anteil der Arbeitswege wieder sinken.

Der Verkehrsaufwand in den einzelnen Bezirken wird sich unterschiedlich entwickeln. Dies erklärt sich durch die Bevölkerungsgewinne beziehungsweise -verluste in diesen Stadträumen. So werden die größten Steigerungen bis 2025 in den Bezirken Rodenkirchen (+11,0 %), Lindenthal (+7,0 %) und Nippes (+5,1 %) erwartet, während die Entwicklung in Chorweiler deutlich negativ sein wird (-4,4 %). In allen anderen Stadtbezirken werden marginale Zunahmen des Verkehrsaufwands erwartet.

**Unterschiedliche
Entwicklung des
Verkehrsaufkommens in den
Stadtteilen**

Die Veränderungen der räumlichen Beziehungen sind durchaus relevant und für die zukünftige Ausgestaltung des Verkehrssystems interessant. Sie werden überwiegend durch die Bevölkerungsverschiebungen auf Stadtbezirksebene zum Beispiel durch Neubauaktivitäten ausgelöst. In den Bezirken Rodenkirchen, Lindenthal und Ehrenfeld, in denen künftig ein Bevölkerungsgewinn erwartet wird, steigt das Wegeaufkommen in einem nennenswerten Umfang an (mehr als 4.000 Wege). Im Gegensatz dazu bewirken die prognostizierten Bevölkerungsverluste in Chorweiler und in Mülheim ein Absinken des täglichen Verkehrsaufkommens (-4.000 Wege).

Da eine mengenmäßige Zunahme des Verkehrsaufkommens in größerem Ausmaß ausbleiben wird, ist ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur allein aufgrund des demographischen Wandels in Köln grundsätzlich nicht erforderlich.

Um den (geringfügigen) demographiebedingten Veränderungen im Modal split, die eine Zunahme des Pkw-Verkehrs zulasten des ÖPNV und des Fußgängerverkehrs erwarten lassen, entgegenzusteuern, ist eine konsequente Förderung des ÖPNV und des unmotorisierten Verkehrs – auch und gerade in Hinblick auf die Klimaschutzziele – angezeigt.

**Demographiebedingte
Veränderung des Modal split
nur geringfügig**

Die Förderung dieses sogenannten Umweltverbunds (Fußgänger, Fahrrad, ÖPNV) erhält gleichzeitig der auch in Köln alternden Gesellschaft die Chance zur Teilnahme an der städtischen Mobilität.

Dabei sollten infrastrukturelle und organisatorische Maßnahmen ergriffen werden, die der alternden Bevölkerung die Teilnahme am Verkehr erleichtern, wie zum Beispiel

- Erhalt, Aufwertung beziehungsweise Schaffung einer wohnortnahen Versorgungsinfrastruktur, damit Einkäufe auf kurzem Wege zu Fuß erledigt werden können,
- fußgängerfreundlichere Gestaltung der Querungen von Straßen, zum Beispiel durch Anpassung von Umläufen an Lichtsignalanlagen an die Bedürfnisse der Fußgänger,
- sichere Führung von Radwegen und Angebotsstreifen, insbesondere auch in Baustellenbereichen und an Knotenpunkten,
- behindertengerechte Ausgestaltung der Anlagen des Öffentlichen Nahverkehrs,
- Überprüfung der Haltestellenabstände in den Stadtvierteln mit einem hohen Anteil an älteren Personen,
- Einführung spezieller Ticketangebote für die wachsende Anzahl der Seniorinnen und Senioren.

4 Weiterführung des Prozesses: Kommunikation, Partizipation und Monitoring

Die Anforderungen und Herausforderungen des demographischen Wandels sind nicht allein durch die politisch verantwortlichen Kräfte zu bewältigen, sondern nur durch die Zusammenarbeit der Akteure der Stadtgesellschaft. Dabei kommt der Bürgerschaft eine besondere Bedeutung zu, da sie sich einerseits durch die demographische Entwicklung in ihrer Struktur unmittelbar verändert, sie andererseits aber auch durch Aktivitäten und Verhaltensänderungen die Folgen des demographischen Wandels beeinflussen kann.

Als erster Schritt wird zunächst eine kleinräumige repräsentative Befragung der Kölner Bevölkerung - Demographieumfrage - zu relevanten Sachverhalten des demographischen Wandels durchgeführt.

Demographieumfrage

Ergänzend ist eine Befragung von Einwohnern mit Zuwanderungsgeschichte - Integrationsumfrage - in ausgewählten Sozialräumen zu integrationsrelevanten Themen erforderlich. Wie die Bevölkerungsprognose 2025/2035 belegt, wird der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund deutlich steigen, wobei die Zunahme in einzelnen Stadträumen unterschiedlich ausfallen wird. Die Bedeutung dieser Bevölkerungsgruppe für die innerstädtische Entwicklung wird steigen, deshalb ist eine spezifische Befragung geboten.

Integrationsumfrage

Eine Auswahl relevanter Stadträume für die Integrationsumfrage ermöglicht das Kooperationsprojekt „Raumanalyse und Entwicklungsbeobachtung“ zwischen der Stadt Köln und dem Institut für intelligente Analyse- und Informationssysteme/IAIS der Fraunhofer Gesellschaft. Aufgabe ist die Typisierung der 86 Kölner Stadtteile nach demographischen, sozialen und milieuspezifischen Strukturen. Ziel ist die Bildung homogener Stadträume, die dann die Grundlage bilden für weitere Untersuchungen.

Zum Handlungskonzept gehört auch die systematische Evaluation mit Hilfe eines Monitoring, mit dem die wichtigsten Kenngrößen des demographischen und des sozialen Wandels regelmäßig dargestellt und die Wirkungen der Konzepte und Maßnahmen geprüft werden.

Monitoring

1 Ratsauftrag und Konzept

Der Rat der Stadt Köln hat durch einen Beschluss vom 29. August 2006 die Verwaltung beauftragt, „Grundlagen für ein Handlungskonzept zu den Auswirkungen des demographischen Wandels in Köln zu erarbeiten.“

Das Handlungskonzept soll die Basis bieten, „Handlungsempfehlungen für zukünftige Strategien und Konzepte unter Berücksichtigung der einzelnen Stadtteilstrukturen sowie unter Beachtung stadtentwicklungspolitischer, bildungspolitischer, wirtschaftspolitischer und familienpolitischer Gesichtspunkte“ ableiten zu können.

Neben der kleinräumigen Darstellung (Stadtteilebene) der Auswirkungen des demographischen Wandels soll das Handlungskonzept die Einrichtung von Instrumenten ermöglichen, mit denen auf Entwicklungen reagiert werden kann. Im Bedarfsfall ist die Frage nach den Voraussetzungen zu beantworten, die geschaffen werden müssen, um angemessen reagieren zu können.

Schließlich ist ein Beobachtungssystem (Frühwarnsystem) zu entwickeln, das bedeutsame Trends und Veränderungen kontinuierlich beobachtet und dem Rat und seinen Fachausschüssen verbesserte Entscheidungsgrundlagen bereitstellt.

Zahlreiche Städte haben sich des Themas demographischer Wandel bereits angenommen, zum Teil mit einem gesamtstädtischen Ansatz im Sinne einer Integrierten Stadtentwicklungsplanung (wobei sektorale Schwerpunkte zu erkennen sind), zum Teil konzentriert auf thematische Schwerpunkte. Einen ersten Überblick gibt das Arbeitspapier des Deutschen Städtetages¹. Vor allem Heidelberg, Leipzig, München, Münster, Osnabrück und Potsdam haben dabei einen gesamtstädtischen Ansatz im Sinne einer Integrierten Stadtentwicklungsplanung gewählt. Als kommunale Handlungsfelder werden in den Papieren besonders Wohnungsbau, Integration, Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie die Bereiche Familie, Altenhilfe- und Jugendhilfeplanung gesehen.

Zu erwähnen sind zudem Einzelprojekte wie das statistische Monitoring und das Web-Portal in Braunschweig, die Einrichtung einer verwaltungsinternen (Heidelberg) beziehungsweise interdisziplinären (Münster) Arbeitsgruppe oder ein verwaltungsinternes Fortbildungsprogramm in München. Heidelberg und Münster berichten zusätzlich über Umfragen zum demographischen Wandel. Regionale Bevölkerungsprognosen sind für die Regionen Braunschweig, Hannover, Stuttgart und den Regionalverband Ruhr erarbeitet worden.

In Bielefeld ist die Stelle einer Demographie-Beauftragten eingerichtet worden, die im Projekt „Demographische Entwicklung“ interdisziplinär und unter Beteiligung der Einwohnerschaft Handlungskonzepte für eine demographieorientierte Kommunalpolitik entwickelt.

Die Fachverwaltung der Stadt Köln (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) legt regelmäßig eigene Bevölkerungsvorausberechnungen vor. Aktuell enthält die jüngste

¹ Deutscher Städtetag (Herausgeber): Demographischer Wandel. Herausforderungen, Chancen und Handlungsmöglichkeiten für die Städte; Köln und Berlin, Juli 2006. Hier sind die Städte Augsburg, Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Hamburg, Heidelberg, Leipzig, Ludwigshafen, Mannheim, München, Münster, Rostock und Schwerin aufgeführt. In der jüngeren Vergangenheit haben auch Osnabrück und Potsdam ähnliche Konzepte erarbeitet.

Prognose aus dem Jahr 2007 neben einer gesamtstädtischen Berechnung bis 2035 eine kleinräumige Darstellung auf Stadtteilebene bis zum Jahr 2025.

Aufbauend auf dieser Bevölkerungsvorausberechnung sind spezifische Untersuchungen möglich, welche urbanen Funktionen vom demographischen Wandel betroffen sind, wie er in Köln zu erwarten ist.

Der demographische Wandel, dem in Deutschland alle Gebietskörperschaften unterliegen, lässt sich mit den Schlagworten „weniger, älter und bunter“ skizzieren. Er trifft aber einzelne Gebietskörperschaften unterschiedlich. Köln gehört dabei zu den Großstädten mit dem derzeit niedrigsten demographischen Problemdruck, was die Frage der Bevölkerungszahl betrifft. Zwar wird die Schrumpfung auch Köln treffen, allerdings verzögert, das heißt nach dem hier behandelten Berichtszeitraum bis 2035. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Saldo aus Geburten und Sterbefällen) wird dabei nicht ausreichen, um den Bestand zu halten. Im Berichtszeitraum wächst Köln durch Zuwanderung. Neben jüngeren Menschen, die in der Universitätsstadt Köln ihre Ausbildung beziehungsweise in der Wirtschaftsmetropole Köln ihren Arbeitsplatz suchen, sind es vor allem auch Zuwanderer von außerhalb Deutschlands, die für das Wachstum beziehungsweise die Stabilität der Bevölkerungszahl sorgen. Von den drei Schlagworten treffen also „älter und bunter“ auf Köln zu. Hierauf müssen sich auch stadtentwicklungspolitische Bestrebungen richten: auf die Änderung der Bevölkerungsstruktur in Richtung „älter“ und auf die Integration von zuwandernder Bevölkerung.

Der vorliegende Verwaltungsbericht behandelt wegen der spezifisch kölnischen demographischen Entwicklung die kommunalen Handlungsfelder Kinder und Jugendliche, ältere und alte Bevölkerung, Integration, Bildung, Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt, Mobilität, Wohnen und Versorgung. Er stellt die Auswirkungen des demographischen Wandels auf diese Bereiche dar und benennt den Handlungsbedarf, der aus Sicht der Fachverwaltung jeweils besteht. Die Fachlichkeit des Verwaltungsberichts wurde sichergestellt durch die Mitwirkung der entsprechenden Fachverwaltung² an der Erarbeitung des Berichts.

Köln wächst ausschließlich infolge der in den nächsten zwei Jahrzehnten zu erwartenden Wanderungsgewinne in bestimmten Altersgruppen. Diese wiederum hängen in der Vergangenheit in nennenswertem Umfang mit der Arbeitsplatzentwicklung Kölns zusammen. Die realistische Einschätzung dieses Prozesses ist daher für die Einschätzung aller strukturellen Komponenten des demographischen Wandels von erheblicher Bedeutung. Dies und die Veränderung der Bevölkerungsstruktur lassen die Aufgabe der Integration in das Sozial-, in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt noch stärker in den Fokus der Stadtentwicklung treten. Für alle Bereiche der Stadtentwicklung müssen deshalb realistische und belastbare Szenarien für die Ausprägung der demographischen Entwicklung erarbeitet werden. Dabei sind die gegenseitigen Wirkungszusammenhänge zu beachten. Die Wohnungspolitik beeinflusst die demographische Struktur ebenso wie die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Die „Alterung“ von Stadtteilen kann Attraktivitätskriterien und Zuzugs- beziehungsweise Fortzugsverhalten beeinflussen und damit zu Entwicklungen führen, die

² Beteiligt sind das Dezernat Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht, das Dezernat Wirtschaft und Liegenschaften, das Dezernat Bildung, Jugend und Sport und das Dezernat Soziales, Integration und Umwelt. Die Federführung und die Koordination liegt beim Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen (Amt für Stadtentwicklung und Statistik).

Integrationsmaßnahmen in Räumen notwendig machen, die vorher nicht betroffen waren. Ebenso können sich Einzelhandelsstrukturen als Folge von demographischem Wandel verändern, was wiederum stadtentwicklungspolitische Eingriffe erfordert.

Diese Prozesse prägen sich in den Stadtteilen und -vierteln sehr unterschiedlich aus. Einzelne Wohnquartiere werden stärker altern, die Bedeutung des Migrationshintergrunds wird sich kleinräumig ebenfalls sehr unterschiedlich ausprägen und auswirken. Anhand dieser Beispiele wird deutlich: die Verschiedenartigkeit der Entwicklungsprozesse gilt für alle Themenfelder beziehungsweise städtischen Funktionen. Daher stellt sich als zentrale Aufgabe die Antwort auf die Verschiedenheit der zu erwartenden Strukturveränderungen in den städtischen Teilräumen dar.

Die Auswirkungen des demographischen Wandels in seinen Ausprägungen Alterung, Schrumpfung und Heterogenisierung auf die Stadt als Lebensraum wird in der Zusammenschau³ deutlich.

Abbildung 1 Demographische Prozesse als Herausforderungen

Demographische Prozesse als Herausforderungen			
	Stadt als Wirtschafts-/Lebensraum	gebaute Stadt	politische Stadt
Alterung und Vereinzelung	Belastung des Gesundheitssystems Vergesellschaftung von Dienstleistungen	Nachfrage nach altersgerechten Angeboten wachsende Wohnfläche/Kopf	neue Prioritäten sinkende politische Beteiligung
Schrumpfung	Nachfragerückgang Arbeitskräfterückgang	Leerstände weite Wege steigende Kosten	sinkende Finanzkraft „Misserfolg“
Heterogenisierung	Disparität Desintegration	Segregation	sinkende politische Beteiligung Polarisierung

Prof. Dr. Heinrich Mäding

Deutsches Institut für Urbanistik 

Ein Arbeitspapier des Deutschen Städtetages⁴, an dem die Stadt Köln mitgewirkt hat, schlägt deshalb als Schlüsselstrategie eine integrierte Stadtentwicklungsplanung vor, mit der die unterschiedlichen quantitativen, qualitativen und teilräumlichen Aspekte des demographischen Wandels zusammengeführt und zu einer konsistenten

³ Prof. Dr. Heinrich Mäding: Demographische Veränderungen und ihre Konsequenzen für städtische Politik und Verwaltung; Manuskript Frankfurt 2005

⁴ Deutscher Städtetag (Herausgeber): Demographischer Wandel. Herausforderungen, Chancen und Handlungsmöglichkeiten für die Städte; Köln und Berlin, Juli 2006

kommunalen Strategie gebündelt werden, wobei auch die ökonomischen Trends der Globalisierung und der Tertiärisierung zu berücksichtigen sind.

Die Basis eines integrierten Konzepts zum demographischen Wandel ist eine differenzierte und detaillierte soziodemographische Analyse, verbunden mit einer belastbaren Prognose über die zukünftige Bevölkerungsstruktur - sowohl gesamtstädtisch als auch stadtteilorientiert und mit Aussagen zum regionalen Kontext.

An der Erarbeitung eines integrierten Konzepts zum demographischen Wandel sind alle betroffenen Fachbereiche der Verwaltung zu beteiligen, um die Wirkung des demographischen Wandels auf die unterschiedlichen kommunalen Handlungsfelder zu berücksichtigen. Ebenso sind Aussagen des Leitbilds Köln 2020 zu beachten, da in diesem Prozess Hinweise auf ein zukünftiges, von der Stadtgesellschaft gewünschtes Stadtprofil gegeben wurden.

Ein integriertes Konzept zum demographischen Wandel muss schließlich in Aussagen münden, welche Handlungsbedarfe aus heutiger Sicht zu erkennen sind. Dieser Handlungsbedarf ist sowohl in seiner gesamtstädtischen als auch seinen teilräumlichen Ausprägungen darzustellen.

Durch die systematische Evaluation mit Hilfe eines Monitorings sind anschließend die wichtigsten Kenngrößen des soziodemographischen Wandels regelmäßig darzustellen und die Wirkungen der Konzepte und Maßnahmen zu prüfen.

Neben der Analyse der Trends und Entwicklungen vor Ort bilden die bestehenden Planungskonzepte in den einzelnen Handlungsfeldern (zum Beispiel das Gesamtverkehrskonzept, der Wohnungsgesamtplan und ähnliches) die Grundlage bei der Erarbeitung. Eine rein fachliche Sicht kann zu einer Einseitigkeit des Konzeptes führen und die Akzeptanz und somit Umsetzung der Lösungen vor Ort gefährden. Das Wissen des Pendlers vom ÖPNV, der Sachverstand der Eltern und der Alten über die Infrastruktur zum Beispiel sind wichtige Voraussetzungen, um bei der Planung nachhaltige Lösungen zu erzielen. Die Stadt beabsichtigt aus diesem Grund das Erfahrungs- und Anwenderwissen der Bürgerschaft vor Ort in den Prozess mit zu berücksichtigen und die Bürgerinnen und Bürger als Beteiligte mit einzubinden.

1.1 Gender Mainstreaming

Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine verbindliche Vorgabe. Bei der Entwicklung des Konzeptes zum demographischen Wandel ist es daher wichtig, den unterschiedlichen Blickwinkel von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen einzunehmen. Dies ist die Basis, um die unterschiedlichen Sichtweisen, Perspektiven, Bedürfnissen und Fähigkeiten von Männern und Frauen bei der Maßnahmenentwicklung angemessen zu berücksichtigen (Gender Mainstreaming).

Bei der Erarbeitung des Handlungskonzeptes Demographischer Wandel für Köln erfolgte eine Sensibilisierung der Arbeitskreise zum Thema Gender Mainstreaming. Daten wurden daraufhin soweit wie möglich für die jeweiligen Handlungsfelder geschlechterdifferenziert erhoben, veröffentlicht und erste Analysen vorgenommen.

Dabei kann bereits Folgendes beispielhaft festgestellt werden:

- 2035 werden in Köln 28.000 mehr Frauen als Männer leben, die älter als 65 Jahre sind.
- Die Zahl der Männer jenseits der 90 Jahre wird deutlich steigen.
- Immer mehr Menschen werden im Alter alleine leben (davon sind 85 % Frauen).
- Einwohnerrückgänge wird unter anderem der Stadtteil Chorweiler verzeichnen. Der Anteil der Frauen ab 70 steigt aber von 861 auf 1.554 und der Anteil der Männer ab 70 Jahren von 449 auf 860.
- Jeder vierte Haushalt ist ein Alleinerziehendenhaushalt (überwiegend Frauen).
- Die Einkommensarmut im Alter steigt (Frauen sind hiervon überdurchschnittlich betroffen).
- Das Risiko für Jungen und junge Männer im Bildungssystem zu scheitern, nimmt bereits heute merklich zu (besonders mit Migrationshintergrund).

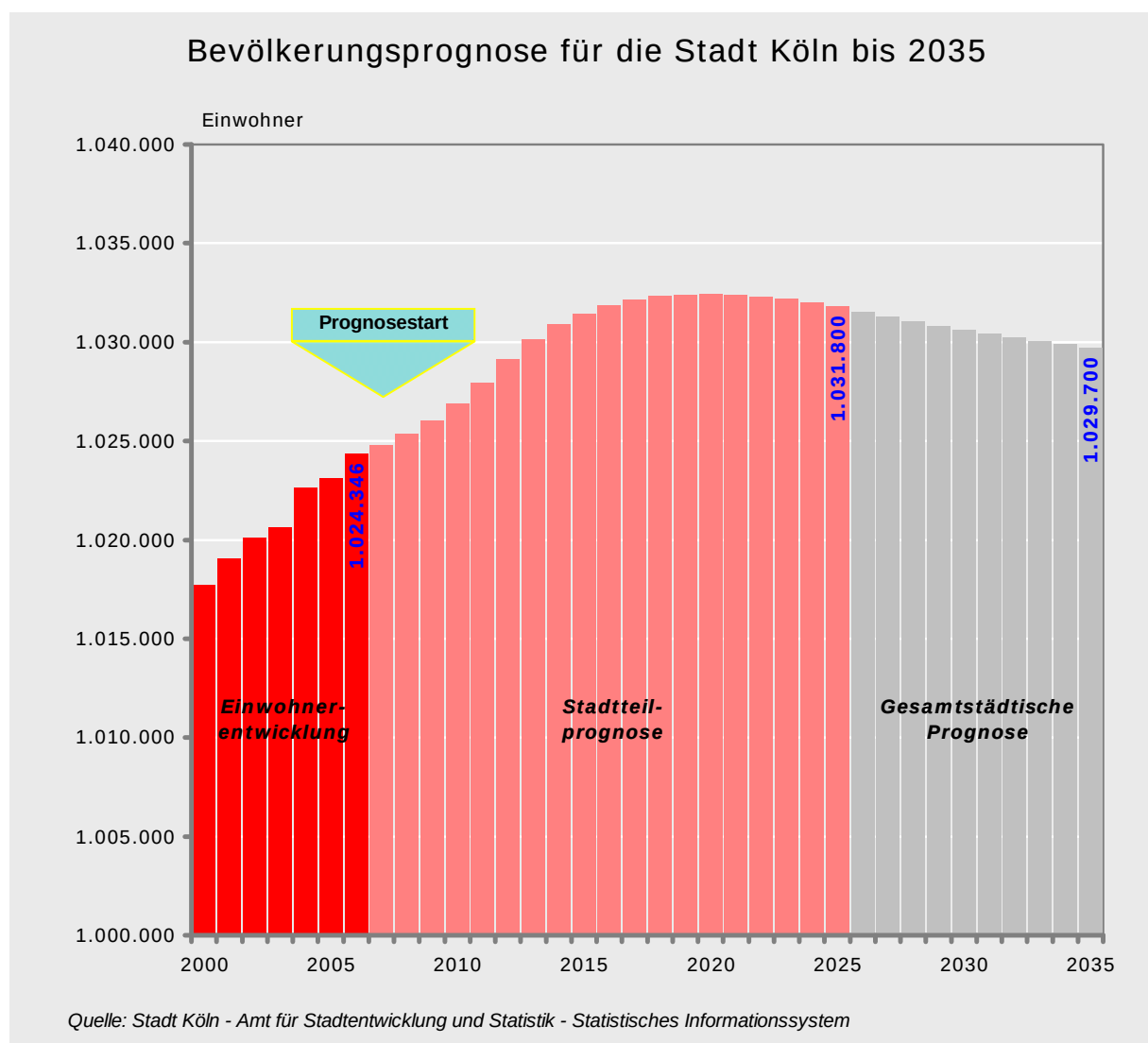
Diese Fakten bilden hilfreiche Grundlagen, dass bei zukünftigen Maßnahmen beispielsweise im Bereich der Bildung oder des Arbeitsmarktes geschlechterspezifische Aspekte aufgegriffen werden. Das Wissen über geschlechtsspezifische Unterschiede ermöglicht den Verantwortlichen nicht nur Nachteile für beide Geschlechter abzubauen, sondern auch die Effizienz der Maßnahmen wesentlich zu steigern und somit Köln auf den demographischen Wandel besser vorzubereiten.

2 Bevölkerungs- und Haushalteentwicklung

Gesamtstädtische Entwicklung bis 2025 und Projektion 2035

Köln bleibt Wachstumsstadt – auch in den kommenden Jahren steigt die Einwohnerzahl moderat weiter. Im Jahr 2020 wird Köln bei der wohnberechtigten Bevölkerung⁵ eine Einwohnerzahl von über 1,032 Millionen erreichen. Zwischen 2020 und 2025 wird die Einwohnerzahl nahezu stabil bleiben und nur minimal auf 1.031.800 zurückgehen. Die Projektion für die dann folgenden zehn Jahre geht weiterhin von einer stabilen Bevölkerungsentwicklung aus und sieht die Stadt bis zum Jahr 2035 bei 1,030 Millionen Einwohnern (1.029.700). Köln hätte dann immer noch etwa 5.400 Einwohner mehr als 2006, dem Startjahr der Prognose.

Abbildung 2 Bevölkerungsprognose für die Stadt Köln bis 2035



⁵ Alle Angaben beziehen sich auf die wohnberechtigte Bevölkerung. Zu ihr zählen alle in Köln mit Haupt- oder Nebenwohnung gemeldeten Personen. Anders als bei den vom Land veröffentlichten Einwohnerzahlen, die auf der Hauptwohnbevölkerung basieren (Vermeidung der Doppelzählung von Personen, die in mehreren Gemeinden im Bundesgebiet gemeldet sind) berücksichtigt die Stadt auch die mit Nebenwohnung gemeldeten Personen, da auch diese als Nachfrager städtischer Infrastruktur auftreten.

Die Einwohnervorausberechnung der Statistik attestiert Köln somit auf lange Sicht zwar moderate, aber stabile Wachstumsbedingungen.

Mit Hilfe dieser Prognose ist bis 2025 die Einwohnerentwicklung nicht nur gesamtstädtisch, wie in der letzten Prognose aus dem Jahr 2003, sondern auch kleinräumig, das heißt für die Kölner Stadtbezirke und Stadtteile gerechnet worden.

Zusätzlich und nur für die Gesamtstadt ist eine Projektion der Einwohnerentwicklung bis zum Jahr 2035 dargestellt worden. Anhand von Prognose und Projektion wird erkennbar, dass die typischen Entwicklungen des demographischen Wandels, wie die deutliche Zunahme älterer Bevölkerung, die anderswo sehr viel früher zutage treten, auch in Köln wirksam sind.

Tabelle 1 Einwohnerentwicklung in Köln nach Alter und Geschlecht 2006 bis 2035

Alter (von ... bis unter ... Jahre)	2006		2025*		Veränderung 2006/2025		2035*		Veränderung 2006/2035	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Insgesamt										
00 - 18	159.148	15,5	144.900	14,0	-14.300	-9,0	142.500	13,8	-16.600	-10,4
18 - 35	254.855	24,9	257.600	25,0	2.800	1,1	251.400	24,4	-3.500	-1,4
35 - 50	259.184	25,3	233.200	22,6	-26.000	-10,0	231.200	22,5	-28.000	-10,8
50 - 65	172.577	16,8	204.700	19,8	32.100	18,6	191.000	18,6	18.400	10,7
65 - 80	137.562	13,4	132.100	12,8	-5.500	-4,0	152.500	14,8	15.000	10,9
80 und älter	41.020	4,0	59.300	5,7	18.300	44,5	61.000	5,9	20.000	48,7
	1.024.346	100	1.031.800	100	7.400	0,7	1.029.700	100	5.300	0,5
Frauen										
00 - 18	77.678	14,8	70.500	13,2	-7.200	-9,2	69.400	13,0	-8.300	-10,7
18 - 35	131.587	25,1	135.000	25,4	3.400	2,6	131.600	24,7	0	0,0
35 - 50	123.944	23,6	114.700	21,5	-9.200	-7,5	114.100	21,4	-9.800	-7,9
50 - 65	88.560	16,9	103.700	19,5	15.100	17,1	97.300	18,3	8.700	9,9
65 - 80	73.682	14,0	72.000	13,5	-1.700	-2,3	82.500	15,5	8.800	12,0
80 und älter	29.398	5,6	36.600	6,9	7.200	24,5	38.200	7,2	8.800	29,9
zusammen	524.849	100	532.500	100	7.700	1,5	533.100	100	8.300	1,6
Männer										
00 - 18	81.470	16,3	74.400	14,9	-7.100	-8,7	73.200	14,7	-8.300	-10,2
18 - 35	123.268	24,7	122.700	24,6	-600	-0,5	119.800	24,1	-3.500	-2,8
35 - 50	135.240	27,1	118.400	23,7	-16.800	-12,5	117.100	23,6	-18.100	-13,4
50 - 65	84.017	16,8	101.000	20,2	17.000	20,2	93.700	18,9	9.700	11,5
65 - 80	63.880	12,8	60.100	12,0	-3.800	-5,9	70.100	14,1	6.200	9,7
80 und älter	11.622	2,3	22.700	4,5	11.100	95,3	22.800	4,6	11.200	96,2
zusammen	499.497	100	499.300	100	-200	0,0	496.600	100	-2.900	-0,6
* auf volle Hundert gerundet, daraus können sich Rundungsdifferenzen ergeben										

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem

Der demographische Wandel ist in Köln verglichen mit vielen Regionen und Städten verlangsamt: Der Anteil der über 65jährigen ist mit 18,6 Prozent 2025 deutlich geringer, als im Bundesgebiet (25,5 %). Der Anteil der 80 Jahre und Älteren liegt 2035 mit knapp Sechs Prozent immer noch deutlich unter dem Bundes- (9,2 %) beziehungsweise Landesniveau (8,5 %).

Die Prognoseergebnisse zeigen eine deutliche Zunahme der über 65jährigen um 12.800 auf 191.400 im Jahr 2025, was einem Anteil von 18,6 Prozent entspricht. In der Gruppe der über 65jährigen steigt die Zahl der Frauen um 5.500 auf 108.600 und die der Männer um 7.300 auf 82.800. Der Männeranteil in dieser Altersgruppe erhöht sich damit bis 2025 um einen Prozentpunkt auf 43,3 Prozent. Die Projektion bis 2035 sieht eine weitere Zunahme dieser Altersgruppe auf 213.000 Personen. Jeder fünfte Kölner Einwohner (20,7 %) ist dann über 65 Jahre alt, die Zahl der Frauen übertrifft dabei die der Männer um 27.800. Die Zahl der über 80jährigen steigt von 41.000 (2006) auf 59.300 im Jahr 2025; im Jahr 2035 erreicht sie die 61.000. Bis zum Jahr 2025 wird sich die Zahl der über 80jährigen Männer mit 22.700 gegenüber 2006 (11.600) fast verdoppeln und bis 2035 (22.800) nahezu unverändert bleiben. Der Anteil der Männer in dieser Altersgruppe steigt von 28,3 (2006) auf 38,3 Prozent im Jahr 2025 und geht bis 2035 geringfügig auf 37,4 Prozent zurück.

Das Durchschnittsalter der Kölnerinnen und Kölner wird bis 2035 um 2,3 Jahre von 41,5 (2006) auf 43,8 Jahre steigen. Dies gilt sowohl für die Frauen, deren Durchschnittsalter um 2,1 Jahre von 42,6 auf 44,7 steigt, als auch für die Männer. Deren Durchschnittsalter steigt um 2,5 von 40,3 auf 42,8 Jahre.

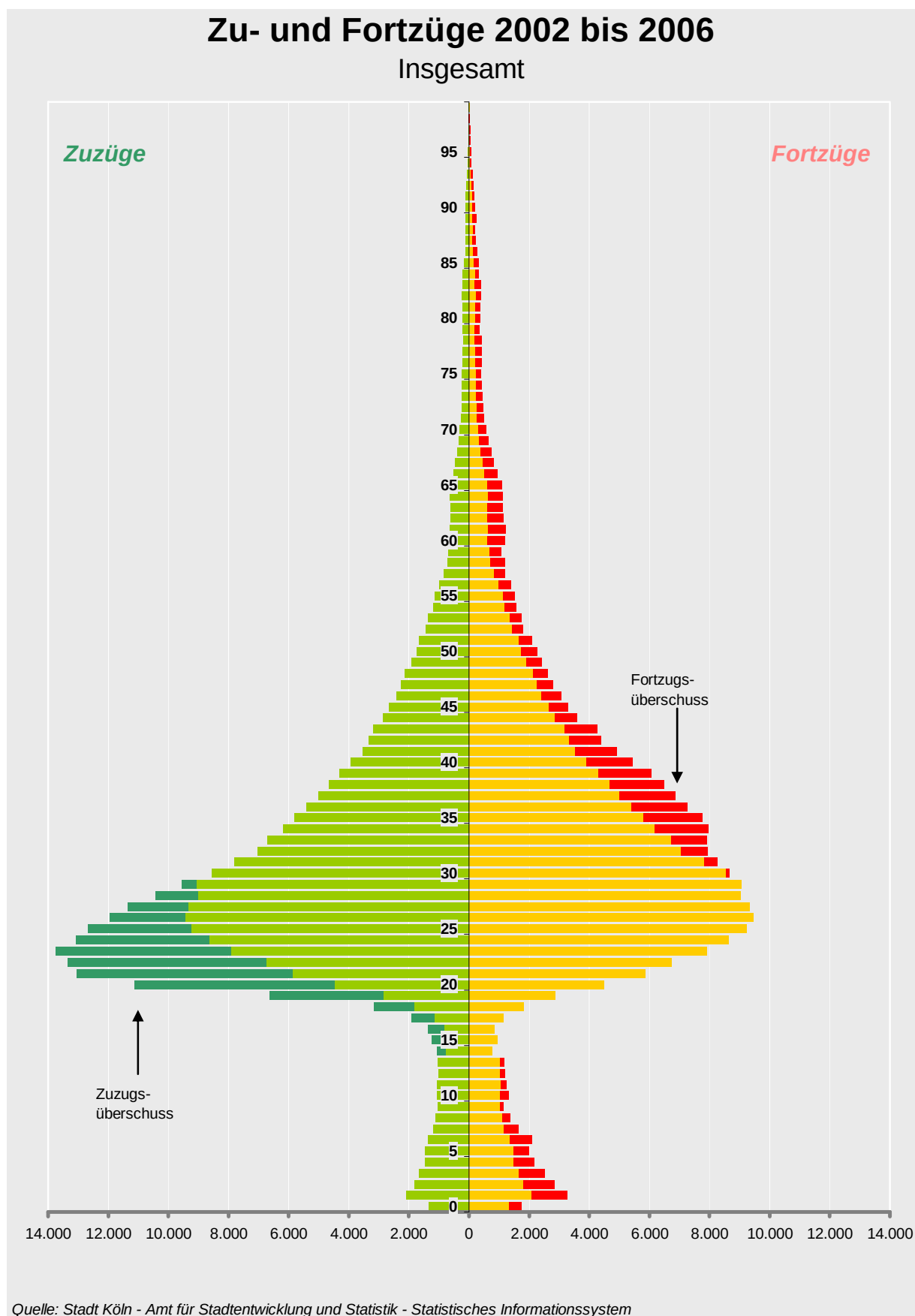
Die Ursache für die moderate Alterung der Stadt ist dieselbe, die auch für das Einwohnerwachstum verantwortlich ist: Die Stadt wird permanent durch den Zuzug von Studierenden, Auszubildenden und jungen Erwerbstätigen „verjüngt“. Betrachtet man die Zu- und Fortzüge Kölns der vergangenen Jahre in den einzelnen Altersjahren, so sieht man deutlich in welchen Altersjahren die Stadt Einwohner hinzugewinnt und wo die Zuzüge die Fortzüge nicht mehr ausgleichen.

Anhand dieser Wanderungspyramide wird erkennbar, dass deutliche Wanderungsgewinne hauptsächlich in der Altersgruppe der 18- bis 30jährigen zu verzeichnen sind. Sie betreffen die Gruppe der jungen Erwachsenen, die ins Berufsleben eintreten beziehungsweise aufgrund ihres Ausbildungs- oder Studienplatzes nach Köln kommen. Hingegen bei den 30- bis 40jährigen und den Minderjährigen vor allem bei den unter Zehnjährigen weist Köln per Saldo Einwohnerverluste auf, die im Wesentlichen auf wohnungsmarktbedingte Fortzüge von Familien mit Kindern zurück zu führen sind.

Für das Einwohnerwachstum ist die Stadt daher auf ein jährliches Zuwanderungsplus in der Größenordnung von mindestens 700 bis 900 Neukölnerinnen und Neukölnern angewiesen. Dies gelingt der Stadt bei den Zuzügen in den Altersjahren zwischen 18 und 30. Deren Zuzüge von 26.000 übersteigen die Fortzüge in dieser Altersgruppe in Höhe von 16.900 deutlich. Das in diesen Altergruppen erzielte Plus von 9.100 Einwohnern gleicht die Wanderungsverluste aller übrigen Altersgruppen in Köln in Höhe von 8.100 mehr als aus.

Auszugleichen sind, wie bereits erwähnt, vor allem die jährlichen Einwohnerverluste bei den 30- bis 40jährigen und den zugehörigen Kindern. Allerdings geht der Wanderungsverlust der familienrelevanten Jahrgänge von Jahr zu Jahr zurück; allein seit 1998 von 6.900 auf 4.200 im Jahr 2006.

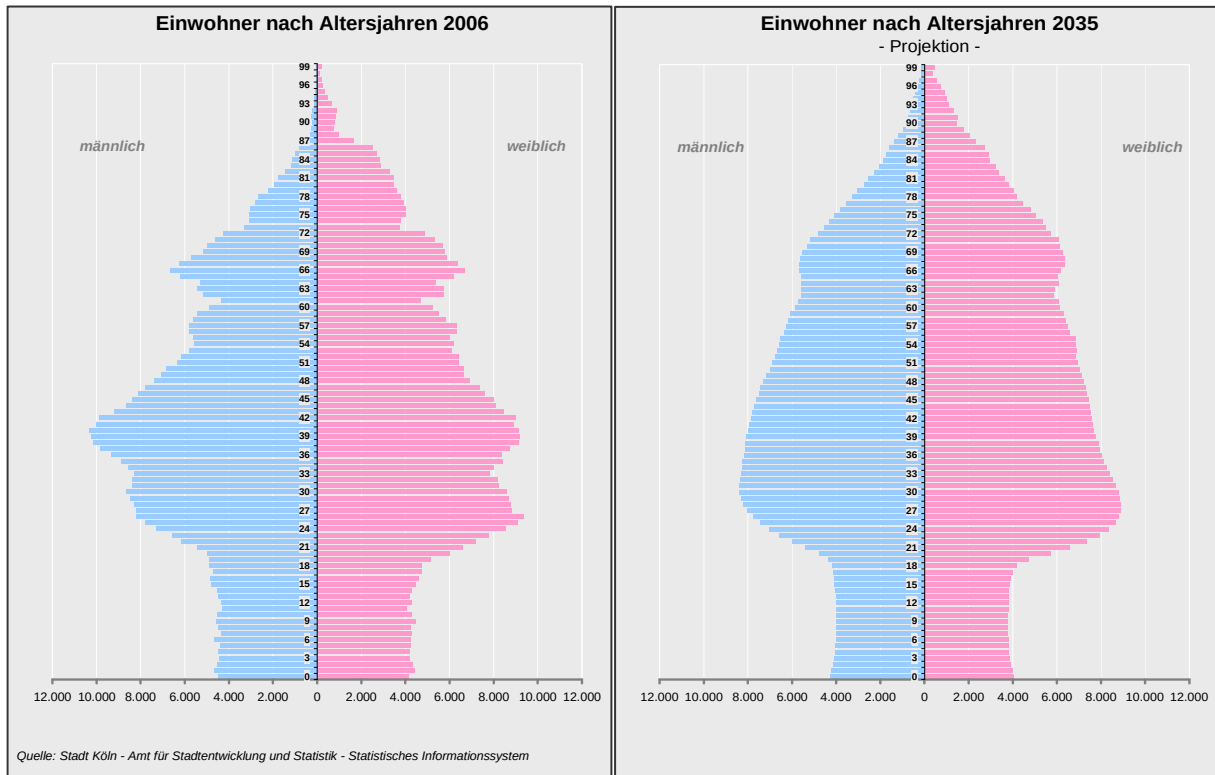
Abbildung 3 Zu- und Fortzüge



Die Veränderungen der Altersstruktur

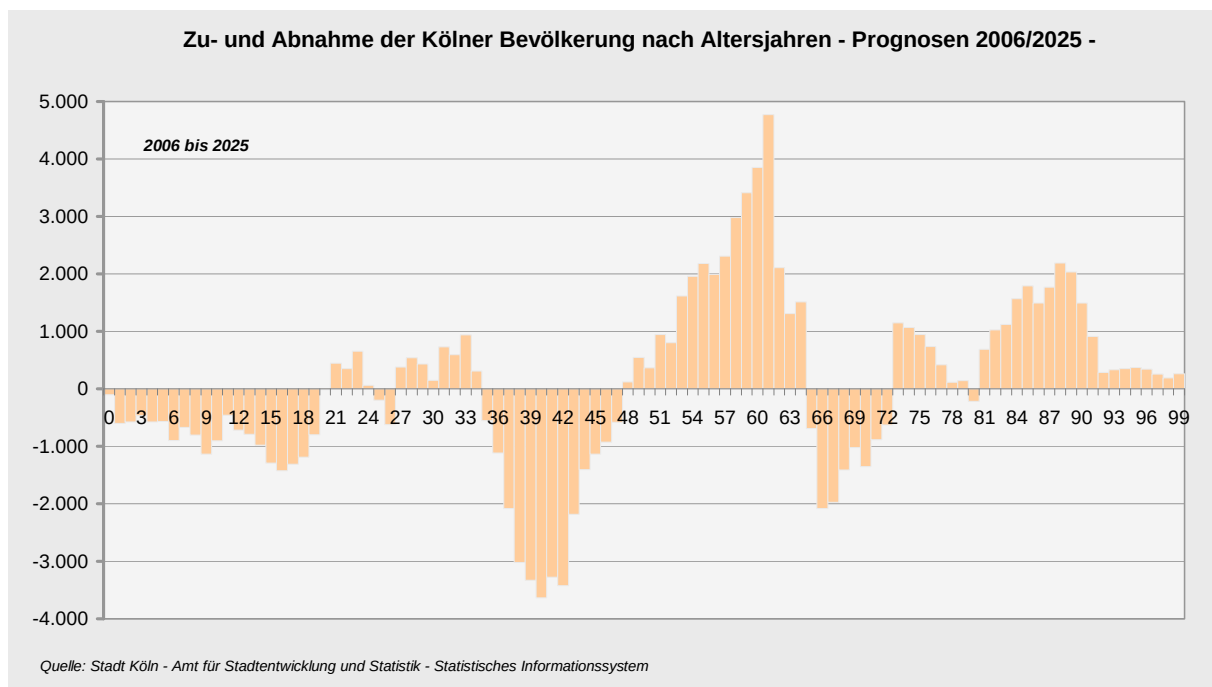
Die nachfolgende Abbildung bietet einen Vergleich der Altersverteilung Kölns im Jahr 2006 und dem Endpunkt der Langfrist-Projektion 2035. Der Vergleich der beiden Alterspyramiden zeigt die Zunahme der über 65jährigen sowie die Rückgänge bei den Kindern. Erkennbar wird, dass sich die Altersstrukturen keineswegs radikal verändern. Die jugendliche Basis der Altersstruktur verändert sich kaum. Köln zeigt nicht die typische Urnenstruktur einer stark gealterten Bevölkerungspyramide.

Abbildung 4 Altersverteilung der Kölner Bevölkerung 2006 und 2035



Das nachfolgende Schaubild verdeutlicht die Veränderungen der Kölner Altersstruktur im Detail. Hierzu sind für jeden Altersjahrgang die Unterschiede des Prognoseergebnisses im Jahr 2025 zum Prognosestart 2006 abgebildet. So kann genau abgelesen werden, ob ein einzelner beziehungsweise welche Altersjahrgänge stärker oder schwächer besetzt sein werden als heute.

Abbildung 5 Zu- und Abnahme der Kölner Bevölkerung nach Altersjahren

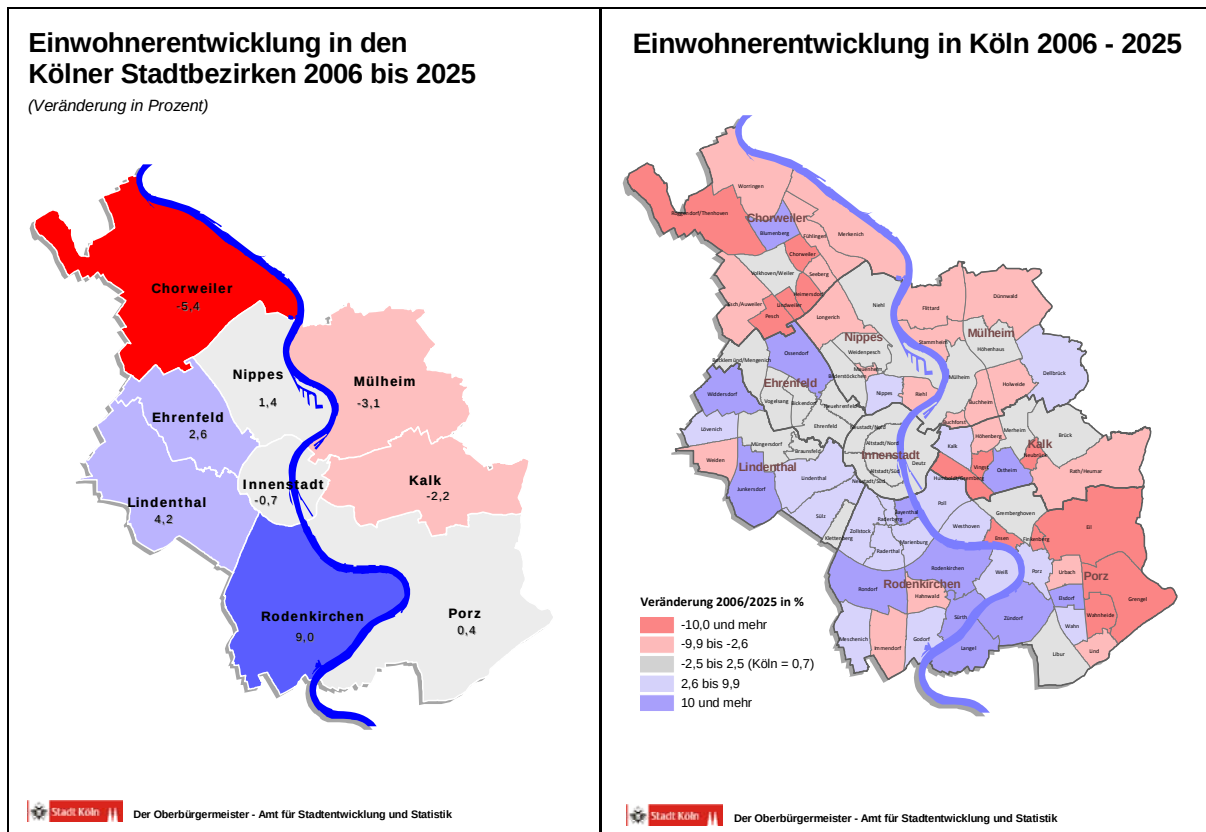


Die Zahl der Personen im Erwerbsalter (15 bis 65 Jahre) entwickelt sich sehr unterschiedlich: so geht die Zahl der jüngeren Erwerbspersonen zwischen 30 und 50 Jahren teilweise erheblich zurück. Dafür nimmt die Zahl der älteren Erwerbstätigen zwischen 50 und 65 Jahren noch stärker zu, sodass die Zahl der 15- bis 65jährigen insgesamt um etwas über 4.000 ansteigt. Die Zahl der Kölnerinnen und Kölner im Ausbildungsalter (18 bis 25 Jahre) bleibt bis 2025 relativ stabil und geht nur leicht, um 700 zurück. Deutlich erkennbar sind die durchweg um 500 bis 1000 Personen schwächer besetzten Altersjahrgänge der Minderjährigen, die sich zusammengenommen auf ein Minus von über 14.000 Kindern und Jugendlichen summieren.

Kleinräumige Ergebnisse der Einwohnerprognose

Auch wenn die Stadt – verglichen mit anderen Regionen und Städten – relativ jung bleibt, wird sich ihre Altersstruktur erkennbar verändern: Die zu erwartenden Veränderungen in der Zahl und Altersstruktur werden jedoch im Stadtgebiet nicht überall gleich verteilt eintreten. Aus diesem Grunde ist die Prognose bis 2025 nicht nur gesamtstädtisch sondern auch kleinräumig, das heißt für die neun Stadtbezirke und 86 Stadtteile erarbeitet worden. Die Karten zeigen, wie sich auf der Basis der Altersstrukturen und Wanderungsbeziehungen sowie der bis 2025 geplanten Wohnungsbaupotenziale die Entwicklung der Stadtbezirke und Stadtteile darstellt. Einwohnerrückgänge haben die Bezirke Kalk, Mülheim und Chorweiler zu erwarten.

Abbildung 6 Einwohnerentwicklung in den Kölner Stadtbezirken und Stadtteilen 2006 bis 2025



Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Statistisches Informationssystem

Der Stadtbezirk Porz bleibt in der Bilanz seiner Stadtteile stabil; dies gilt auch für die Innenstadt. Die Veränderungsrate von weniger als einem Prozent entspricht einer „schwarzen“ beziehungsweise „roten Null“. Allerdings ist die Entwicklung in der Innenstadt weitaus homogener als im Stadtbezirk Porz, wo das stabil erscheinende Ergebnis des Gesamtbezirks auf dem Saldo wachsender und schrumpfender Stadtteile beruht. Ähnliches gilt auch für den Stadtbezirk Nippes, dessen leichtes Wachstum zum größten Teil auf das Wachstum des Stadtteils Nippes, also des Bezirkszentrums zurück zu führen ist.

In der Gesamttendenz ergibt sich bis 2025 für die Stadtteilentwicklung ein Muster, das sich von dem bisherigen räumlichen Entwicklungsmuster unterscheidet: An die Stelle eines klassischen Zentrum-/Peripheriegefälles tritt im weitesten Sinne eine „Zweiteilung“, ungefähr entlang einer Diagonale Roggendorf/Thenhoven, Riehl, Vingst, Porz-Grengel. Die neue Prognose zeigt oberhalb dieser Diagonale mehrheitlich Stadtteile mit Einwohnerrückgängen.

Die Innenstadt weist – anders als in der Vergangenheit - zukünftig eine stabile Entwicklung auf. Hier scheint sich die Wiederentdeckung der Stadtentwicklungspotenziale des innerstädtischen Raumes als Investitionsraum widerzuspiegeln. Die bereits realisierten und noch vor der Realisierung stehenden Wohnungsbaupotenziale stoppen den Einwohnerschwind der vergangenen Jahre.

Entwicklung der Zahl der Kölner Haushalte bis 2035

Haushalte treten als Nachfrager von Konsumgütern, Dienstleistungen und Infrastruktur auf. Nicht die Einwohner, sondern die Haushalte sind die Nachfrager und Bedarfsträger auf dem Wohnungsmarkt. Daher ist die Kenntnis der Zahl der Haushalte und deren zukünftige Entwicklung eine wichtige Grundlage für kommunale Planungen. Insbesondere sind vor dem Hintergrund des demographischen Wandels Erkenntnisse über die zukünftige Struktur der Haushalte von besonderem Interesse.

Die Entwicklung der Zahl und strukturellen Zusammensetzung der Haushalte wird neben den demographischen Komponenten (Geburten, Sterbefälle, Wanderungen) auch von nichtdemographischen Faktoren (Einkommens-, Arbeitsmarkt-, Wohnungsmarktentwicklung, Verhaltensänderungen bezüglich des Lebensstils et cetera) beeinflusst. Ursächlich für das Haushaltsbildungsverhalten, das heißt den komplexen Prozess der Bildung, Vergrößerung, Verkleinerung und Auflösung von Haushalten, sind also demographische, soziale, ökonomische und individuelle Faktoren gemeinsam.

Bis 2025 ist die Entwicklung der Haushalte kleinräumig auf der Ebene der Stadtteile und für die folgenden zehn Jahre bis 2035 für die Gesamtstadt abgebildet. Die Zahl der Kölner Haushalte wird um knapp 10.000 von 532.500 im Jahr 2007 auf 542.300 bis 2025 ansteigen und bis zum Ende der Prognose 2035 nahezu unverändert bleiben. In diesem Zeitraum wird die Zahl der Haushalte nur geringfügig um 300 auf 542.000 zurückgehen (Tabelle 2).

Die durchschnittliche Zahl der Personen je Haushalt sinkt weiter, und zwar von 1,88 im Jahr 2007 auf 1,85 im Endjahr der Prognose. Der schon in der Vergangenheit zu beobachtende Prozess der Haushaltsverkleinerung wird sich damit weiter fortsetzen, allerdings in abgeschwächter Form.

Einer Zunahme der Zahl der kleinen Haushalte steht eine Abnahme bei den Haushalten mit drei oder mehr Mitgliedern gegenüber. Im Vergleich zu 2007 wird die Anzahl der Haushalte mit drei oder mehr Personen bis 2035 sinken (-7.300). Von diesem Rückgang sind sowohl die Haushalte mit drei (-3.000), mit vier (-3.100) als auch mit fünf oder mehr Personen (-1.200) betroffen. Weiterhin steigen wird hingegen die Zahl der kleinen Haushalte mit einer oder zwei Personen (+17.000). Dabei verzeichnen die Zweipersonenhaushalte mit 13.600 den größten Zugewinn. Wesentliche Ursache hierfür ist die steigende Zahl von Personen in der Altersgruppe der über 64jährigen, die als Paar zusammenleben. Gegenüber 2007 hat sich deren Zahl von 94.100 um 23.300 auf 117.400 erhöht⁶.

⁶ Das Prognosemodell liefert keine Aussagen über die Entwicklung von Seniorenhaushalten. Es stellt allerdings Angaben zur Zahl der über 64jährigen, die in einer Partnerschaft leben, zur Verfügung. Dabei muss die Partnerin oder der Partner nicht älter als 64 Jahre sein. Dennoch wird die Zunahme von 22.000 Personen in dieser Gruppe hauptsächlich auf die Zweipersonseniorenhaushalte entfallen. Grob geschätzt wird es sich um eine Größenordnung von knapp 11.000 Haushalten handeln. Damit stellt dieser Haushaltstyp rund 80 Prozent des Zuwachses (+13.600) an Zweipersonenhaushalten bis 2035.

Tabelle 2 Entwicklung der Haushalte 2005 bis 2035

Entwicklung der Haushalte 2005 bis 2035							
Jahr	Haushalte insgesamt	Zahl der Personen im Haushalt					Personen je Haushalt
		1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 und mehr Personen	
	absolut						
2005	528.823	263.176	143.491	63.333	41.352	17.471	1,89
2006	531.290	265.825	143.747	63.097	41.168	17.453	1,88
2007	532.513	268.433	143.769	60.752	41.335	18.224	1,88
2010	536.300	272.100	145.300	60.100	40.700	18.000	1,87
2015	540.500	274.400	148.300	59.700	40.100	17.800	1,86
2020	541.900	274.300	151.200	59.300	39.500	17.600	1,86
2025	542.300	273.400	153.700	58.800	39.000	17.300	1,86
2030	541.900	272.200	155.600	58.300	38.600	17.100	1,85
2035	542.000	271.700	157.400	57.800	38.200	17.000	1,85
	in %						
2005	100	49,8	27,1	12,0	7,8	3,3	.
2006	100	50,0	27,1	11,9	7,7	3,3	.
2007	100	50,4	27,0	11,4	7,8	3,4	.
2010	100	50,7	27,1	11,2	7,6	3,4	.
2015	100	50,8	27,4	11,1	7,4	3,3	.
2020	100	50,6	27,9	10,9	7,3	3,2	.
2025	100	50,4	28,3	10,8	7,2	3,2	.
2030	100	50,2	28,7	10,8	7,1	3,2	.
2035	100	50,1	29,0	10,7	7,0	3,1	.
	Entwicklung (2005 = 100)						
2005	100	100	100	100	100	100	100
2006	100,5	101,0	100,2	99,6	99,6	99,9	99,7
2007	100,7	102,0	100,2	95,9	100,0	104,3	99,5
2010	101,4	103,4	101,3	94,9	98,4	103,2	99,0
2015	102,2	104,3	103,4	94,3	97,1	102,1	98,6
2020	102,5	104,2	105,4	93,7	95,6	100,6	98,4
2025	102,5	103,9	107,1	92,9	94,3	99,1	98,2
2030	102,5	103,4	108,4	92,1	93,4	98,1	98,1
2035	102,5	103,2	109,7	91,3	92,3	97,2	98,0
* Prognoseergebnisse für 2010, 2015, 2020, 2025, 2030 und 2035 sind auf volle Hundert gerundet							
Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik							
Statistisches Informationssystem							

Wie schon 2007 wird auch zukünftig jeder zweite Kölner Haushalt aus nur einer Person bestehen. Die Zahl der in Einpersonenhaushalten lebenden Kölnerinnen und Kölner wird bis 2015 um 6.000 von 268.400 (2007) auf 274.400 steigen und bis zum

Jahr 2035 auf 271.700 zurückgehen. Dies bedeutet immer noch einen Zuwachs von 3.300 Einpersonenhaushalten gegenüber 2007. Das deutliche Plus bei den Alleinlebenden bis 2015 ergibt sich in der Hauptsache aus der positiven Bevölkerungsentwicklung, die auf Gewinn bei den Zuzügen basiert. Bei den nach Köln Zuziehenden handelt es sich überwiegend um Einpersonenhaushalte.

Der Anstieg um 3.300 Singlehaushalte ergibt sich daraus, dass die Zahl der über 64jährigen Kölnerinnen und Kölner um 5.400 steigt, während die Gruppe der unter 65jährigen um 2.200 abnimmt. Betroffen ist hiervon sowohl die Altersgruppe der unter 35jährigen (-900) als auch die Gruppe der 35- bis unter 65jährigen (-1.300).

Der Anteil der über 64jährigen Alleinlebenden an allen Einpersonenhaushalten verändert sich bis 2035 nur geringfügig um +1,8 Prozentpunkte von 21,8 (2007) auf 23,6 Prozent. Der Anteil der unter 35jährigen bleibt bei rund einem Drittel (2007: 34,1 Prozent; 2035: 33,3 %). Auch der Anteil der 35- bis unter 65jährigen ändert sich kaum (2007: 44,1 %; 2035: 43,1 %).

Etwas mehr als die Hälfte (50,7 %) der im Jahr 2007 allein im Haushalt Lebenden sind Frauen. Bis 2035 wird der Frauenanteil bis auf 52,1 Prozent steigen. Als eine Ursache hierfür ist die gegenüber den Männern höhere Lebenserwartung der Frauen zu nennen.

Haushaltsgröße	2007		2035*	
	absolut	in %	absolut	in %
Einpersonenhaushalte zusammen	268 433	50,4	271 700	50,1
Einpersonenhaushalte unter 35 Jahre	91 413	17,2	90 500	16,7
Einpersonenhaushalte 35 - 64 Jahre	118 409	22,2	117 200	21,6
Einpersonenhaushalte 65 Jahre und älter	58 611	11,0	64 100	11,8
2-Personenhaushalte	143 769	27,0	157 400	29,0
3-Personenhaushalte	60 752	11,4	57 800	10,7
4-Personenhaushalte	41 335	7,8	38 200	7,0
Haushalte mit 5 und mehr Personen	18 224	3,4	17 000	3,1
Mehrpersonenhaushalte zusammen	264 080	49,6	270 400	49,9
Haushalte insgesamt	532 513	100,0	542 200	100,0

* Prognosewerte 2035 auf volle 100 gerundet

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Statistisches Informationssystem

Tabelle 3 **Haushaltsgröße in Köln nach Anzahl der Personen 2007 und 2035**

In 97.800, das heißt in 37 Prozent der insgesamt 264.800 Mehrpersonenhaushalte im Jahr 2007, leben Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Dieser Haushaltstyp wird aufgrund niedriger Geburtenzahlen bis zum Endjahr der Prognose kontinuierlich schrumpfen. Im Jahr 2035 werden nur noch in 88.200, das heißt in knapp einem Drittel (32,6 %) der Mehrpersonenhaushalte Kinder und Jugendliche leben (vergleiche Tabelle 4).

Rückläufig ist auch die Zahl der Alleinerziehenden. Gegenüber 2007 wird deren Zahl um rund 2.300 von etwas mehr als 24.200 auf knapp 22.000 zurückgehen. Jeder vierte Haushalt mit Kindern ist ein Alleinerziehendenhaushalt. Dieser Anteil bleibt im gesamten Prognosezeitraum nahezu unverändert (vergleiche Tabelle 4).

Tabelle 4 **Mehrpersonenhaushalte 2007 und 2035**

Mehrpersonenhaushalt	2007		2035*	
	absolut	in %	absolut	in %
Haushalte ohne Kinder	166 273	63,0	182 200	67,4
Paare mit Kind(ern)	73 566	27,9	66 200	24,5
Alleinerziehende mit Kind(ern)	24 241	9,2	22 000	8,1
Mehrpersonenhaushalte insgesamt	264 080	100,0	270 400	100,0

* Prognosewerte 2035 auf volle 100 gerundet

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Statistisches Informationssystem

Die Haushalte mit einem Kind stellen mehr als die Hälfte aller Haushalte mit Kindern. Trotz rückläufiger Zahlen der Haushalte mit einem Kind im gesamten Prognosezeitraum (2007: 53.100; 2035: 48.100) steigt der Anteil geringfügig von 54,3 Prozent im Jahr 2007 auf 54,6 Prozent im Jahr 2035. Auch die Haushalte mit zwei sowie drei und mehr Kindern werden weniger. Die Zahl der Haushalte mit zwei Kindern sinkt im Vergleich zu 2007 bis 2035 um knapp 3.400. Die Haushalte mit drei und mehr Kindern gehen um 1.200 zurück (Tabelle 5).

Tabelle 5 **Entwicklung der Haushalte mit Kindern 2005 bis 2035**

Entwicklung der Haushalte mit Kindern 2005 bis 2035				
Jahr	Haushalte	nach Zahl der minderjährigen Kinder		
		eins	zwei	drei und mehr
2005	98.685	53.183	34.329	11.173
2006	98.181	53.194	34.067	10.920
2007	97.807	53.107	33.878	10.822
2015	92.100	50.100	31.900	10.100
2025	89.600	48.900	31.000	9.800
2035	88.200	48.100	30.500	9.600

* Prognoseergebnisse für 2015, 2025 und 2035 sind auf volle Hundert gerundet

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Statistisches Informationssystem

Kleinräumige Ergebnisse der Haushalteprognose

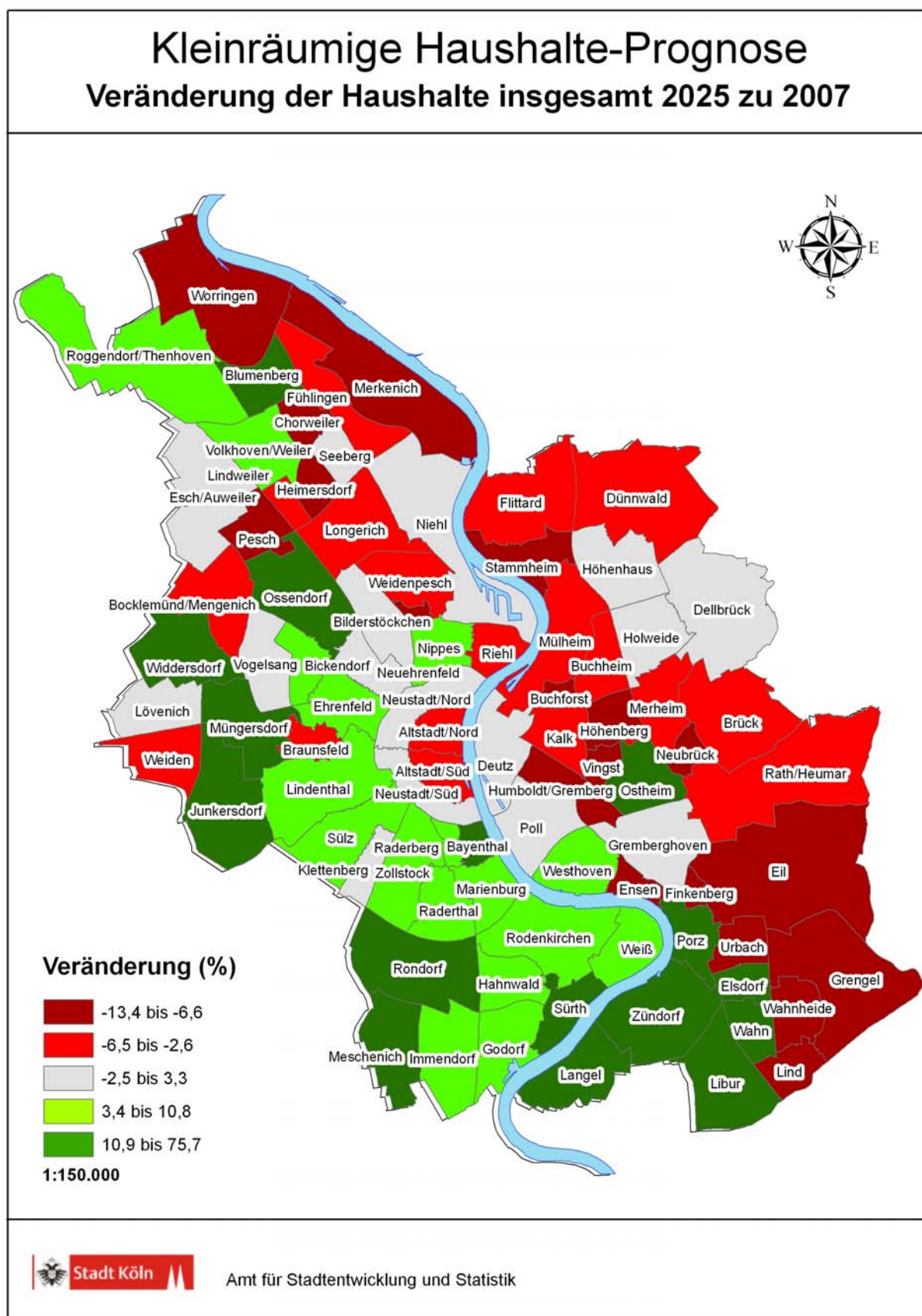
Aus der kleinräumigen Bevölkerungsprognose können stadtteilweise Aussagen über die Entwicklung der Haushalte bis 2025 abgeleitet werden. Anhand der Karte 3 wird deutlich, dass die kleinräumigen, stadtteilbezogenen Muster der Bevölkerungs- und Haushalteentwicklung bis 2025 nahezu deckungsgleich sind. In 75 von 86 Kölner Stadtteilen ist, wenn man die Veränderungen der Bevölkerungs- und Haushaltszahlen betrachtet, kein gegenläufiger Trend zu erkennen.

Dennoch gibt es Unterschiede in der Intensität. Stadtteile mit weit fortgeschrittener Haushalteverkleinerung (zum Beispiel im Stadtbezirk Innenstadt), weisen nur noch geringe oder keine Verschiebungen in Richtung kleiner Haushalte auf.

Sowohl Alterung als auch die Individualisierung der Gesellschaft bewirken eine Tendenz in Richtung zu mehr kleinen Haushalten. Diese beiden Trends können dazu führen, dass sinkende Bevölkerungszahlen und steigende Haushaltezahlen kleinräumig gleichzeitig auftreten.

Als Beispiele für Stadtteile mit rückläufigen Bevölkerungs- und steigenden Haushaltezahlen sind unter anderem Hahnwald, Immendorf, Klettenberg, Roggendorf/Thenhoven und Seeberg zu nennen. In diesen Stadtteilen steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung bis 2025 stärker an als in der Gesamtstadt. Dieses steigt von 41,5 (2006) um 1,7 auf 43,2 (2025). Hingegen schwankt die Veränderung in den genannten Stadtteilen zwischen 2,8 für Klettenberg (42,8 auf 45,6) und 4,1 Jahre für Seeberg (39,6 auf 43,7).

Abbildung 7 Kleinräumige Haushalteprognose 2007 bis 2025



Fazit

Köln bleibt Wachstumsstadt – die Einwohnerzahl steigt in den nächsten Jahren moderat weiter: Im Jahr 2020 wird Köln eine Einwohnerzahl von über 1,032 Millionen erreichen, 2035 werden es 1,030 Millionen Einwohner sein.

Der demographische Wandel ist in Köln verglichen mit vielen Regionen und Städten erkennbar verlangsamt: Die Stadt wird permanent durch den Zuzug von Studenten, Auszubildenden und jungen Erwerbstätigen verjüngt.

Die Bevölkerungsstruktur ändert sich:

- Die Zahl der Kinder und Jugendlichen (bis unter 18) geht zurück.
- Die Zahl der Personen im Ausbildungsalter (18 bis 25 Jahre) bleibt bis 2025 relativ stabil und geht dann leicht zurück.
- Die Zahl der jüngeren Erwerbspersonen zwischen 30 und 50 Jahren geht teilweise erheblich zurück, dagegen nimmt die Zahl der älteren Erwerbstätigen zwischen 50 und 65 Jahren noch stärker zu, sodass die Zahl der 15- bis 65jährigen insgesamt ansteigt.
- Zahl und Anteil der über 65jährigen werden von 178.600 (17,4 %) im Jahr 2006 auf 191.400 (18,6 %; 2025) und 213.600 (20,7 %; 2035) prognostiziert. Darunter sind 2006 41.020 über 80jährige (4 %), deren Zahl und Anteil über 59.300 (5,7 %; 2025) auf 61.000 (5,9 %; 2035) stetig steigt

Der Frauenüberschuss bei der Gesamtbevölkerung (2006: 51,2 %) wird bis 2035 leicht steigen (2025: 51,6 %; 2035: 51,8 %). Die Altersgruppen bieten ein differenziertes Bild:

- Bei den bis 18jährigen bleibt der Männerüberschuss stabil (2006: 51,2 %; 2025: 51,3 %; 2035: 51,3 %).
- In der Altersgruppe über 65 sinkt der starke Frauenüberschuss von 57,7 Prozent 2006 auf 56,7 Prozent (2025) und 56,5 Prozent (2035).
- Eine besonders deutliche Verschiebung zeigt sich dabei in der Altersgruppe der über 80jährigen: Der erhebliche Frauenüberschuss von 71,7 Prozent (2006) wird sich auf 61,7 Prozent (2025) verringern, um dann wieder leicht zu steigen (2035: 62,2 Prozent).

Die Zahl der Haushalte steigt bei gleichzeitiger Verkleinerung (Personen je Haushalt) leicht an. Die Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte nimmt zu und die Zahl der Haushalte mit drei oder mehr Personen nimmt ab.

Hinsichtlich der räumlichen Einwohnerentwicklung ist Rahmen eines Monitoring zu beobachten, ob und in welchem Ausmaß in Teilbereichen der Stadt Abwanderungsprozesse von bestimmten Bevölkerungsgruppen stattfinden und ob Einwohnerverluste in Stadtteilen Ausdruck innerstädtischer Umverteilungsprozesse oder Ergebnisse von Abwanderung ins Umland sind.

3 Kommunale Handlungsfelder

Die folgenden Kapitel beschreiben die kommunalen Handlungs- und Themenfelder, die von der demographischen Entwicklung in Köln besonders betroffen sind und für die die Fachverwaltungen Handlungsbedarf festgestellt haben.

Die Kapitel sind in Arbeitskreisen erarbeitet worden:

Arbeitskreis Wirtschaft und Arbeitsmarkt

(Kapitel 3.1 Arbeitsmarkt und Beschäftigung und Kapitel 3.7 Mobilität)

Leitung des AK: Amt für Wirtschaftsförderung (80)
Mitwirkung: Amt für Stadtentwicklung und Statistik (15)
Amt für Soziales und Senioren (50)
Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern (I/1)

Arbeitskreis Bildung

(Kapitel 3.3 Bildung, Qualifizierung, Kinder und Jugendliche)

Leitung des AK: Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung (IV/2)
Mitwirkung: Amt für Stadtentwicklung und Statistik (15)
Amt für Soziales und Senioren (50)
Amt für Kinder, Jugend und Familie (51)
Gesundheitsamt (53)
Sportamt (52)
Amt für Weiterbildung (42)
Schulverwaltungsamt (40)
Amt für Wirtschaftsförderung (80)
Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern (I/1)
Interkulturelles Referat (V/2)
Lernende Region - Netzwerk Köln

Arbeitskreis Bevölkerungs- und Lebensverhältnisse

(Kapitel 3.2 Migration und Integration und Kapitel 3.4 Menschen im Alter)

Leitung des AK: Amt für Soziales und Senioren (50)
Mitwirkung: Amt für Stadtentwicklung und Statistik (15)
Gesundheitsamt (53)
Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern (I/1)
Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung (IV/2)
Interkulturelles Referat (V/2)

Arbeitskreis Wohnen und Versorgung

(Kapitel 3.5 Wohnen und Kapitel 3.6 Versorgung mit Waren und Dienstleistungen)

Leitung des AK: Amt für Stadtentwicklung und Statistik (15)
Mitwirkung: Amt für Soziales und Senioren (50)
Amt für Wohnungswesen (56)
Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern (I/1)

3.1 Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Bisherige Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials

Die Veränderungen in den soziodemographischen Rahmenbedingungen sind von zentraler Bedeutung für die ökonomische Entwicklung und somit auch für den Arbeitsmarkt. Umgekehrt gilt natürlich auch, dass die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt eine zentrale Determinante für die Zu- oder Abwanderung und somit für die Bevölkerungsentwicklung und -struktur ist. Für Köln bedeutet dies, dass aufgrund der positiven Einwohnerprognose und des zu erwartenden moderaten Bevölkerungswachstums auch die Zahl der erwerbsfähigen Menschen geringfügig steigen wird, wobei allerdings der Bevölkerungsanteil potenziell Erwerbsfähiger konstant bleibt. Dabei entwickelte sich das Erwerbspersonenpotenzial in wichtigen Altersgruppen unterschiedlichen und zum Teil gegenläufig.

Zur Jahresmitte 2007 betrug die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Köln⁷ rund 443.700, nahezu unverändert gegenüber 1999. Allerdings ist ein Rückgang im Produktionssektor um 24 Prozent auf 78.000 und eine Zunahme im Dienstleistungssektor um gut sieben Prozent auf 365.700 zu verzeichnen. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer ist im gleichen Zeitraum um 3,3 Prozent gesunken, der Anteil der Frauen um 4,3 Prozent gestiegen (Tabelle 6).

Tabelle 6 Beschäftigungsentwicklung und -struktur 1999 bis 2007

Entwicklung und Struktur der Beschäftigung am Arbeitsort Köln 1999 und 2007 (jeweils: 30.06.)						
	1999		2007		Veränderung 1999-2007	
	Zahl	Anteil in % aller Beschäftigten	Zahl	Anteil in % aller Beschäftigten	Zahl	%
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	443.747	100,0	443.668	100,0	-79	0,0
Männer	254.461	57,3	246.156	55,5	-8.305	-3,3
Frauen	189.286	42,7	197.512	44,5	8.226	4,3
Deutsche	392.673	88,5	396.034	89,3	3.361	0,9
Ausländer	51.074	11,5	47.634	10,7	-3.440	-6,7
Jugendliche unter 25 Jahre	47.409	10,7	43.744	9,9	-3.665	-7,7
25 bis unter 35 Jahre	134.366	30,3	106.790	24,1	-27.576	-20,5
35 bis unter 55 Jahre	212.423	47,9	241.304	54,4	28.881	13,6
55 bis unter 65 Jahre	47.736	10,8	49.473	11,2	1.737	3,6
keine Zordnung möglich	1.813	0,4	2.357	0,5	544	11,0
Fachhochschul-/Hochschulabschluss	53.742	12,1	62.176	14,0	8.434	15,7
Volks-/Haupt-/Realschule ohne Berufsausbildung	64.042	14,4	46.496	10,5	-17.546	-27,4
Volks-/Haupt-/Realschule mit Berufsausbildung	216.818	48,9	179.871	40,5	-36.947	-17,0
Studienberechtigt	45.538	10,3	55.933	12,6	10.395	22,8
keine Zuordnung möglich	63.607	14,3	99.192	22,4	35.585	5,9
Quelle: Regionaldirektion der Agentur für Arbeit NRW Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Statistisches Informationssystem						

⁷ Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Köln zählen außer den dort beschäftigten Kölner/-innen auch die von außerhalb Kölns kommenden Beschäftigten (Einpendler). In der nachfolgenden altersgruppen- und branchenbezogenen Betrachtung erfolgt die Analyse auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Köln. Entsprechende Daten sind für Kölner/-innen (Wohnortprinzip) nicht vorhanden.

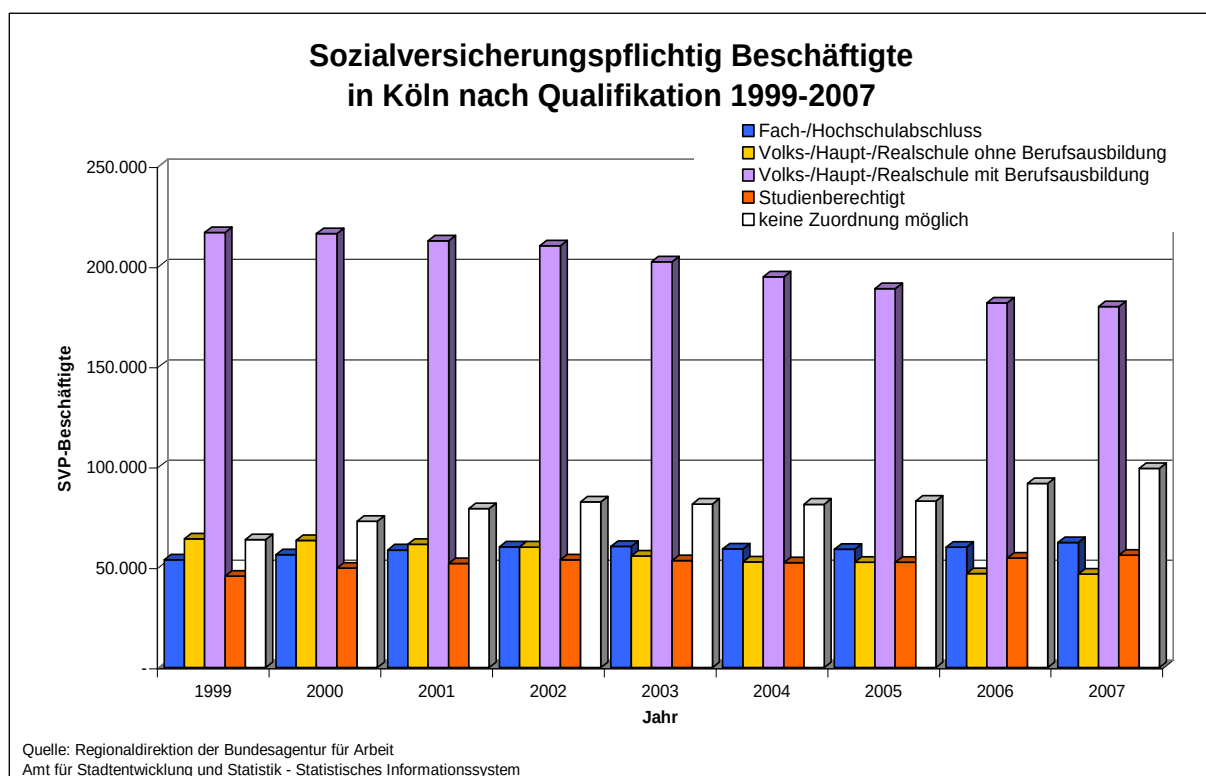
Die Zahlen für die verschiedenen Altersgruppen haben sich unterschiedlich entwickelt. In der Altersgruppe zwischen 35 und 54 Jahren gab es fast 29.000 Beschäftigte mehr, die Altersgruppe über 55 Jahren verzeichnete einen vergleichsweise moderaten Anstieg um 1.737 Personen.

Diesem Beschäftigungszuwachs stand ein in etwa gleich hoher Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den beiden jüngeren Altersgruppen gegenüber. Hiervon besonders stark betroffen war die Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren; hier kam es im Vergleichszeitraum zu einem Beschäftigtenrückgang um fast 28.000 Personen. In der Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren fiel die Abnahme mit -3.665 Beschäftigten wesentlich geringer aus.

Für die Auswirkungen des demographischen Wandels - besonders den damit verbundenen Chancen der Kölner Bevölkerung in der Stadt selbst - ist die Beschäftigtenentwicklung in Abhängigkeit vom Qualifikationsniveau von besonderer Relevanz.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Abitur und Fachhochschulreife hat sich in Köln von 1999 bis 2007 um 23 Prozent auf etwa 56.000 und derjenigen mit Fachhochschul- beziehungsweise Hochschulabschluss um 16 Prozent auf etwa 62.000 erhöht (Abbildung 8). Damit hat sich der Anteil der Beschäftigten in Köln mit höherem/hohem Bildungsabschluss insgesamt von etwa einem Fünftel (1999) auf etwa ein Viertel erhöht.

Abbildung 8 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Qualifikation 1999 bis 2007



Befriedigt wird der zunehmende Bedarf höher qualifizierter Berufstätiger allerdings vermehrt von Einpendlern, die etwa die Hälfte aller Beschäftigten in Köln (215.000 von 443.000) ausmachen. Derzeit liegen die Anteile der Einpendler mit beruflicher Qualifikation (53 %, zirka 113.000) deutlich über den jeweiligen Anteilen der Kölner mit Arbeitsplatz in Köln (46 %, zirka 105.000).

Strukturell ist der Kölner Arbeitsmarkt - aus städtischer Perspektive - insbesondere dadurch gekennzeichnet, dass 42 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in der Stadt arbeiten (zirka 95.300), keine abgeschlossene Berufsausbildung haben.

Die künftige Entwicklung und das Bildungsniveau des Kölner Erwerbspersonenpotenzials könnte dazu führen, dass dieser Anteil weiter wächst und damit die Chance – besonders für die folgenden Generation(en) - auf einen attraktiven, existenzsichernden Arbeitsplatz in der Stadt weiter abnimmt.

Die Arbeitsplatzentwicklung nach Branchen (Tabelle 7) dokumentiert den Strukturwandel in der Kölner Wirtschaft, der sich seit 1999 vollzogen hat.

Tabelle 7 Arbeitsplatzentwicklung nach Branchen 1999 bis 2007

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Branchenstruktur im Produktions- und Dienstleistungssektor 1999 bis 2007											
Wirtschaftsabteilungen darunter Wirtschaftszweige										Veränderung 1999-2007	
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Zahl	Prozent
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.263	1.307	1.259	1.267	1.144	1.133	1.041	996	951	-312	-24,7
Bergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Steine und Erden	1.925	1.935	1.426	1.180	1.191	657	515	494	514	-1.411	-73,3
Verarbeitendes Gewerbe	73.668	72.416	72.267	72.753	69.242	64.869	62.780	59.130	57.413	-16.255	-22,1
darunter											
Ernährungsgewerbe	7.228	6.711	6.504	6.829	6.526	6.481	6.228	5.948	5.777	-1.451	-20,1
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von Datenträgern	9.577	9.773	9.932	9.134	8.237	7.676	7.362	6.966	6.686	-2.891	-30,2
Chemische Industrie (Herst. von chem. Grundstoffen u. Produkten)	5.444	5.215	5.124	4.979	4.795	4.453	4.291	3.683	3.785	-1.659	-30,5
Maschinenbau	5.733	5.599	5.421	5.283	4.867	4.821	4.656	4.708	4.704	-1.029	-17,9
Fahrzeugbau	21.265	20.874	21.373	23.125	23.057	20.769	20.560	19.226	19.203	-2.062	-9,7
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	4.853	4.537	4.387	4.033	3.667	3.332	2.933	2.465	1.623	-3.230	-66,6
Energie- und Wasserversorgung	3.314	3.637	3.557	3.672	3.660	3.857	3.737	3.776	3.807	493	14,9
Baugewerbe	22.469	21.818	21.041	18.940	17.320	16.745	15.529	14.763	15.290	-7.179	-32,0
Produktionssektor	102.639	101.113	99.550	97.812	92.557	87.261	83.602	79.159	77.975	-24.664	-24,0
Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	79.606	80.086	80.139	79.764	76.365	73.613	72.609	72.507	73.215	-6.391	-8,0
Gastgewerbe	13.654	14.517	15.098	15.607	14.850	14.391	14.503	14.729	14.879	1.225	9,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	30.959	32.770	34.058	33.728	32.808	33.823	33.929	34.893	34.809	3.850	12,4
darunter											
Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	12.031	13.236	13.048	12.751	12.431	12.415	12.387	12.448	12.741	710	5,9
Luftfahrt	3.388	3.921	4.115	4.026	4.428	4.900	5.123	5.229	5.537	2.149	63,4
Nachrichtenübermittlung	5.461	5.449	6.391	6.522	5.438	5.322	5.305	5.858	6.128	667	12,2
Kreditinstitute, Versicherungen	39.204	40.244	40.697	44.029	43.750	40.468	40.399	39.668	40.027	823	2,1
darunter											
Kreditgewerbe	15.218	15.635	15.971	15.361	14.793	13.647	13.888	13.223	13.508	-1.710	-11,2
Versicherungsgewerbe	23.986	24.609	24.726	28.668	28.957	26.821	26.511	26.445	26.519	2.533	10,6
Datenverarbeitung und Datenbanken	6.115	8.700	8.873	9.416	9.412	9.162	9.289	9.672	10.877	4.762	77,9
Weitere Dienstleistungen	171.570	180.445	185.036	186.097	183.040	181.164	180.868	183.713	191.886	20.316	11,8
darunter											
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	49.496	54.937	56.450	57.189	54.622	53.610	54.768	58.773	64.181	14.685	29,7
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	21.334	21.613	22.188	23.514	23.091	22.938	22.719	22.512	22.136	802	3,8
Erziehung und Unterricht	14.218	14.933	15.564	15.429	16.740	16.970	16.207	15.252	15.990	1.772	12,5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	37.590	38.583	39.204	40.789	41.141	40.895	41.504	42.220	43.587	5.997	16,0
Kultur, Sport und Unterhaltung	18.080	18.981	19.687	19.939	18.476	18.440	17.996	17.250	17.673	-407	-2,3
Dienstleistungssektor	341.108	356.762	363.901	368.641	360.225	352.621	351.597	355.182	365.693	24.585	7,2
Beschäftigte insgesamt	443.747	457.875	463.451	466.453	452.782	439.882	435.199	434.341	443.668	-79	0,0
Quelle: Bundesagentur für Arbeit Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Statistisches Informationssystem											

Im Produktionssektor insgesamt gingen im Verarbeitenden Gewerbe 16.300 Arbeitsplätze (-22 %) und im Baugewerbe 7.200 Arbeitsplätze (-32 %) verloren. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes kam es insbesondere in der Elektrobranche, im Verlags- und Druckgewerbe sowie in der Chemischen Industrie und im Fahrzeugbau zu spürbaren Beschäftigungsrückgängen.

Deutliche Stellenzuwächse im Dienstleistungssektor waren insbesondere im Bereich Unternehmensbezogene Dienstleistungen (+14.700), im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (+6.000) sowie im Bereich Datenverarbeitung und Datenbanken (+4.800) zu beobachten. Die mit Abstand größten Arbeitsplatzverluste bei den

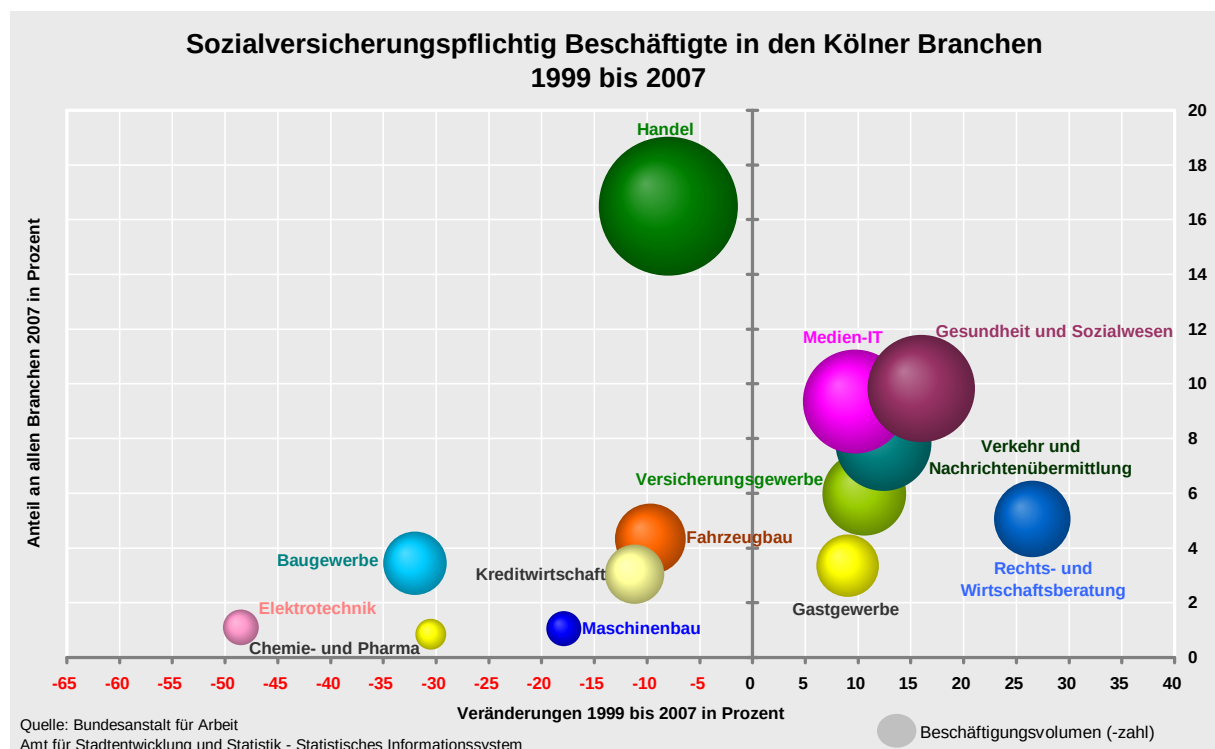
Dienstleistungen verzeichneten der Handel (-6.400 Stellen) und das Kreditgewerbe (-1.800 Stellen).

Im Vergleich zur gesamten Beschäftigungsentwicklung zwischen 1999 und 2007 waren die Beschäftigtenzunahmen bei den Frauen lediglich in wenigen Branchen stärker ausgeprägt als bei den Männern. Betroffen hiervon sind im Produktionssektor die Bereiche Energie und Bergbau (+11,7 %; Gesamt: -17,4 %) und Fahrzeugbau (+18,3 %; Gesamt: -9,7 %) sowie im Dienstleistungssektor die Branchen Gastgewerbe (+11,7 %; Gesamt: +9,0 %) und Versicherungen (+29,4 %; Gesamt: +10,6 %).

Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials in wichtigen Kölner Branchen(-clustern) unter Berücksichtigung des demographischen Wandels

Der langjährige Beschäftigungsrückgang im Produktionssektor hat sich seit 1998 abgeschwächt. Gegen Ende der 90er Jahre konnten produzierende Branchen wie Chemische Industrie, Elektrotechnik und Fahrzeugbau wieder moderate Beschäftigtenzuwächse aufweisen, die allerdings durch die verschärften Wettbewerbsbedingungen im Zuge der Globalisierung und die Konjunkturschwäche seit 2001 nicht unbedingt über ein sicheres Fundament verfügen.

Träger der Beschäftigungsdynamik am Standort Köln sind die Branchen des Dienstleistungssektors, wobei keine der folgenden Branchen wirklich dominiert. Insgesamt zeichnet sich die Wirtschaftsstruktur nämlich durch eine äußerst heterogene Beschäftigtenverteilung aus. Abgesehen vom Handel (Groß- und



Einzelhandel sind in der Abbildung 9 zusammengefasst dargestellt) mit einem Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Köln von knapp 17 Prozent weist keine Branche einen Beschäftigtenanteil

Abbildung 9 **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Kölner Branchen 1999 bis 2007**

von über Zehn Prozent auf. Trotz dieser Ausgewogenheit lassen sich für Köln wichtige Branchen identifizieren, die aufgrund ihrer Wirtschaftskraft und insbesondere ihres Beschäftigungsanteils für den Standort Köln von besonderer Bedeutung sind. Hierzu zählen (neben dem Handel) die Zukunftsbranchen Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen mit zehn Prozent, Medien-IT mit neun Prozent, Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit acht Prozent sowie Versicherungs mit sechs Prozent (Durchschnitt aller Branchen: 5,3 Prozent).

Zwischen Mitte 1999 und 2007 gab es die höchsten Zuwächse bei den Zahlen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den (Wachstums-)Branchen Rechts- und Wirtschaftsberatung (+27 %), Gesundheits- und Sozialwesen (+16 %) Erziehung und Unterricht (+13 %) Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+ 12 %) und Versicherungsgewerbe (+11 %).

Ausgehend von der Struktur und Entwicklung der Kölner Branchen stellt sich nun die Frage nach den Wachstumsperspektiven der Kölner Branchen für die künftige Entwicklung des Kölner Wirtschaftsstandorts unter besonderer Berücksichtigung des demographischen Wandels: Welche Branchen werden besonders vom demographischen Wandel betroffen sein? Nach Ansicht des Deutschen Städtetags⁸ sind die Auswirkungen des demographischen Wandels vor allem in den Branchen Gesundheits- und Sozialwesen, Versicherungswirtschaft und Handel spürbar.

Gesundheits- und Sozialwesen

Zu einer der größten Kölner Branchen hat sich der Komplex Gesundheits- und Sozialwesen entwickelt, wobei sich insbesondere die Gesundheitswirtschaft in den letzten Jahren zu einer Branche mit erheblichen Wachstums- und Innovationspotenzial entwickelt hat. Vor allem im Kölner Westen mit seiner hohen Krankenhausdichte hat sich ein Gesundheitscluster mit einem breit gefächerten Angebot an Arbeitsplätzen herausgebildet.

In Köln und in der Region Köln (Köln, Leverkusen, Rhein-Erft-Kreis, Rheinisch-Bergischer- und Oberbergischer Kreis) arbeiten derzeit fast 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in diesem Bereich. Darüber hinaus ist in Köln eine flächenmäßig zufriedenstellende Versorgung mit stationären und ambulanten Einrichtungen gewährleistet: Im Stadtgebiet selbst befinden sich rund 2.300 Arztpraxen, das Universitätsklinikum Köln, drei städtische und rund 30 private und kirchliche Kliniken und Krankenhäuser sorgen für ein hohes Maß an stationärer Versorgung. Hinzu kommen rund 120 Pflegedienste, die sich relativ gleichmäßig auf das gesamte Stadtgebiet verteilen. Mit über 270 Apotheken ist der Versorgungsbedarf an Medikamenten weitgehend abgedeckt. Zudem haben eine Reihe namhafter gesetzlicher und privater Krankenversicherungen in der Kölner Region ihren Hauptsitz.

Zur Jahresmitte 2007 waren im Kölner Gesundheits- und Sozialwesen zirka 43.600 Personen beschäftigt. Zwischen 1999 und 2007 stieg die Zahl der Beschäftigten um rund 6.000 beziehungsweise 16 Prozent. Die Beschäftigungszuwächse gehen dabei

⁸ Deutscher Städtetag: Demographischer Wandel – Herausforderungen, Chancen und Handlungsmöglichkeiten für die Städte, Köln und Berlin, Juli 2006, Seite 14 folgende.

in erster Linie auf das Konto privater Kranken- und Pflegedienstleistungen, die im Zuge der Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung eine dynamische Entwicklung nahmen, während die notwendigen Sparmaßnahmen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung teilweise negativ auf die Beschäftigtenentwicklung wirken.

Innerhalb der Wachstumsbranche Gesundheits- und Sozialwesen verzeichneten zwischen 1999 und 2007 vor allem die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege (+1.455), die Krankenhäuser (+745) sowie die ambulanten sozialen Dienste (+552) spürbare Beschäftigungszunahmen (Tabelle 8).

Tabelle 8 Entwicklung und Struktur des Gesundheits- und Sozialwesens 1999 bis 2007

Entwicklung und Struktur des Gesundheits- und Sozialwesens in Köln 1999 bis 2007					
Branchensegmente	1999	2007	Veränderung 1999-2007		Anteil an allen Beschäftigten 2007
			Zahl	%	
Gesundheits- und Sozialwesen	37.590	43.587	5.997	16,0	9,8
darunter:					
Krankenhäuser	15.836	16.581	745	4,7	3,7
Arztpraxen für Allgemeinmedizin	909	994	85	9,4	0,2
Facharztpraxen	3.731	4.063	332	8,9	0,9
Zahnarztpraxen	2.407	2.746	339	14,1	0,6
Altenheime	1.264	1.465	201	15,9	0,3
Altenpflegeheime	2.331	2.340	9	0,4	0,5
Ambulante soziale Dienste	1.736	2.288	552	31,8	0,5
Organisationen der freien Wohlfahrtspflege	2.785	4.240	1.455	52,2	1,0
Alle Branchen	443.747	443.668	-79	0,0	100,00
Quelle: Bundesagentur für Arbeit Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Statistisches Informationssystem					

Zwischen 1999 und 2006 erhöhte sich der steuerbare Umsatz des Kölner Gesundheits- und Sozialwesens von rund 500 Millionen Euro auf 2,17 Milliarden Euro um 332 Prozent.

In den nächsten Jahrzehnten werden demographischer Wandel, Entwicklung der Medizintechnik sowie neue Methoden der Diagnostik und Therapie das Gesundheitssystem noch schneller verändern als bisher. Mit dem zunehmenden Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung und der daraus resultierenden Bereitschaft, höhere Anteile des Einkommens für Gesundheitsdienstleistungen bereitzustellen wird der Gesundheitswirtschaft die Rolle eines Wachstums- und Innovationsmotors zufallen.

Zu den wichtigsten Einflussfaktoren für die künftige Entwicklung der Gesundheitswirtschaft zählt die steigende persönliche Individualisierung und Alterung der Gesellschaft, wonach der demographische Wandel den Bedarf und die Nachfrage nach medizinischen, pflegerischen und unterstützenden Leistungen in den nächsten Jahren erheblich ausweiten dürfte.

Weitere Einflussfaktoren sind die medizinischen und medizintechnischen Entwicklungen (innovative diagnostische Verfahren wie z. B. Computertomographie, Sonographie, Telemedizin), organisatorische Innovationen (Trend zur ambulanten Diagnose, Therapie und Rehabilitation), sowie ein steigendes Gesundheitsbewusstsein breiter Bevölkerungsschichten und damit verbunden die zunehmende Bereitschaft, private Mittel für Gesundheit und Lebensqualität einzusetzen (Wellness, Fitness, Schönheitschirurgie).

Zudem kann der Gesundheitsstandort Köln durch weitere Vernetzungen seiner Potenziale etabliert werden, denn mit dem Flughafen Köln-Bonn und der Einbettung Kölns in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz können europaweit Patientenpotenziale erschlossen werden. Begleitende Personen könnten beispielsweise die zahlreichen Wellnessangebote, aber auch das ausgewiesene Kultur- oder Sportangebot in Köln und der Region als Gäste wahrnehmen.

Der Strukturwandel im Gesundheitswesen wird sich also in den nächsten Jahren fortsetzen. Insgesamt ist mit steigenden Beschäftigtenzahlen zu rechnen, da die Bedeutung des Faktors Gesundheit in der Bevölkerung steigt und allein aufgrund der Alterung der Gesellschaft der Bedarf an Pflegedienstleistungen weiter zunehmen wird. Zudem ist damit zu rechnen, dass die Nachfrage nach haushaltsnahen und seniorenbezogenen (Versorgungs-) Dienstleistungen in Zukunft weiter zunehmen wird. Vor allem die ambulanten sozialen Dienste könnten dann ihr Beschäftigungsvolumen deutlich ausweiten. Schließlich werden sich durch den demographischen Wandel auch Verhaltensweisen ändern: Vorsorge und Eigenmedikation werden zunehmen.

Versicherungswirtschaft

Die „Versicherungshauptstadt Köln 2007“ (ebenso wie bereits 2003) ist in ihrer unternehmerischen Breite der bedeutendste Standort der Versicherungswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 58 Versicherungsunternehmen haben in Köln ihren Hauptsitz.

Zusammen mit den bundesweit einmaligen Ausbildungsmöglichkeiten an der Universität Köln, der Fachhochschule Köln sowie durch das Berufsbildungswerk der Versicherungswirtschaft bestehen in Köln beste Voraussetzungen eines Kompetenzzentrums für die Versicherungswirtschaft, dass zusammen mit Informations- und Kommunikationsleistungen sowie Softwareentwicklungen neue Innovationen speziell im Online-Bereich hervorbringt.

Im Zeitraum 1999 bis 2007 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um knapp 2.500 Personen beziehungsweise über zehn Prozent auf gut 26.500 gestiegen. Durch die große Zahl von freiberuflichen Vermittlern dürften insgesamt aber deutlich mehr als 30.000 Beschäftigte in der Kölner Versicherungswirtschaft tätig sein.

Tabelle 9 beschreibt die Beschäftigtenentwicklung und –anteile innerhalb der einzelnen Teilbranchen der Kölner Versicherungswirtschaft.

Tabelle 9 Entwicklung und Struktur der Versicherungswirtschaft 1999 bis 2007

Entwicklung und Struktur der Versicherungswirtschaft in Köln 1999 bis 2007					
Branchensegmente	1999	2007	Veränderung 1999-2007		Anteil an allen Beschäftigten 2007
			Zahl	Prozent	
Versicherungswirtschaft	23.986	26.519	2.533	10,6	6,0
darunter:					
Lebensversicherungen (ohne Rückversicherungen)	2.985	2.244	-741	-24,8	0,5
Pensions- u. Sterbekassen	41	38	-3	-7,3	0,0
Krankenversicherungen	6.180	6.497	317	5,1	1,5
Schaden- u. Unfallversicherungen	11.023	13.776	2.753	25,0	3,1
Rückversicherungen für das sonstige Versicherungsgewerbe	1.215	887	-328	-27,0	0,2
Versicherungsvertreter	897	1.071	174	19,4	0,2
Versicherungsmakler	757	1.320	563	74,4	0,3
Sonstige Tätigkeiten des Versicherungsgewerbes	888	586	-302	-34,0	0,1
Alle Branchen	443.747	443.668	-79	0,0	100,00
Quelle: Bundesagentur für Arbeit					
Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Statistisches Informationssystem					

Infolge des demographischen Wandels und der damit verbundenen fortschreitenden Alterung der Gesellschaft ist aufgrund der damit verbundenen Zunahme von Versicherungsdienstleistungen in den Bereichen Kranken-, Berufsunfähigkeits- und Lebensversicherungen mittelfristig mit einem weiteren Beschäftigungsanstieg zu rechnen.

Handel

Als Messeplatz für jährlich rund 40 regelmäßig veranstaltete Messen und Ausstellungen von internationaler Bedeutung, unter denen die Anuga und die Photokina einen besonders bedeutenden Rang einnehmen, ist Köln Zentrum lebendiger Handelsströme und Sitz zahlreicher mit dem Groß-, Fach- und Einzelhandel befasster Institutionen. Mit einem jährlichem Umsatz von knapp sieben Milliarden Euro rangiert der Kölner Einzelhandel bundesweit an zweiter Stelle hinter dem Wirtschaftsraum München.

Der Handel war mit rund 73.200 Beschäftigten im Jahr 2007 vom Beschäftigungsvolumen her die wichtigste Branche in Köln. Insgesamt verringerte sich dort die Zahl der Beschäftigten zwischen 1999 und 2007 allerdings um zirka 6.400 Personen beziehungsweise acht Prozent (Tabelle 10).

Der Kölner Handel konnte seinen steuerbaren Umsatz von 1999 bis 2006 von knapp 31 Milliarden Euro um mehr als ein Drittel auf fast 42 Milliarden Euro steigern.

Tabelle 10 Entwicklung und Struktur des Handels 1999 bis 2007

Entwicklung und Struktur des Handels in Köln 1999 bis 2007					
Branchensegmente	1999	2007	Veränderung 1999-2007		Anteil an allen Beschäftigten 2007
			Zahl	Prozent	
Handel	79.606	73.215	-6.391	-8,0	16,5
Einzelhandel	42.884	40.722	-2.162	-5,0	9,2
darunter: Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (50, 521)	20.934	20.038	-896	-4,3	4,5
Facheinzelhandel (522-525)	20.569	19.570	-999	-4,9	4,4
Sonstiger Einzelhandel (526, 527)	1.381	1.114	-267	-19,3	0,3
Handelsvermittlung	17.099	17.099	0	0,0	3,9
Großhandel	19.623	15.394	-4.229	-21,6	3,5
darunter: Großhandel mit industrienahen Gütern (512, 515, 518)	5.696	4.694	-1.002	-17,6	1,1
Großhandel mit konsumnahen Gütern (513, 514)	10.151	7.019	-3.132	-30,9	1,6
Großhandel mit sonstigen Gütern (519)	3.776	3.681	-95	-2,5	0,8
Alle Branchen	443.747	443.668	-79	0,0	100,00
Quelle: Bundesagentur für Arbeit Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Statistisches Informationssystem					

Für die Zukunft ist aufgrund des demographischen Wandels mit einer Veränderung der Struktur des Güterangebots zu rechnen. Hierbei wird es auch um die Sicherung wohnstandortnaher Grundversorgung gehen müssen, da der Anteil der Bevölkerung mit eingeschränkter Mobilität zunehmen wird.

Bei der Konsumgüterbranche wird insgesamt infolge des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs mit einem Nachfragerückgang zu rechnen sein. Zudem wird es zu Verschiebungen im Konsumgüterbereich kommen, da sich mit zunehmenden Alter auch der Konsumverbrauch ändert: Ältere Menschen geben in der Regel mehr Einkommen für Wohnung und Energie aus als für Verkehr oder Nachrichten. Hierdurch wird sich die Palette der handelbaren Waren auch hinsichtlich der Zunahme älterer Nachfrager am Markt und deren veränderten Konsumverhaltens

und spezieller Konsumpräferenzen weiter ausdehnen, was auf mittlere Sicht zu einer Beschäftigungserhöhung im Handel führen wird.

Ausgangssituation für den Demographischen Wandel: Die Kölner Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 2007 - 2025

Wichtige Entscheidungen die den demographischen Wandel beeinflussen, sind bereits gefallen oder stehen heute - und somit ebenfalls erkennbar - an. Insbesondere die natürlichen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung (also: Geburten, Geburtenraten, Sterbefälle, Sterbequoten) sind jahrgangs- und geschlechtsbezogen verlässlich bekannt, im Wesentlichen stabil und können deshalb in ihren mittelfristigen Konsequenzen für die Bevölkerungsentwicklung gut eingeschätzt werden. Dies gilt deshalb auch für die künftige Zahl und den Anteil der Kölner Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter⁹. Dieser Bevölkerungsanteil setzt sich aus den 15- bis unter 65jährigen Einwohnern zusammen¹⁰.

Derzeit (2007) sind etwa 713.000 Kölnerinnen und Kölner im erwerbsfähigen Alter. Daraus ergibt sich ein aktueller Bevölkerungsanteil von zirka 70 Prozent. Im Jahr 2025 werden nach der vorliegenden Kölner Bevölkerungsprognose etwa 1.032.000 Menschen in der Stadt leben und sich davon etwa 720.000 Personen im erwerbsfähigen Alter befinden. Dies wären dann zwar etwa 7.000 mehr als 2007, aber - bei ebenfalls leicht ansteigenden Bevölkerungszahlen insgesamt - bleibt damit der Bevölkerungsanteil potenziell Erwerbsfähiger konstant.

Tabelle 11 Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 2025

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Köln-Prognose 2025)															
Jahr	Männlich					Weiblich					Insgesamt				
	15 - 24	25 - 34	35 - 54	55 - 64	Insgesamt	15 - 24	25 - 34	35 - 54	55 - 64	Insgesamt	15 - 24	25 - 34	35 - 54	55 - 64	Insgesamt
2007	54.427	83.181	165.597	52.438	355.643	59.417	86.540	154.847	56.789	357.593	113.844	169.721	320.444	109.227	713.236
2010	54.745	83.101	165.655	53.067	356.568	60.796	87.449	155.878	57.462	361.586	115.541	170.550	321.533	110.529	718.154
2015	54.065	84.191	162.953	57.145	358.353	60.352	89.393	155.865	60.158	365.769	114.418	173.584	318.818	117.303	724.122
2020	53.160	84.041	157.138	64.134	358.473	59.557	89.581	151.746	66.430	367.315	112.717	173.622	308.884	130.564	725.788
2025	51.743	83.245	152.541	66.919	354.448	57.941	88.807	148.735	69.681	365.164	109.683	172.052	301.276	136.600	719.612
2007-2025 in %	-2.684 -4,9	64 0,1	-13.056 -7,9	14.481 27,6	-1.195 -0,3	-1.476 -2,5	2.267 2,6	-6.112 -3,9	12.892 22,7	7.571 2,1	-4.161 -3,7	2.331 1,4	-19.168 -6,0	27.373 25,1	6.376 0,9

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Statistisches Informationssystem

Es bleibt festzuhalten: Aufgrund der vorliegenden Prognoseerwartung für die Kölner Bevölkerung, ist davon auszugehen, dass sich die erwerbsfähige Bevölkerung bis 2025 anteil- und volumenmäßig kaum verändern wird.

Aus der Tabelle 11 ist unter anderem jedoch auch zu entnehmen, dass - parallel zur gesamten Bevölkerungsentwicklung - bis zum Jahr 2020 zunächst ein etwas deutlicherer Anstieg der 15- bis unter 65jährigen zu erwarten ist (auf etwa 726.000 kontinuierlich ansteigend), bevor dieser Wert dann zum Endjahr der Prognose (2025) absinkt. Wie die Veränderungen an erwerbsfähiger Bevölkerung in den vor uns

⁹ Dies gilt grundsätzlich nur unter sonst gleichbleibenden Bedingungen. Zu- oder Abwanderungen - zum Beispiel von Erwerbsfähigen und -tätigen - die von den derzeitigen Prognoseannahmen über das Wanderungsverhalten stark abweichen, führen hingegen zu einer Abweichung des gesamten Prognoseergebnisses von der tatsächlichen Entwicklung. Der eigentliche Zweck einer Prognose besteht deshalb darin, auf eventuelle Engpässe/Schiefen und so weiter rechtzeitig hinzuweisen, damit durch entsprechendes „Gegensteuern“ (zum Beispiel: durch verstärkte Bindung von Arbeitskräften in der Stadt) genau diese nicht entstehen. Eine richtig verstandene Prognose ist somit keine „self-fulfilling prophecy“, sondern sie fordert gegebenenfalls zum Handeln auf und wird dann zur self-destroying prophecy.

¹⁰ Ab 2012 wird das Renteneintrittsalter schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Dies betrifft dann alle Versicherten, die ab 1947 geboren wurden. Ab dem Jahrgang 1967 wird sich die Erhöhung des Rentenalters dann komplett auswirken, denn diese Menschen können erst mit 67 Jahren die volle Altersrente beantragen (2034). Das heißt: Die Altersgruppe der erwerbsfähigen Bevölkerung wird sich ab 2012 sukzessive um ältere Jahrgangsgruppen erweitern. Für die hier anzustellenden Überlegungen wird aus Praktikabilitätsgründen allerdings die derzeit gültige Regelung für den gesamten Betrachtungszeitraum (bis 2025) unterstellt.

liegenden Jahren auf den (kommunalen) Arbeitsmarkt durchschlagen, ist allerdings davon abhängig, wie viele der potenziell Erwerbsfähigen dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehen. Wie entwickelt sich also das künftige Kölner Erwerbspersonenpotenzial?

Kölner Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und Ermittlung des aktuellen Erwerbspersonenpotenzials

Zum Erwerbspersonenpotenzial zählt man alle Personen, die in einer Volkswirtschaft dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dazu gehören im engeren Sinne alle aktiv Erwerbstätigen und alle Arbeitslosen¹¹. Dieses Erwerbspersonenpotenzial findet in der Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (s)eine natürliche Begrenzung (siehe wie vor).

Derzeitiges Erwerbspersonenpotenzial in Köln

In der Tabelle 12 ist unter anderem die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Kölner ausgewiesen („Kölner mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen“), sowie die Anzahl der im Jahresdurchschnitt in Köln registrierten Arbeitslosen. Zusätzlich ist die Arbeitslosenquote für die abhängigen zivilen Erwerbspersonen (AZE) (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte - einschl. Auszubildende, geringfügig Beschäftigte, Beamte und gemeldete Arbeitslose) ausgewiesen sowie die Arbeitslosenquote, die sich auf alle zivilen Erwerbspersonen bezieht (AZE, zuzüglich: Selbständige, mithelfende Familienangehörige).

Tabelle 12 **Arbeitsmarktkennziffern seit 1990**

Arbeitsmarktkennziffern seit 1990												
Jahr	Einwohner im Erwerbsalter (15 - 64 Jahre)	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort Köln am 30.06. des Jahres		Kölner mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen am 30.06. des Jahres			Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Wohnort)	Arbeitslos gemeldete Kölner (Jahres- durchschnitt)	Arbeitslosen- quote JD (zivile Erwerbs- personen)	Arbeitslosen- quote JD (abhängige zivile Erwerbs- personen)	Beschäftigten- quote	Beschäftigten- quote Kölner
		insgesamt	darunter mit Wohnort außer- halb von Köln (Einpendler)	insgesamt	davon mit Arbeitsplatz in Köln	außerhalb von Köln (Auspendler)						
1990	724.398	436.613	161.774	328.288	274.839	53.449	*	46.900	*	11,4	60,3	45,3
1991	724.015	447.703	168.493	334.620	279.210	55.410	*	42.300	*	10,2	61,8	46,2
1992	723.372	452.872	172.395	337.028	280.477	56.551	*	42.300	*	10,1	62,6	46,6
1993	722.722	443.196	171.352	328.693	271.844	56.849	*	49.400	*	11,7	61,3	45,5
1994	722.335	431.904	168.522	320.357	263.382	56.975	*	55.200	*	13,1	59,8	44,4
1995	722.865	426.902	170.830	315.321	256.072	59.249	*	55.900	*	13,4	59,1	43,6
1996	724.673	428.219	177.034	311.234	251.185	60.049	*	55.900	*	13,5	59,1	42,9
1997	727.038	432.112	183.822	310.154	248.290	61.864	*	58.800	*	14,4	59,4	42,7
1998	724.244	430.399	185.597	310.441	244.802	65.639	*	59.400	13,0	14,4	59,4	42,9
1999	723.978	440.569	192.687	317.556	247.884	69.672	*	57.300	12,3	13,7	60,9	43,9
2000	723.774	457.875	203.853	330.942	255.292	75.650	43.461	53.300	11,0	12,3	63,3	45,7
2001	723.009	463.451	208.446	334.272	255.005	79.267	45.173	51.500	10,4	11,5	64,1	46,2
2002	721.563	466.453	210.819	334.887	255.634	79.253	45.920	53.600	11,6	11,7	64,6	46,4
2003	719.488	452.782	209.558	322.225	243.224	79.001	49.177	60.200	11,9	13,1	62,9	44,8
2004	717.654	439.882	206.120	313.195	233.762	79.433	56.798	60.100	11,9	13,1	61,3	43,6
2005	715.482	435.199	206.748	309.211	228.451	80.760	57.431	68.300	13,5	15,1	60,8	43,2
2006	714.733	434.341	208.408	308.429	225.933	82.496	59.711	66.500	13,1	14,6	60,8	43,2
2007	713.236	443.668	214.944	314.946	228.724	86.222	60.427	60.200	11,8	13,1	62,2	44,2

Quelle: Regionaldirektion der Agentur für Arbeit NRW; Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik

¹¹ Im weiteren Sinne muss auch die so genannte „Stille Reserve“ (grundsätzlich Arbeitsbereite, die zurzeit jedoch nicht auf dem Arbeitsmarkt aktiv in Erscheinung treten) hinzu gezählt werden. Geschätzt zählen bundesweit zirka 1,6 Millionen Personen zur „Stille Reserve“ (Bundesagentur für Arbeit, VO 4: Erwerbspersonenpotenzial, Erwerbstätigkeit, sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung, Nürnberg 2005).

Aus diesen Angaben lässt sich die Erwerbsstruktur und das Kölner Erwerbspersonenpotenzial zahlenmäßig bestimmen.

Um das künftige Kölner Erwerbspersonenpotenzial altersgruppen- und geschlechtsbezogen¹² unter Heranziehung der Bevölkerungsprognose schätzen zu können, ist zu prüfen, inwieweit die vorliegendem Kölner Umfrageergebnisse das statistische Ergebnis nachbilden und somit gute Stützwerte für eine Prognose der künftigen Kölner Erwerbsbevölkerung liefern können. Derartige kleinräumige und alle Erwerbspersonengruppen in unterschiedlichen Altersgruppen berücksichtigende Schätzungen werden von anderen Forschungseinrichtungen oder den Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit (BA) nicht erstellt. Das für Köln umfangreich verfügbare Umfragematerial kann stattdessen als Schätzgrundlage herangezogen werden.¹³

Kölner Prognose des Erwerbspersonenpotenzials 2007 - 2025

Die Abweichungen zwischen vorliegendem Umfrageergebnis und der BA-Statistik zur Ermittlung des (aktuellen) Erwerbspersonenpotenzials sind vergleichsweise gering. Dort wo sie für einzelne Berufsstatusgruppen dennoch festzustellen sind, sind sie plausibel begründbar.

Das heißt anhand vorliegender Umfrageergebnisse kann eine Prognose des künftigen Erwerbspersonenpotenzials unter sonst gleichbleibenden Bedingungen, die auf dem Mengengerüst der aktuellen Kölner Bevölkerungsprognose aufsetzt, vorgenommen werden. Um die Erwerbsbeteiligung dabei nicht systematisch zu überschätzen, werden die im Folgenden zur Grundlage für Hochrechnungszwecke ermittelten Erwerbsquoten, die sich aus den Umfragen ergeben, auf den Faktor: $70,3/76,9 = 0,92$ reduziert („herunter gewichtet“)¹⁴. Die angegebene Vergleichsanalyse in Tabelle 9 dient also auch zur Bestimmung eines entsprechenden Korrekturfaktors, der im Folgenden Verwendung findet.

Alterskohorten und geschlechtsbezogenes Erwerbspersonenpotenzial der Kölner Bevölkerung (1998 - 2004)

Zur näheren Bestimmung des künftigen Erwerbspersonenpotenzials in den verschiedenen Alters- und Geschlechtsgruppen (gemäß Tabelle 13) kann - nach der hier dargelegten Vergleichsanalyse - auf die „Leben in Köln“-Umfragen 1998, 2001 und 2004 verlässlich zurückgegriffen werden. Der damit für die alters- und geschlechtsdifferenzierten Prognosen zur Verfügung stehende Stichprobenumfang erhöht sich so gleichzeitig von zirka 10 000 („Leben in Köln“-Umfrage 2004) auf etwa 40 000 Fälle. Diese hohe Fallzahl ermöglicht eine empirisch gut begründete

¹² Die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung unterscheidet sich geschlechts- und altersspezifisch deutlich. Bei einer prognostischen Betrachtung - und einer Hochrechnung auf Absolutzahlen, die zu einer verlässlichen Gesamtsumme an Erwerbstätigen insgesamt führen soll - ist dies durch entsprechende Gewichtung in den einzelnen Teilgruppen zu berücksichtigen.

¹³ Die „Leben in Köln“-Umfrage“ richtet sich nur an die volljährige Bevölkerung. Aufgrund vorliegender Bundesanstalt für Arbeit-Angaben zur Anzahl von unter 20jährigen Erwerbspersonen in Köln kann jedoch ermittelt werden, um welchen Faktor die in der Umfrage vorliegenden Angaben zur Erwerbsbeteiligung der 18- bis 20jährigen erhöht werden müssen, um auch die 15- bis einschließlich 17jährigen mengenmäßig für die Vergleichsanalyse zu berücksichtigen. Dieser Faktor beträgt 1,4 Prozent. Die in der Umfrage auf der Basis von 18- bis 20jährigen ermittelte Anzahl wird deshalb um den Faktor 1,4 Prozent erhöht, damit ein kohortenidentischer Vergleich zwischen Umfrageergebnis und Bundesanstalt für Arbeit-Statistik (15 bis unter 65 Jahre) vorgenommen werden kann.

¹⁴ Aus 100 Erwerbspersonen (ungewichtet) werden so 92 Erwerbspersonen (gewichtet) und so weiter

Ableitung des (künftigen) Erwerbspersonenpotenzials in den hier zu betrachtenden Teilgruppen der Bevölkerung. Die einzelnen Erwerbsquoten, die sich aus den drei zu Grunde liegenden Befragungsjahren nunmehr ergeben, sind in der Tabelle 16 dargestellt. Dies ermöglicht auch eine retrospektive Betrachtung des Erwerbspersonenpotenzials der Kölner Bevölkerung - und zwar alters- und geschlechtsspezifisch¹⁵.

Tabelle 13 Erwerbspersonenpotenzial-Quoten

Erwerbspersonenpotenzial-Quoten					
Jahr	15 -24 J	25 -34 J	35 - 54 J	55 - 64 J	Insgesamt
Insgesamt					
1998	56,2	78,1	82,9	44,1	70,5
2001	51,5	80,5	83,5	43,7	71,0
2004	45,3	79,3	86,0	43,5	70,3
Gesamt	51,0	79,3	84,1	43,8	70,6
Männlich					
1998	56,0	82,6	92,5	54,1	77,4
2001	53,3	83,3	90,7	54,8	78,3
2004	44,0	78,6	92,7	55,8	76,0
Gesamt	51,1	81,5	92,0	54,9	77,3
Weiblich					
1998	56,3	74,3	74,1	33,3	64,1
2001	50,0	78,3	76,9	32,4	65,3
2004	45,8	79,8	80,3	31,9	66,4
Gesamt	50,7	77,5	77,1	32,5	65,3
Quelle: "Leben in Köln" -Umfragen 1998,2001,2004 (Kommunaler Mikrozensus) Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Statistisches Informationssystem					

Die jeweilige Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64jährigen ist bei Frauen und Männern über den Betrachtungszeitraum - bei deutlich voneinander abweichendem Niveau - recht konstant geblieben. Das Potenzial betrug bei den Männern in den drei Jahren 1998, 2001 und 2004 jeweils etwa 44 Prozent und bei den Frauen etwa 33 Prozent. Bei den 35- bis 54jährigen ist bei den Frauen eine zunehmende Erwerbsbeteiligung festzustellen (von 74,1 % auf 80,3 % ansteigend). Männer dieser Altersgruppe sind bereits (fast) vollständig auf den Arbeitsmarkt aktiv (etwa 92 %), so dass eine zunehmende Erwerbsbeteiligung in dieser Alterskohorte kaum möglich ist. Die Erwerbsbeteiligung der 25- bis 34jährigen Männer und Frauen unterscheidet sich in den letzten Jahren nur geringfügig voneinander und gleicht sich sogar weiter an. Etwa jeweils vier Fünftel von ihnen sind zur Erwerbsbevölkerung zu zählen. Die Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sinkt in den letzten Jahren auf etwa 45 Prozent. Dies gilt für beide Geschlechter in gleicher Weise. Zurückzuführen ist diese Entwicklung insbesondere auf verstärkte Bildungsbeteiligung und die damit verknüpfte längere Bildungsphase (Schule, Universität).

¹⁵ Für die Hochrechnung des Erwerbspersonenpotenzials - siehe Tabelle 13 - werden die gemittelten Quoten der drei Referenzjahre (Zeilen: „Gesamt“) herangezogen, um stichprobenbedingte Schwankungen zu reduzieren. („Bezogen auf die 15- bis unter 65-jährigen Männer lag die Erwerbsquote im März 2004 in Deutschland bei 79,3 %, für die Frauen gleichen Alters bei 65,2 %.“ - Datenreport 2006, Seite 86; Herausgeber: Statistisches Bundesamt. Die Kölner Quoten belaufen sich auf ähnlichem Niveau. Die Schätzgüte der Kölner Umfragen wird dadurch zusätzlich gestützt.)

Insgesamt auffällig ist das Gesamtgeschehen der letzten Jahre dadurch geprägt, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen zwischen 25 und 54 Jahren weiter zugenommen hat.

Alterskohorten und geschlechtsbezogene Prognose der Kölner Erwerbspersonen 2007 - 2025 (Hochrechnung)

Unter Nutzung der in Tabelle 13 dargestellten Referenzquoten (Zeilenwerte: „Insgesamt“) und unter Heranziehung der vorliegenden Kölner Bevölkerungsprognose ergibt sich die in der Tabelle 14 dargestellte hochgerechnete Erwerbspersonenanzahl für das Prognosestartjahr 2007, die Zwischenjahre 2010, 2015 und 2020 sowie das Prognoseendjahr 2025.

Tabelle 14 Erwerbspersonenpotenzial bis 2025

Prognose des Erwerbspersonenpotenzials in Köln bis 2025															
Jahr	Männlich					Weiblich					Insgesamt				
	15 - 24	25 - 34	35 - 54	55 - 64	Insgesamt	15 - 24	25 - 34	35 - 54	55 - 64	Insgesamt	15 - 24	25 - 34	35 - 54	55 - 64	Insgesamt
2007	28.700	68.100	152.500	28.700	278.000	30.900	66.400	118.500	18.600	234.400	59.700	134.200	268.800	48.000	510.700
2010	28.900	68.100	152.600	29.000	278.600	31.600	67.100	119.300	18.800	236.800	60.600	134.900	269.700	48.500	513.700
2015	28.600	69.000	150.100	31.200	278.900	31.400	68.600	119.300	19.700	239.000	60.000	137.300	267.500	51.500	516.300
2020	28.100	68.900	144.800	35.100	276.900	31.000	68.700	116.100	21.700	237.500	59.100	137.300	259.100	57.300	512.800
2025	27.300	68.200	140.500	36.600	272.600	30.200	68.100	113.800	22.800	234.900	57.500	136.100	252.700	60.000	506.300
2007-2025	-1.400	100	-12.000	7.900	-5.400	-700	1.700	-4.700	4.200	500	-2.200	1.900	-16.100	12.000	-4.400
in %	-4,9	0,1	-7,9	27,5	-1,9	-2,3	2,6	-4,0	22,6	0,2	-3,7	1,4	-6,0	25,0	-0,9
Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Statistisches Informationssystem															

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Statistisches Informationssystem

Geringfügiger Rückgang der Erwerbsbevölkerung erst nach 2015 zu erwarten, unterschiedliche Entwicklungen in den Alterskohorten

Das gesamte Kölner Erwerbspersonenpotenzial wird - gleichbleibende Anteilsquoten in den Altersgruppen vorausgesetzt¹⁶ - von etwa 510.700 (2007) auf 506.300 (2025) zurückgehen.

Dabei ist unter den gesetzten sonst gleich bleibenden Bedingungen davon auszugehen, dass dieser - insgesamt betrachtet - moderate Rückgang erst nach 2015 einsetzt. Bis dahin nimmt die Zahl der Kölner Erwerbspersonen noch leicht zu, und zwar auf etwa 516.300.

Da die Erwerbspersonen unter anderem auch Arbeitslose mit umfassen, ist mit diesem Anstieg des Potenzials allerdings nicht gesagt, ob dieser auch gleichzeitig von mehr Erwerbstätigkeit begleitet wird oder nicht. Entscheidend hierfür sind konjunkturelle Entwicklungen und die Konkurrenzfähigkeit dieser zunehmenden Kölner Erwerbsbevölkerung am Arbeitsmarkt in Köln oder auch an anderen Arbeitsorten (Auspendler).

Die Gesamtentwicklung des Erwerbspersonenpotenzials verläuft in den verschiedenen Altersgruppen nicht gleichförmig und gesamtrendgemäß, sondern es sind hier - wegen der zugrundeliegenden Bevölkerungsentwicklung in den verschiedenen Altersgruppen – zum Teil deutlich unterschiedliche Entwicklungen, wie folgt, festzustellen.

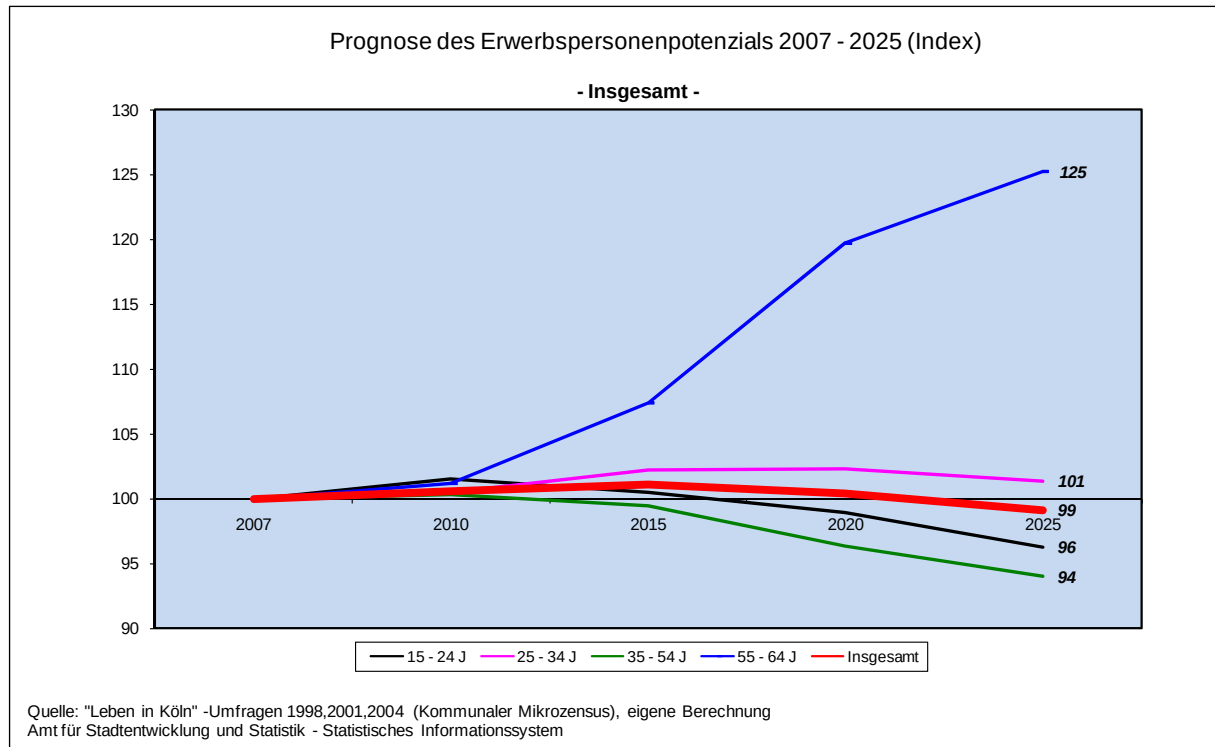
Gegenläufiger Trend in der Altersgruppe 55- bis 64 Jahre: Deutlicher Anstieg der Erwerbspersonenzahl

Aufgrund der kohortenspezifischen Bevölkerungsentwicklung wird der geschilderte maßvolle Gesamttrend in der Gruppe der älteren Erwerbspersonen gebrochen. Über

¹⁶ Damit zeichnet die Erwerbsbeteiligung die Bevölkerungsentwicklung im Prognosezeitraum nach.

den gesamten Prognosezeitraum wird es hier nämlich kontinuierlich zu einem Anstieg kommen (vergleiche Abbildung 10 a). Die Zahl der Erwerbspersonen nimmt von 48.000 auf etwa 60.000 zu. Das ist eine Zunahme von 25 Prozent (+ 12.000).

Abbildung 10 a Prognose des Erwerbspersonenpotenzials 2007 bis 2025 - gesamt



Eine Zunahme der Erwerbspersonen in dieser Altersgruppe ist geschlechtsspezifisch gleichermaßen zu erwarten; obwohl sie absolut und prozentual betrachtet bei den Männern stärker ausfällt als bei den Frauen (siehe Abbildung 10 b, 10 c). Bei den Männern steigt die Zahl von etwa 28.700 auf 36.600 (+ 28 %) und bei den Frauen von etwa 18.600 auf 22.800 (+ 22 %).

In der Altersgruppe der 25- bis 34jährigen: Kaum Veränderungen im Prognosezeitraum

Bei beiderseits etwa gleich großer Erwerbsbeteiligung von etwa vier Fünfteln, sind hier konstant bleibend etwa 68 000 Männer und etwa genauso vielen Frauen (bei leichtem Anstieg ab 2015) zur Erwerbsbevölkerung zu zählen.

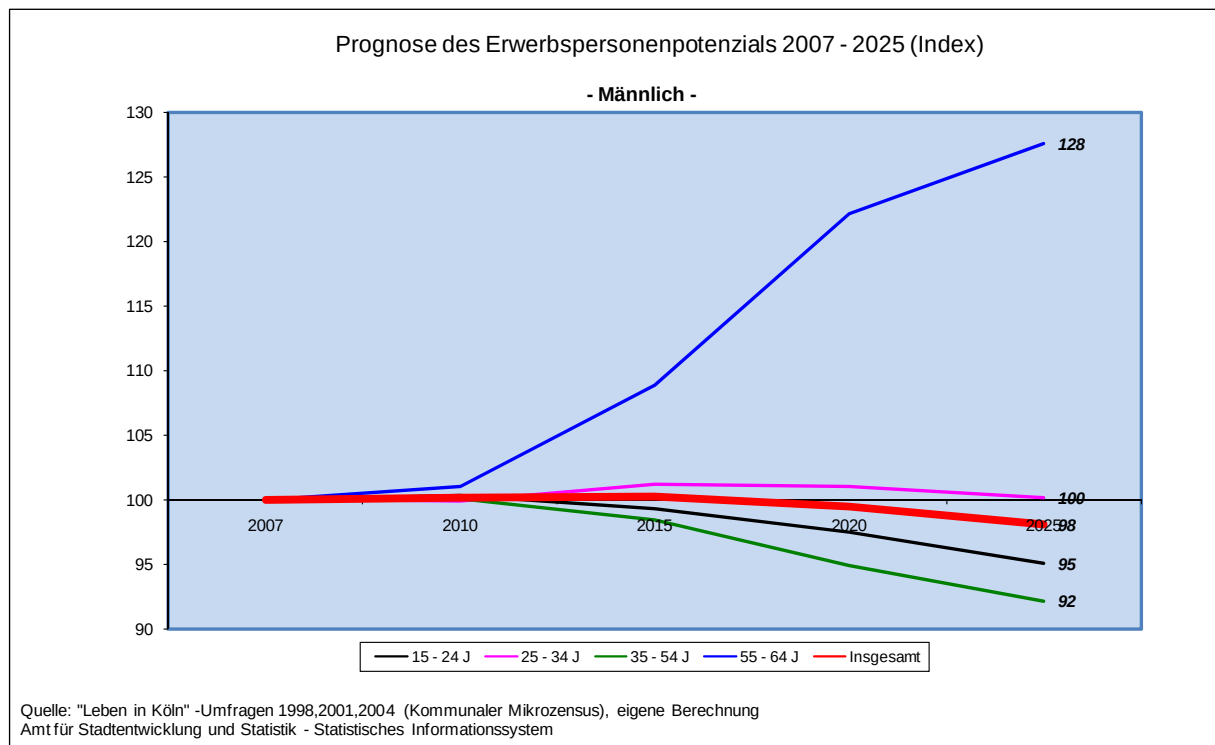
Ausbildungsbevölkerung der 15- bis 24jährigen nimmt auf niedrigem Niveau weiter ab

Aufgrund geringer Geburtsraten ist diese jüngste Dekade der erwerbsfähigen Bevölkerung bereits zahlenmäßig am geringsten besetzt. Außerdem ist von ihrer Gesamtzahl nur noch etwa jeder Zweite zur Erwerbsbevölkerung zu zählen (siehe Tabelle 13). Sinkende Geburtenzahlen werden hier zu einer weiter zurückgehenden Anzahl an Erwerbspersonen führen. Insgesamt wird ihre Zahl von etwa 59.700 (2007) auf 57.500 (2025) zurückgehen (- 3,7 %).

Diese Entwicklung wird zwar erst nach 2010 einsetzen. Sie führt dann bis 2025 aber zu einer Abnahme von zirka 3.100 Erwerbspersonen (Tabelle 14). Dies wäre - bei dann etwas höherem Ausgangsniveau - ab 2010 eine Abnahme von etwa fünf

Prozent. Das heißt: Rekrutierungsprobleme von Auszubildenden (insbesondere im gewerblichen und Handwerkssektor) werden sich vermutlich ab 2010 verschärfen.

Abbildung 10 b **Prognose des Erwerbspersonenpotenzials 2007 bis 2025 - Männer**



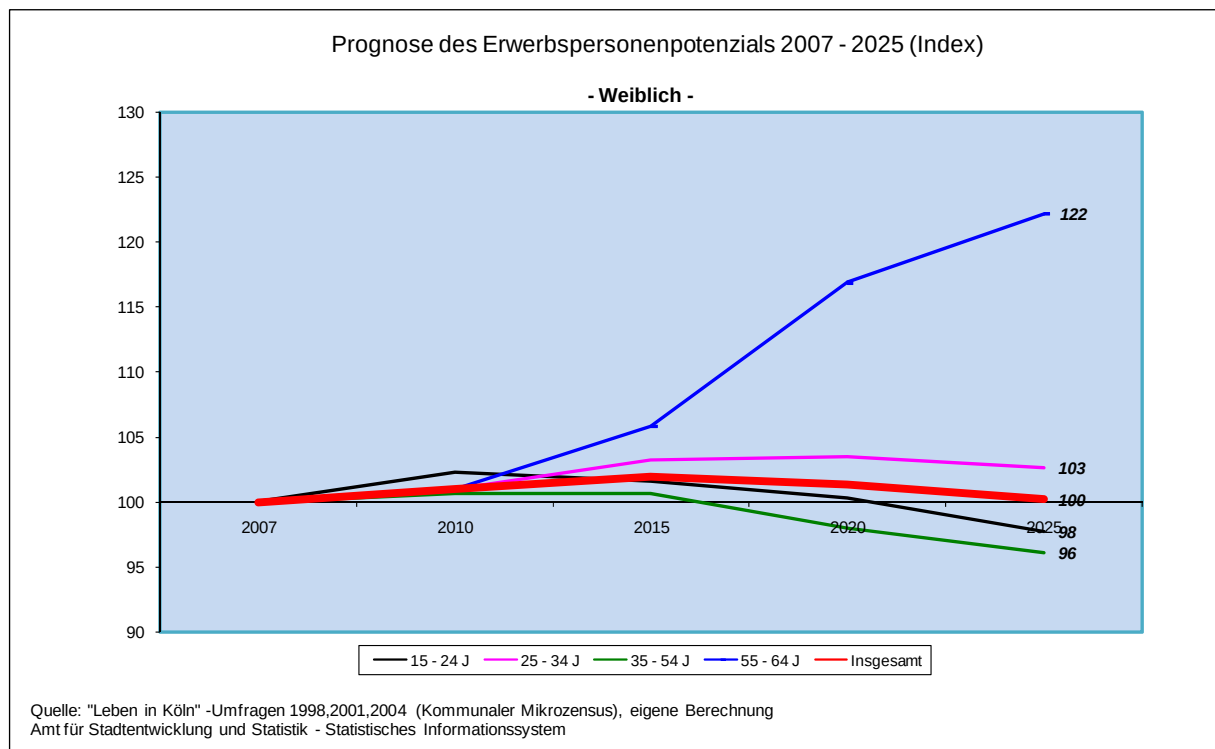
Zusätzlich wird diese Generation zunehmend durch Bevölkerungsgruppen geprägt sein, die vielfach einen Migrationshintergrund aufweisen. Jugendliche mit Migrationshintergrund haben zu einem erheblichen Teil spezifische Schwierigkeiten beim Zugang und im Verlauf der beruflichen Ausbildung beziehungsweise im Studium. In der Ausbildung sind sie weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Der berufliche Ausbildungsmarkt bleibt für sie angespannt und ist weiterhin sowohl ethnisch als auch geschlechtsspezifisch segmentiert.

Zusätzliche Kompetenzen und Potenziale junger Migrantinnen und Migranten werden bisher noch nicht ausreichend zur Kenntnis genommen und daher nicht ausgeschöpft¹⁷. Dies wiederum dürfte auch die zahlenmäßige Ausgangsbasis zur Bestimmung der tatsächlichen Erwerbsbeteiligung weiter verringern und Engpässe auf dem Ausbildungssektor (nicht nur in Köln) schaffen. Die (derzeitige) Erwerbsbeteiligung ist geschlechtsbezogen in etwa vergleichbar (Quoten jeweils etwa 51 %), sodass das hier geschilderte Szenario sinkender Erwerbspersonenzahl(en) für beide Gruppen gleichermaßen zutrifft.

Das höhere Bildungsniveau von Mädchen und jungen Frauen könnte allerdings dazu führen, dass diese zu Lasten der männlichen Jugendlichen/jungen Männer bessere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt haben werden. Vorausgesetzt: Sie entscheiden sich vermehrt für Ausbildungsberufe, die bislang dominant von jenen nachgefragt werden.

¹⁷ Vergleiche hierzu Kapitel 3.3 Bildung, Qualifizierung, Kinder und Jugendliche; Abschnitt: Berufliche Ausbildung und Qualifizierung

Abbildung 10 c **Prognose des Erwerbspersonenpotenzials 2007 bis 2025 - Frauen**



Stärkerer Rückgang in zentral bedeutender Erwerbspersonengruppe¹⁸ (35 - 54 Jahre): Ungewisse Konsequenzen für den Arbeitsmarkt

Zurzeit sind etwa 269.000 Kölnerinnen und Kölner im Alter zwischen 35 und 54 Jahren zur Erwerbsbevölkerung zu zählen. Nachvollziehbar¹⁹ ist die Erwerbsbeteiligung in dieser - zwei Dekaden - umfassenden Altersgruppe am höchsten (etwa 84 %). Sie bildet deshalb auch das „ökonomische Rückgrat“ der (Stadt-)Gesellschaft. Generative Veränderungen des Bevölkerungsaufbaus die sich auf diese Altersgruppe auswirken, haben deshalb vergleichsweise stärkere Konsequenzen für das Erwerbspersonenpotenzial insgesamt. Sie sind deshalb in besonderer Weise zu beachten.

Generativ bedingt, wird es bis zum Jahr 2025, sowohl prozentual als auch absolut betrachtet, in der hier angesprochenen Altersgruppe zu den stärksten Rückgängen der Erwerbsbevölkerung kommen. Die Zahl der Erwerbspersonen wird nämlich bis zum Jahr 2025 um etwa 16.100 auf 252.700 zurückgehen (- 6,0 %). Der Rückgang wird dabei verstärkt die männliche Erwerbsbevölkerung verringern (- 12.000, - 7,9 %; siehe Tabelle 14). Ein Rückgang findet aber auch unter der weiblichen Erwerbsbevölkerung gleichen Alters statt. Diese wird sich um 4,0 Prozent (- 4.700) reduzieren. Dieser sich abzeichnende Erwerbspersonenrückgang dürfte „die Wirtschaft“ zunehmend nach 2010 beschäftigen und diese dann zu Anpassungsreaktionen veranlassen.

¹⁸ Diese Altersgruppe umfasst - im Gegensatz zu allen anderen hier aufgeführten Altersgruppen - zwei Dekaden. Der Vergleich mit jenen wird dadurch volumenbezogen entsprechend verzerrt.

¹⁹ Die Integration in den Arbeitsmarkt ist im Regelfall abgeschlossen. Die sich dabei herausbildende Erwerbskohorte ist in der Regel über einen längeren Zeitraum (Generation) mehr oder weniger bestandsfest.

Bei gleichbleibender Arbeitskräftenachfrage können die hier insgesamt erkennbaren Rückgänge zum Beispiel nicht durch die jüngere Kölner Erwerbsbevölkerung ausgeglichen werden, da es bei denn 25- bis 34jährigen allenfalls zu moderaten Zuwächsen von zirka 1 900 Personen kommt.

Das heißt: In erster Linie wird sich - unter ansonsten gleichbleibenden Bedingungen - die abzeichnende Arbeitskräftelücke auf Dauer also nur schließen lassen, wenn hierzu ältere Erwerbstätige gewonnen werden können. Denn wie bereits dargestellt, wird sich die Zahl der 55- bis 64jährigen in etwa in der Größenordnung erhöhen (+ 12.000), in der sie in der Gruppe der 35- bis 54jährigen zurückgeht. Voraussetzung für derartig erforderliche Umschichtungen (hier ist auch ein grundlegender „Mentalitätswechsel“ bei der Einstellung älterer Arbeitnehmer hilfreich) ist allerdings eine vergleichbare berufliche Qualifikation sowie eine vergleichbare Belastbarkeit der Älteren im Arbeitsalltag. Beides gilt es durch geeignete Maßnahmen zu fördern.

Fazit - Konsequenzen - Handlungsbedarf

Künftige branchenbezogene Beschäftigungswirkungen

- Die Beschäftigtenentwicklung und der damit einhergehende Strukturwandel der Kölner Wirtschaft seit 1999 zeigt, dass sich das Beschäftigungsniveau in den mittleren Altersgruppen deutlich erhöht hat: Am deutlichsten stieg es in der Altersgruppe zwischen 35 und 54 Jahren (+29.000 Personen beziehungsweise +14 %). Gleichzeitig kam es in der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren im Vergleichszeitraum zu einem deutlichen Beschäftigungsrückgang um 28.000 Personen (-21 %).
- Der demographische Wandel ist deshalb am Standort Köln unter anderem durch eine Altersverschiebung innerhalb der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gekennzeichnet: Die Zahl der älteren Beschäftigten (vielfach Einpendler!) hat bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der jüngeren Beschäftigten unter 35 Jahren zugenommen.
- Während im Produktionssektor zwischen 1999 und 2007 insgesamt jeder vierte Arbeitsplatz verloren gegangen ist, ist in der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren bereits jede zweite Stelle weggefallen. Die Beschäftigtenzunahme, die insgesamt in der Altersgruppe zwischen 35 und 54 Jahren stattgefunden hat (+14 %), ist vor allem auf die Beschäftigungserhöhung innerhalb dieser Altersgruppe im (qualifizierten) Dienstleistungssektor zurückzuführen.
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Abitur und Fachhochschulreife hat sich in Köln von 1999 bis 2007 um 23 Prozent auf etwa 56.000 und derjenigen mit Fachhochschul- beziehungsweise Hochschulabschluss um 16 Prozent auf etwa 62.000 erhöht. Damit hat sich gleichzeitig der Anteil der Beschäftigten in Köln mit höherem/hohem Bildungsabschluss von etwa einem Fünftel (1999) auf etwa ein Viertel erhöht. Der demographische Wandel zeigt sich also auch in einer zunehmenden „Akademisierung“ des Kölner Arbeitsmarktes, die vermutlich anhalten wird. Getragen wird sie vermehrt von Einpendlern (zurzeit 215.000), die insgesamt ein höheres Qualifikations- und Bildungsniveau aufweisen, als die am Arbeitsort Köln beschäftigten Kölner/-innen selbst.

- Kennzeichnend für die Beschäftigtenentwicklung ist, dass die in Köln weniger Beschäftigte bindenden/benötigenden Branchen, die überwiegend aus dem deutlich umsatzstärkeren Produktionssektor kommen (Chemie- und Pharma-industrie, Elektrotechnik, Maschinenbau, Baugewerbe, Fahrzeugbau und Kreditwirtschaft), in Folge des Strukturwandels durchweg Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen hatten. In diesen Branchen, die in 2007 zusammen genommen gut 61.000 Beschäftigte zählten, gingen zwischen 1999 und 2007 über 18.000 Arbeitsplätze verloren.
- Dem gegenüber kam es jedoch bei wichtigen (Wachstums-)Branchen des Dienstleistungssektors, in denen der Standort Köln, insgesamt betrachtet, auch für die Zukunft gut aufgestellt erscheint (Gesundheits- und Sozialwesen, Medien-IT, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Versicherungsgewerbe, Gastgewerbe sowie Rechts- und Wirtschaftsberatung), durchweg zu deutlichen Beschäftigungszuwächsen. In diesen Branchen, die in 2007 insgesamt über 40 Prozent des gesamten Beschäftigungsvolumens umfassten (zirka 184.000), wurden zwischen 1999 und 2007 insgesamt rund 22.000 Arbeitsplätze geschaffen.
- Der Handel, der mit rund 17 Prozent des gesamten Beschäftigungsvolumens (über 73.000 Mitarbeiter) die am stärksten besetzte Kölner Branche ist, spielt hier - ebenso wie deutschlandweit - eine Sonderrolle. Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung der letzten Jahre (unter anderem die mangelnde Reallohnentwicklung) üben sich die Verbraucher vielfach in Konsumzurückhaltung. Deshalb gingen hier seit 1999 rund 6.400 Arbeitsplätze verloren. Bei dauerhafter konjunktureller Entspannung kann sich jedoch diese Branche auch in Köln wieder positiv entwickeln,- mit entsprechenden Beschäftigungszuwächsen.
- Die oben angegeben beschäftigungsbezogenen Kölner Wachstums-beziehungsweise Leitbranchen - aber auch der Handel - zählen ganz allgemein zu jenen Branchen, bei denen infolge des demographischen Wandels auch in Zukunft eine positive Beschäftigungsentwicklung zu erwarten ist. Dies ist - branchenbezogen - ein wichtiges, positives Standortmerkmal Kölns.
- Von den bisherigen beziehungsweise künftig zu erwartenden Auswirkungen des demographischen Wandels sind am Standort Köln nämlich insbesondere das Gesundheits- und Sozialwesen, das Versicherungsgewerbe und der (konsumnahe) Handel betroffen. So werden sich neue, altersgerechte Güter und Dienstleistungen (Versorgungs- und Pflegedienstleistungen, altersgerechte Finanzdienstleistungen, et cetera) am Markt etablieren.
- Der Strukturwandel im Gesundheitswesen wird sich weiter fortsetzen. Dementsprechend ist mit steigenden Beschäftigtenzahlen zu rechnen, da die Bedeutung des Faktors Gesundheit in der Bevölkerung steigt und aufgrund der Alterung der Gesellschaft ein Mehrbedarf an Pflegedienstleistungen zu erwarten ist. Innerhalb des Sozialwesens wird die Nachfrage nach haushaltsnahen und seniorenbezogenen (Versorgungs-)Dienstleistungen in Zukunft weiter zunehmen. Vor allem die ambulanten sozialen Dienste könnten dann ihr Beschäftigungsvolumen deutlich ausweiten.
- Infolge des demographischen Wandels und der damit verbundenen fortschreitenden Alterung der Gesellschaft ist auch im Versicherungsgewerbe

aufgrund der damit verbundenen Zunahme von altersgerechten Versicherungs- und Finanzdienstleistungen mittelfristig mit einem weiteren Beschäftigungsanstieg zu rechnen.

- Für die Zukunft ist aufgrund des demographischen Wandels auch mit einer Veränderung der Struktur des Güterangebots zu rechnen. So wird es zu Verschiebungen im Konsumgüterbereich kommen, da sich mit zunehmendem Alter auch der Konsumverbrauch beziehungsweise die Konsumgewohnheiten ändern.

Entwicklung des künftigen Kölner Erwerbspersonenpotenzials

Der demographische Wandel trifft die künftige Entwicklung der Erwerbsbevölkerung in vielfältiger Weise. Folgende Aspekte sind aus kommunaler Kölner Sicht besonders zu beachten:

- Die Kölner Erwerbsbevölkerung wird zwar insgesamt in etwa konstant bleiben (2007: 510.700; 2025: 506.300). Generativ ergeben sich aber deutliche – gegebenenfalls handlungsrelevante - Veränderungen in wichtigen Altersgruppen. Zahlenmäßig prägende Veränderungen greifen dabei etwa ab 2015.
- Die Zahl an Kölner Berufseinsteigern im Alter zwischen 25 und 34-Jahren (also insbesondere auch mit höherem/hohem Bildungsabschluss) wird sich in den nächsten 20 Jahren nicht reduzieren. Dies setzt allerdings voraus, dass der gegebene - in der Bevölkerungsprognose unterstellte - Zustrom junger/jüngerer ausbildungs- und arbeitswilliger Menschen in die Stadt tatsächlich weiter anhält. Dies ist allerdings nur bei Vorhandensein einer weiterhin attraktiven Ausbildungslandschaft und einer zukunftsgerichteten und deshalb vergleichsweise krisenfesten Branchenstruktur dauerhaft gesichert. Das damit verbundene positive Wanderungssaldo führt dann zu einem dauerhaft prägenden Standortvorteil Kölns (ausgewogenere Altersstruktur der Stadtbevölkerung, positive fiskalische Effekte, Konsumkraft und so weiter), wenn diese Bevölkerungsgruppe langfristig an die Stadt gebunden werden kann. Da laut Bevölkerungsprognose die Jüngeren auch weiterhin stark in die Stadt zuwandern, hat Köln deutliche Vorteile zumindest jenen Konkurrenzstandorten gegenüber, die für die Ausbildungsbevölkerung und Berufsstarter (zurzeit) weniger attraktiv sind. Diesen wanderungsbedingten Vorteil gilt es durch konkretes Handeln zu nutzen und zu festigen. Derart befördert kann eine dauerhafte Bindung wichtiger Erwerbstätigengruppen an die Stadt - auf hohem Niveau - herbeigeführt werden.
- Aufgrund geringer Geburtsraten ist die jüngste Dekade der Erwerbsbevölkerung (15 bis 24 Jahre) bereits heute zahlenmäßig am geringsten besetzt. Nur etwa jeder zweite Jugendliche / junge Erwachsene dieser Alterskohorte kann zur Erwerbsbevölkerung gezählt werden. Diese Gruppe wird sich künftig zunehmend aus Generationsmitgliedern zusammensetzen, die Migrationshintergrund aufweisen. Um diese erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren zu können, ist unter anderem das hierfür erforderliche Bildungs- und Sprachniveau zu schaffen. Falls dies nicht gelingt, dürfte dies die tatsächlichen Erwerbsbeteiligungsmöglichkeiten dieser jungen Menschen reduzieren und auch die sich jetzt bereits zunehmend

abzeichnenden Engpässe auf dem handwerklichen und gewerblichen Ausbildungssektor verschärfen.

- Das „ökonomische Rückgrat“ der Stadt bilden die 35- bis 54jährigen. In diesen beiden Dekaden wird sich die Erwerbsbevölkerung jedoch am stärksten reduzieren. Dies wäre arbeitsmarktbezogen dann relativ geräuscharm zu bewältigen, wenn es im Gegenzug gelänge, ältere Erwerbstätige vermehrt einzusetzen. Die Gruppe dieser älteren Erwerbsbevölkerung (die 55- bis 64jährigen) nimmt nämlich in etwa zahlenmäßig so zu, wie jene abnehmen. Ein Mismatch bei dem beschriebenen Austauschprozess ist allerdings zu erwarten, wenn die Älteren nicht über vergleichbare Qualifikationen (Thema: berufliche Weiterbildung) und entsprechende Belastbarkeit (Themen: Gesundheitsvorsorge, Fitness/ attraktive Arbeitszeitmodelle) wie die Jüngeren verfügen. Folgendes Szenario ist deshalb nicht auszuschließen: Der in Köln zu erwartende Einbruch in zentralen Altersjahrgängen der Erwerbsbevölkerung wird auch in Konkurrenzstandorten greifen, da davon auszugehen ist, dass die dortige Bevölkerungsentwicklung - alles in Allem - so verlaufen wird wie in Köln. Falls es nicht gelingen sollte, den sich damit ergebenden Arbeitskräftemangel leistungsfähiger Personen mittleren Alters durch die vermehrte Beschäftigung Älterer auszugleichen, dann wird es insbesondere in den Metropolen und Großstädten zu einem starken Konkurrenzkampf um die Kohorte der 35- bis 54jährigen Leistungsträger kommen. Auf einen solchen Konkurrenzkampf sollten sich die Stadt und die derzeit am Standort angesiedelten Arbeitgeber jetzt schon einstellen beziehungsweise vorbereiten²⁰. Falls sich Köln nicht entsprechend zu positionieren vermag (branchenstrukturell, angebots- und nicht zuletzt: imagebezogen), ist zu befürchten, dass durch Abwerbeaktionen die verfügbare Personaldecke in dem zentralen Erwerbstätigensegment - durch Abwanderung entsprechend qualifizierter Arbeitnehmer und ihrer Familien - deutlich knapper wird. In der Konsequenz wird dann die rückläufige Bevölkerungsprognose für die 35- bis 54jährigen (und ihre Kinder) von der induzierten realen Entwicklungsdynamik noch übertroffen werden.

3.2 Migration und Integration

Ausgangslage und Situation in den deutschen Städten

Ein Großteil der westlichen Wirtschaftsnationen muss sich mit sinkenden Bevölkerungszahlen auseinandersetzen, gleichzeitig ist das Bevölkerungswachstum am höchsten in den ärmsten Ländern der Welt. Dies verstärkt Migration und Immigration.

Städte in den Wirtschaftsnationen der entwickelten Welt sind (derzeit noch) die Hauptziele von Migrantinnen und Migranten und das globale Bevölkerungswachstum verstärkt weltweit Urbanisierung und Re-Urbanisierung.

²⁰ In den zurückliegenden Jahren wurden entsprechende Lücken noch vielfach von auswärtigen Einpendlern geschlossen, die vormals in Köln wohnten. Ob dies (unter dem zu erwartenden Standort-Konkurrenzkämpfen) künftig auch noch so zutreffen wird, bleibt abzuwarten. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Ausführungen zum demographischen Wandel und die daran angeknüpften Risiko-/Chancenabwägung hier in erster Linie aus Sicht der eigenen Stadtbevölkerung vorgenommen werden, denn für diese trägt die Kommune vorrangig Verantwortung und muss sich diesbezüglich auf absehbare Veränderungen einstellen.

Es ist inzwischen allgemein anerkannt, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland ist. Als Folge der Zuwanderung der letzten Jahrzehnte ist die gesellschaftliche Wirklichkeit der Städte und Gemeinden heute durch multiethnische, multireligiöse und multikulturelle Vielfalt geprägt. Multikulturalität ist der Normalfall.

Ein herausragendes Kennzeichen von „Stadtgesellschaft“ ist auch aufgrund von Zuwanderung immer die Heterogenität, die Vielfalt, nicht die Homogenität. Gesellschaftlicher Wandel hat sich seit jeher am stärksten und am schnellsten in der Stadt vollzogen. Und dennoch ist es den Stadtbewohnern bis heute immer wieder gelungen, sich auf die Veränderungen des urbanen Lebens erfolgreich einzustellen. Die städtische Bevölkerung besitzt insgesamt eine ausgeprägte Fähigkeit zum erfolgreichen Miteinander.

Die aktuelle demographische Entwicklung in allen Städten ist dadurch gekennzeichnet, dass der Anteil der deutschen Bevölkerung tendenziell rückläufig ist, wohingegen der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund – durch Zuzug, Familienzusammenführung und Heiratsmigration sowie höhere Geburtenraten – weiter wächst.

Insbesondere wirtschaftlich wachsende Großstädte formulieren für sich heute, auch mit Blick auf die sich permanent verändernde Zusammensetzung der Bevölkerung im Hinblick auf ethnische Zugehörigkeit, Altersstruktur, Einkommens- und Bildungsniveaus, das Ziel einer solidarischen, gerechten und Integration fördernde Stadt. Städte, die sich als „open cities“ verstehen und ihre Stadtpolitik daran ausrichten, gewinnen im Hinblick auf die ökonomische Entwicklung sowie vor dem Hintergrund demographischer Veränderungen und Migrationsbewegungen zunehmend an Bedeutung. Bei der zunehmenden Heterogenisierung der Stadtbevölkerung, der Ausdifferenzierung der Lebensstile und der Polarisierung von Chancen und Möglichkeiten im beruflichen und privaten Bereich steht die Frage im Mittelpunkt, wie die damit fast zwangsläufig einhergehenden Konflikte der modernen Großstadt gelöst werden können, ohne sie in ihrer Urbanität zu beschädigen. Auch wenn jedes Mitglied der Stadtgesellschaft grundsätzlich die Möglichkeit hat, zu wählen, ob und in welchem Maße es dazugehören möchte oder ob es sich (in Teilen) abgrenzen möchte, sind dennoch auf unterschiedlichen Ebenen Ausgrenzungsprozesse festzustellen, die den sozialen Zusammenhalt gefährden können.

Auch wenn weitgehender Konsens in den Kommunen darüber besteht, dass Zuwanderung erhebliche Integrationsprozesse erfordert und dass Ziel von Integration ist, wie es in dem unabhängigen Bericht der Kommission „Zuwanderung“ heißt, „den Zuwanderern ein gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unter Respektierung kultureller Vielfalt zu ermöglichen“, können Städte durch stadtpolitische Entscheidungen in den verschiedenen Politikfeldern auf vielen Ebenen großen Einfluss auf Integrationsprozesse haben. Sie unterscheiden sich in Teilen erheblich darin, wie sie ihre Rolle als Türöffner für neu Zugewanderte wahrnehmen, welche Identifikations- und Teilhabemöglichkeiten und Chancen sie systematisch eröffnen.

Alle Städte, gleich ob Groß-, Mittel- oder Kleinstädte, sehen sich angesichts der demographischen Veränderungen, die nicht einseitig mit Zuwanderung verbunden sind, der Probleme des Arbeitsmarktes und der Umgestaltung des Sozialstaates sowie angesichts von Prozessen der Entsolidarisierung herausgefordert, soziale oder kollektive Integrationsformen zu finden, um die Folgen dieser Neuorientierungen zu

meistern. Dies erfordert möglichst umfassende, genaue Sachstandsanalysen und gute Prognoseinstrumente, da Zukunft nicht vorhergesagt werden kann, aber Städte „gut auf die Zukunft vorbereitet sein können“.

Integrationsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen

Im ersten Integrationsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI, 2008)²¹ wird zur aktuellen Lage in Bezug auf Integration und messbare Integrationserfolge, auch vor dem Hintergrund der mit Migration verbundenen demographischen Veränderungen, unter anderem für das Land Nordrhein-Westfalen festgestellt:

- Integration findet vor Ort in den Gemeinden, Städten und Stadtteilen statt.
- 4,1 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine Zuwanderungsgeschichte.
- Negativer Trend: Mehr Deutsche wandern ins Ausland.
- Dramatischer Rückgang der Geburten in Nordrhein-Westfalen: Ohne die Zuwanderung von deutschstämmigen Aussiedlerinnen und Aussiedlern und Ausländerinnen und Ausländern wäre die Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen wesentlich negativer verlaufen.
- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind jünger als der Bevölkerungsdurchschnitt.
- Deutlicher Rückgang: Von Zuwanderungswellen kann heute keine Rede mehr sein.
- Die Zuwanderung von Hochqualifizierten und Selbständigen bleibt deutlich hinter den Erwartungen.
- Bei Arbeit, Bildung und Einkommen (gibt es) große Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte
- Über 25 % der Schülerinnen und Schüler haben eine Zuwanderungsgeschichte.
- Fazit: Integration braucht mehr vor allen Dingen mehr Bildung!

Die im Integrationsbericht des Landes festgestellten Entwicklungen treffen in unterschiedlich starken Ausprägungen auch auf Köln zu.

Kommunale Anforderungen

Die Kommune steht deshalb weiter vor der Aufgabe, neue Wege für ein konstruktives Miteinander oder auch Nebeneinander und die Voraussetzungen für gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten für alle Kölnerinnen und Kölner, auch und in Teilen besonders mit Migrationshintergrund ²², zu schaffen.

²¹ Herausgeber: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, 2008, Bielefeld

²² Die im Bericht der Landesregierung verwendete Formulierung „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ kann den Eindruck erwecken, dass damit nur Menschen mit eigener Zuwanderungsgeschichte erfasst und gemeint sind, obwohl darunter statistisch auch in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder und Jugendliche mit einem familiären Hintergrund fallen, der durch Migration gekennzeichnet ist. Umfassender ist der Begriff des „Migrationshintergrundes“, der in Veröffentlichungen der Stadt Köln verwendet wird.

Die heterogenen Teile der Stadtgesellschaft, die - positiv als Bereicherung wie negativ als Überfremdung und teilweise auch als (soziale) Belastung - als verschiedene gesellschaftliche Gruppen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen, kulturellen Traditionen, Erfahrungshintergründen sowie verschiedenen Religionszugehörigkeiten wahrgenommen werden, müssen notwendigerweise zu einem „Wir“ verbunden werden, wenn die Zukunft erfolgreich gestaltet werden soll.

Der demographische Wandel im Kontext von Migration vollzieht sich auf verschiedenen Ebenen mit unterschiedlichen Auswirkungen, Anforderungen, Chancen und Risiken und beschränkt sich nicht nur auf ethnische Zugehörigkeit. Der Stellenwert von Genderaspekten wird in der Zukunft ebenso wie Fragen des Verhältnisses zwischen den Generationen an Bedeutung zunehmen.

Integration ist in diesem Sinne Daueraufgabe und fordert die Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie die Mehrheitsgesellschaft. Interkulturalität und Akzeptanz der verschiedenen, unterschiedlichen kulturellen Vorstellungen und kulturell geprägten Lebensstile finden dabei ihre klare Grenze in der Geltung und Anerkennung der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte sowie in der Trennung zwischen säkularen und religiösen Lebensbereichen.

Notwendigkeit eines Integrationsmonitorings

Erfolgreiche Integration in der praktischen Umsetzung wird in Zukunft eine der größten Herausforderungen für die deutschen Kommunen darstellen. Die Kenntnis der individuellen, sozialen, kulturellen und migrations- und geschlechterspezifischen Merkmale, die die jeweilige Lebenswelt der Bevölkerung mit Migrationshintergrund kennzeichnen, ist dabei eine Voraussetzung für erfolgreiche Integrationspolitik.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGST) unterstützt aus diesem Grund inzwischen viele Kommunen bei der Entwicklung eines Integrationsmonitorings. Es soll der laufenden Beobachtung dienen, zielgerichtete Analysen ermöglichen und damit Bildung von Schwerpunkten in der Integrationsarbeit im vorgenannten Sinn unterstützen.

Eine Aufgabe des Kölner Integrationskonzeptes wird es daher auch sein, Aussagen zu zielgerichteten Analysenotwendigkeiten zu machen.

Der Kölner Lebenslagen- und Integrationsbericht bildet als fortschreibungsfähiges Berichtswesen einen wichtigen Teil des städtischen Monitorings. Er verknüpft die verschiedenen Dimensionen sozialer und integrationspolitischer Entwicklungen und Handlungsnotwendigkeiten.

Städtisches Maßnahmenprogramm

Zur Verbesserung der Situation und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat die Stadt Köln ein lange Jahre praktiziertes und immer wieder weiter entwickeltes Bündel von kommunalpolitischen Maßnahmen und Initiativen initiiert.

- Förderung von Migrantenselbstorganisationen und Interessenvertretungen (seit 1990 gibt es eine kommunale Richtlinie zur Förderung von Integrationsangeboten in Ausländerzentren, heute: Interkulturelle Zentren);

- Kölner Aktion für „Mehr Ausbildung für junge Migranten“ - ein Netzwerk, an dem unter anderem die Stadt Köln, Gewerkschaften, die Arbeitsagentur, die IHK zusammen arbeiten und Maßnahmen und Projekte entwickeln und die Umsetzung begleiten;
- die Bildung eines Integrationsrates anstatt eines Ausländerbeirates in veränderter Zusammensetzung mit erweiterten Kompetenzen;
- Einrichtung eines Kölner Rates der Religionen zur Förderung des interreligiösen Austausches;
- Sozialraumorientierung;
- das Interkulturellen Maßnahmenprogramm der Stadt Köln mit den Bereichen „Tageseinrichtungen für Kinder, Jugendförderung, Bildung und Schule (RAA), Förderung der Ausbildung und Beschäftigung, Interkultureller Dienst im ASD (Jugendamt, Förderung der Interkulturellen Zentren, Einrichtung der Kölner Integrationskonferenz, Entsendung von Vertreter/innen des Integrationsrates in den Ausschüssen des Rates“ und vieles mehr;
- die Entwicklung eines "Kommunalen Gesundheitskonzeptes für Menschen mit Migrationshintergrund in Köln" als Teil eines umfassenderen gesamtstädtischen Integrationskonzeptes für Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt.

Damit Maßnahmen erfolgreich sein können, müssen sie sehr gezielt am tatsächlichen jeweiligen Hilfebedarf anknüpfen, müssen die Adressatenkreise auch tatsächlich erreichen und von diesen als Angebot angenommen werden. Interkulturelle Öffnung der Strukturen und Förderung der Interkulturellen Kompetenz sind in diesem Zusammenhang wichtige Komponenten des Erfolgs. Auch hier sind genaue Analysen von Bedarf, Zielgruppen und Strukturen erforderlich, um einerseits Menschen zu erreichen und andererseits begrenzt vorhandene Mittel zum Wohle der Stadtgesellschaft schonend einzusetzen.

Das am 10.02.2009 vom Rat der Stadt Köln beschlossene Kölner „Konzept zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplans zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa“ (Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus) sowie die am 26.03.2009 beschlossenen „Ergebnisse der Erarbeitung des Kölner Integrationskonzeptes - Konzeptionelle Grundlagen und Handlungsempfehlungen“, die als Zwischenbericht im Rahmen der Erarbeitung des Kölner Integrationskonzeptes von der Verwaltung vorgelegt wurden, bilden die städtische Grundlage für die Weiterentwicklung des Querschnittsthemas „Integration“:

3.3 Bildung, Qualifizierung, Gesundheit, Kinder und Jugendliche

Herausforderungen des demographischen Wandels für den Bildungsbereich

Das Forum Demographischer Wandel, eine Initiative des Bundespräsidenten in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung, stellt vor dem Hintergrund der Wechselwirkungen zwischen dem demographischem Wandel und Bildung fest: „Wenn unsere Gesellschaft zahlenmäßig kleiner wird, weil weniger Kinder geboren werden, ist es umso wichtiger, dass jedes von ihnen optimale Möglichkeiten zur Entfaltung seiner Talente und Fähigkeiten erhält. Wenn der Altersdurchschnitt steigt, gewinnen Weiterbildung und lebenslanges Lernen immer mehr an Bedeutung. Und

wenn infolge von Zuwanderung die soziale und kulturelle Heterogenität zunimmt, ist die Gewährleistung von Chancengleichheit in der Bildung unverzichtbar²³. Der demographische Wandel bedeutet auch für Köln, dass die Bevölkerung „weniger (zumindest die jüngere Bevölkerung), älter und bunter“ wird. Vor diesem Hintergrund sollen die oben genannten programmatischen Forderungen im Folgenden auf die Situation in Köln übertragen und spezifiziert werden. Dabei erfolgt eine Strukturierung der identifizierten Handlungsoptionen und -bedarfe nach verschiedenen Bildungsbereichen lebenslaufbezogen von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter.

Zwischen Gesundheit und Bildung besteht eine gleichberechtigte Wechselbeziehung, weshalb im Folgenden Handlungsbedarfe und –optionen im gesundheitlichen Bereich eine besondere Berücksichtigung finden. Für den kommunalen Gesundheitsdienst stellt sich die Aufgabe, auf gesundheitsfördernde Entwicklungschancen und eine gesundheitliche Versorgung aller Kinder hinzuwirken. Dabei sind insbesondere die Gesundheitschancen von Kindern in sozial benachteiligten Lebenslagen zu verbessern.

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung: Bedarfsgerechter Ausbau der Angebote im Bereich Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige

Die frühkindliche Bildung und Betreuung von Kindern hat für Familien in zweifacher Hinsicht eine große Bedeutung: Für die Eltern spielt eine flexible und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung die zentrale Rolle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Betreuungsaspekt). Für die Kinder selbst ergeben sich verbesserte Bildungschancen, insbesondere wenn sie aus benachteiligten Familien kommen (Bildungsaspekt). Bund, Länder und Kommunen haben sich darauf verständigt, die Kindertagesbetreuung, ausgerichtet an einem bundesweit durchschnittlichen Bedarf von 35 Prozent der Kinder unter Drei Jahren, bis 2013 auszubauen. Für Nordrhein-Westfalen sieht die Landesregierung eine Ausbaquote von landesweit durchschnittlich 32 Prozent vor. In Köln wird nach Einschätzung der Verwaltung auf der Grundlage von empirischen Daten und Referenzstudien eine Zielquote von mindestens 40 Prozent vorzusehen sein, um den ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für Kinder nach dem vollendetem ersten Lebensjahr erfüllen zu können. Im Kindergartenjahr 2008/09 stehen in Köln für rund 21 Prozent der unter Dreijährigen Plätze in Kindertageseinrichtungen oder der Kindertagespflege zur Verfügung. Bis zum Jahr 2013 müssen die Kapazitäten in der Kindertagesbetreuung unter Dreijähriger daher nahezu verdoppelt werden. Blickt man über den Zeithorizont 2013 hinaus, ist für die Kindertagesbetreuung in Köln ein weiteres Ausbaupotenzial mit genügend Platzreserven einzukalkulieren, um auf mögliche weitere Nachfragesteigerungen bei Eltern von unter Dreijährigen reagieren zu können. In diesem Zusammenhang ist eine mittel- bis langfristige Versorgungsquote von stadtweit mindestens 50 Prozent realistisch²⁴.

Gesundheitliche Förderung und Versorgung für unter Dreijährige

²³ Forum Demographischer Wandel des Bundespräsidenten in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung (2007): Bildung voll Leben – Leben voll Bildung. Fakten und Herausforderungen im demographischen Wandel. Berlin/Gütersloh im November 2007.

²⁴ Vergleiche Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2007): Der Streit um die Zahlen – Bedarfsszenarien für unter Dreijährige und ihre Berechnungsgrundlagen, Seite 5).

In Köln gibt es sechs Beratungsstellen für Schwangerschaft, Familienplanung und Sexualität sowie zahlreiche gesundheits- und sozialpädagogische Projekte, die schwangeren Frauen Unterstützung anbieten. Darüber hinaus dient das im Aufbau befindliche Projekt „Gesunde Zukunft für Kinder in Köln“ dem Ziel, werdende Mütter, Neugeborene, Säuglinge und Kleinkinder und deren Familien, bei denen erhöhte gesundheitliche Risikokonstellationen ersichtlich werden, individuell zu betreuen und zu fördern. Dadurch sollen drohende Gefahren für das Kindeswohl abgewendet und Langzeitdefizite kompensiert werden. Insofern dient auch der Ausbau von Kapazitäten für unter Dreijährige in Kindertagesstätten der Kindergesundheit.

Integrative Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Kindertageseinrichtungen und Schulen

Das gesellschaftliche Verständnis des Umgangs mit Behinderung hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Nicht die Behinderung steht im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern der betroffene Mensch. Die Behinderung wird als ein einzelner Teilaspekt der Persönlichkeit betrachtet. Die Sozialgesetzbücher haben diesen Veränderungen insofern Rechnung getragen, als die Ermöglichung der Teilhabe und eines möglichst selbstbestimmten Lebens im Zentrum der Bemühungen stehen. Bildung und Betreuung sollen gemeinsam für Kinder mit und ohne Behinderungen erfolgen. Dieser Integrationsansatz findet sich auch im Kinderbildungsgesetz und im Schulgesetz Nordrhein-Westfalen ²⁵.

- Um eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung mit integrativen Plätzen in Kindertageseinrichtungen für Kinder mit Behinderungen realisieren zu können, sind Kapazitätsausweitungen, insbesondere im Bereich der Kindertagesbetreuung unter Dreijähriger vorzusehen: Während das Versorgungsangebot für die Altersgruppe der Drei- bis unter Sechsjährigen mit Behinderungen mit rund 650 Plätzen annähernd bedarfsdeckend ausgebaut ist, ist ein bedarfsgerechtes Angebot für die Betreuung unter Dreijähriger mit Behinderungen in Kindertageseinrichtungen in Köln erst im Aufbau begriffen.
- Das Ziel einer wohnortnahen, integrativen beziehungsweise inklusiven Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen/Entwicklungsauffälligkeiten soll mit dem geplanten flächendeckenden Ausbau von Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung erreicht werden. Der Rat der Stadt Köln hat im August 2007 eine Intensivierung des Gemeinsamen Unterrichts beschlossen: Bis 2010 ist eine Verdopplung der Platzzahl im Gemeinsamen Unterricht auf dann knapp 1.400 vorgesehen. Im Jahr 2009 wird der Bundestag voraussichtlich die UN-Konvention „Rechte der Menschen mit Behinderungen“ beschließen. Hier wird Eltern eine Wahlfreiheit des Förderortes ihres Kindes zugesichert. Die Nachfrage nach einem gemeinsamen Unterricht wird daher voraussichtlich weiter steigen und zukünftig höher ausfallen als das vom Rat beschlossene Versorgungsangebot. Handlungsbedarf für die Kommune besteht im Hinblick auf die beschleunigte Umsetzung der Barrierefreiheit in Schulen und auf ein angemessenes Raumangebot.

²⁵ Vergleiche Landtag Nordrhein-Westfalen (Herausgabe 2008), Chancen für Kinder. Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen. Bericht der Enquetekommission 2008, Seite 33.

Frühe Förderung von Kindern und Jugendlichen – Stärkung von Elternkompetenzen und Elternbeteiligung

Die Debatte um eine „Bildung von Anfang an“ akzentuiert den zentralen Stellenwert frühkindlicher Bildungsprozesse. Dabei fällt dem quantitativen Ausbau und der qualitativen Weiterentwicklung der frühen Förderung unter der Perspektive der Chancengerechtigkeit eine Schlüsselrolle zu. Im Kleinkind-, Kindergarten- und Grundschulalter erfolgen Weichenstellungen, die Biographie prägend sind und später im Hinblick auf eingetretene „Fehl“entwicklungen nur schwer korrigiert werden können. Soziale und individuelle Benachteiligungen sollen deshalb früh erkannt und ausgeglichen werden, um allen jungen Menschen Chancen zur erfolgreichen Bildungs- und Berufskarriere zu ermöglichen²⁶. Neben geschlechtsspezifischen Fördermaßnahmen in Kindertageseinrichtungen und Schulen stellt die Stärkung von Elternkompetenzen und Elternbeteiligung einen zentralen Ansatzpunkt dar. Vor diesem Hintergrund besteht Handlungsbedarf im Ausbau und der qualitativen Weiterentwicklung präventiver und begleitender Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien und Kinder, die von Geburt an ansetzen und einen zeitlichen Horizont bis zum Schulabschluss beziehungsweise bis zum Übergang von der Schule in den Beruf aufweisen.

Frühkindliche Gesundheitsförderung – Unterstützung von Eltern und Stärkung von Elternkompetenzen

Es gibt zahlreiche gesundheitsfördernde Angebote im Handlungsfeld Kindertagesstätten und Familie in Köln. Ebenso haben sich unterschiedliche Netzwerke und Gremien gegründet, die sich mit dieser Thematik befassen, zum Beispiel das Gesunde Städte Netzwerk auf Landesebene, Arbeitskreis der Kommunalen Gesundheitskonferenz, der Arbeitskreis Sozialraum Sport, Lösungsraum Gesundheit, Opus-Netzwerke, Kölner Netzwerk Gesundheitsbildung, das Netzwerk Bezirk Mülheim und das Netzwerk Gesundheitsorientierte Jugendarbeit. Dabei kommt dem „Opus-Netzwerk gesundheitsfördernder Kindergarten“ wegen seines frühzeitigen Beginns, seiner Einbindung in ein Landesprogramm und dem dort intendierten Verbund mit gesundheitsaufklärerischen Maßnahmen im Grundschulbereich eine besondere Bedeutung zu, die zukünftig weiter zunehmen wird. Das im Ausbau befindliche Kölner Netzwerk umfasst derzeit 47 Einrichtungen. Des Weiteren wurde aktuell ein umfassendes und übergreifendes Netzwerk, das „Kölner Bündnis für Gesunde Lebenswelten“ gegründet. Ziel dieses Bündnisses ist es, Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und insbesondere in sozial benachteiligten Stadtgebieten zu etablieren.

Frühe und differenzierte Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Nach dem ersten nationalen Bildungsbericht hängen Integration durch Bildung und Integration ins Bildungswesen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund eng zusammen²⁷. Ziel einer Integration durch Bildung ist, dass es Kindern von Zuwanderern im Laufe der Zeit gelingt, ähnliche Kompetenzen und Bildungsabschlüsse zu erreichen wie die übrige Gleichaltrigenbevölkerung. Zwar sind bundesweit in den

²⁶ Vergleiche Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005), Seite 87.

²⁷ Vergleiche Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland 2006, Seite 137 folgende.

letzten 30 Jahren deutliche Verbesserungen in Bezug auf die erreichten Schul- und Ausbildungsabschlüsse von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verzeichnen. Dennoch sind die Unterschiede in den erreichten Bildungsabschlüssen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund kaum geringer geworden. Die beiden PISA-Studien sowie die IGLU-Studie haben im Schulbereich erhebliche migrationsbedingte Disparitäten hinsichtlich der kognitiven Kompetenzen sowie der Übergangsempfehlungen und der besuchten Sekundarschulart aufgedeckt. Zu einem Teil hatten diese Disparitäten soziokulturelle Gründe, zum Beispiel Mängel in der Beherrschung der deutschen Sprache, zu einem anderen Teil können die Unterschiede durch die im Durchschnitt geringeren sozioökonomischen Ressourcen von Zuwandererfamilien erklärt werden. Da der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in den jüngeren Kohorten auch in Köln steigt, wird die Frage nach der frühzeitigen und differenzierten Förderung gerade von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund immer bedeutsamer. Ein weiteres Ziel ist in diesem Zusammenhang, dass Kindern mit Migrationshintergrund auch im gesundheitlichen Bereich ähnliche Entwicklungschancen eröffnet werden wie Kindern ohne Migrationshintergrund. Dies erfordert eine verstärkte kulturspezifische und zielgruppenorientierte Ausrichtung der erwähnten Maßnahmen zur gesundheitlichen Förderung.

Geschlechterdifferenzierte Förderung von Kindern und Jugendlichen

Der zweite nationale Bildungsbericht weist nachdrücklich auf geschlechtsspezifische Disparitäten in der Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen hin ²⁸: Mädchen und junge Frauen werden im Bildungssystem immer erfolgreicher, parallel ergibt sich eine neue Problemlage bei Jungen. Mädchen werden im Durchschnitt früher eingeschult, haben bessere Leistungen in der Schlüsselkompetenz „Lesen“, bleiben seltener ohne Schulabschluss, bewältigen erfolgreicher und schneller den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung, absolvieren eine Ausbildung eher im anspruchsvolleren Segment der Berufsgruppen, erwerben deutlich häufiger die Hochschulreife, brechen ein Studium seltener ab, bilden die Mehrheit der Hochschulabsolventen und nutzen als Berufstätige die Angebote der Weiterbildung intensiver. Diese Erfolgsgeschichte innerhalb des Bildungssystems bricht im Verlauf der Berufstätigkeit allerdings teilweise ab: Nach wie vor bestehen erhebliche Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen. Zudem bekleiden Frauen seltener Führungspositionen und besteht ein erhebliches Lohngefälle zu Ungunsten von Frauen. Parallel dazu entwickelt sich eine neue Problemkonstellation: Das Risiko für Jungen und junge Männer im Bildungssystem zu scheitern, nimmt zu. Das gilt insbesondere für jene mit Migrationshintergrund. Jungen wiederholen öfter eine Jahrgangsstufe, ihr Anteil unter den Absolventen und Abgängern mit und ohne Hauptschulabschluss nimmt zu und sie befinden sich deutlich öfter im Übergangssystem. Die Ausführungen verweisen auf den Handlungsbedarf hinsichtlich einer Weiterentwicklung der geschlechterdifferenzierten Förderung von Kindern und Jugendlichen.

Schulbildung als Schlüssel zur Teilhabe

Der Bildung im Schulalter kommt eine Schlüsselrolle für die individuelle Entwicklung, für die gesellschaftliche Teilhabe und für die Vermittlung von Kompetenzen zu. Die

²⁸ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I; Seite 11 folgende

Bedeutung schulischer Bildung spiegelt sich auch in den aktuellen Diskussionen und bildungspolitischen Reformbestrebungen wider. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen zur Verbesserung der Qualität im Schulwesen sowie dazu, auf welche Weise und mit welchen Strategien die vielfältigen Aktivitäten und Maßnahmen für die einzelne Schule und für die Entwicklung der Schul- und Unterrichtsqualität noch effektiver nutzbar gemacht werden können ²⁹.

- Die Diskussion der demographischen Entwicklung in Verbindung mit Schulbildung wird häufig mit einem Fokus auf Schülerrückgänge und Schulschließungen diskutiert. Auch für Köln wird nach der aktuellen Bevölkerungsprognose ein Rückgang der Bevölkerung in den schulrelevanten Jahrgängen erwartet (nach der aktuellen Bevölkerungsprognose des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik jeweils minus Zehn Prozent bei den Sechs- bis unter Zehnjährigen und den Zehn- bis unter 16jährigen). Der voraussichtliche Schülerrückgang verteilt sich dabei grundsätzlich auf eine Vielzahl von Schulen im Primarbereich und im Sekundarbereich I und relativiert sich dadurch etwas. Weiter sind die insgesamt gestiegenen qualitativen Anforderungen an Schule (Umstellung auf ganztägigen Schulbetrieb, die Ausweitung der sonderpädagogischen Förderung an allgemeinen Schulen oder auch die Öffnung in den Sozialraum) in Rechnung zu stellen. Sinkende Schülerzahlen wirken sich damit zunächst in kleineren Klassenfrequenzen und Raumgewinnen aus, die insgesamt zu verbesserten Förderbedingungen und Bildungschancen führen können. Allerdings sind regionale Disparitäten bei der Schülerzahlentwicklung zu erwarten: In einigen Stadtteilen sind stärkere Schülerrückgänge zu erwarten, die gegebenenfalls schulorganisatorische Maßnahmen notwendig machen, in anderen Stadtteilen ist im Gegensatz dazu von steigenden Schülerzahlen auszugehen.
- Vor dem Hintergrund des mehrgliedrigen Schulsystems in Nordrhein-Westfalen und der aktuell sinkenden Nachfrage nach Hauptschulplätzen sowie der steigenden Nachfrage nach Gymnasialplätzen bedarf die Planung von Schulstandorten der Sekundarstufe I besonderer Sorgfalt. Die Nachfrageentwicklung nach den einzelnen Bildungsangeboten ist kontinuierlich zu beobachten und so genau wie möglich zu antizipieren. Schulstandorte sind zukunftsfähig so zu gestalten, dass bei Erfordernis der Wechsel von Schulformen an einem Standort möglich ist. Die voraussichtlich weiter steigende Nachfrage nach Gymnasialplätzen wird zudem zu räumlichen Engpässen in der Sekundarstufe II führen, denen frühzeitig begegnet werden muss.
- Die Diskussion um eine Verbesserung der Schul- und Unterrichtsqualität ist insbesondere mit Blick auf sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu führen. Gerade bei Kindern und Jugendlichen aus einkommensarmen Familien und Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (hier besteht eine große Schnittmenge) sind individuelle Förderung und Sprachförderung von zentraler Bedeutung. Dabei sollten solche Fördermaßnahmen kein Anhängsel sein, sondern in den „normalen“ Schul- und Unterrichtsalltag integriert werden. Ein solcher differenzierter Unterricht verhindert die zeitliche Überlastung der Kinder mit Förderbedarf und kommt allen Kindern zu Gute.

²⁹ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Herausgabe 2008): Bildung in Deutschland 2008, Seite 61.

- Die Förderung der Mehrsprachigkeit vom Kindergarten bis zur beruflichen Qualifizierung entspricht nicht nur dem europäischen Standard. Sie bietet auch die Chance, bei den Stärken der Kinder anzusetzen, den Erwerb der deutschen Sprache zu erleichtern und Köln als Wirtschaftsstandort und als europäische Drehscheibe zu stärken, wenn genügend muttersprachlich kompetente Berufstätige für die internationale Kommunikation zur Verfügung stehen.
- Ausgehend von den positiven Erfahrungen im Modellprojekt Selbstständige Schule sind Unterstützungsangebote für Schulen bedarfsgerecht auszubauen. Dazu gehören unter anderem: Qualifizierung und Beratung zur Unterrichtsentwicklung; Installierung und Qualifizierung von schulischen Steuergruppen in Fragen des Schul- und Unterrichtsentwicklungsmanagements; Verknüpfung von Unterrichtsentwicklung mit Maßnahmen zur Sprachförderung und zum Übergangsmanagement zwischen Schulen und Schulformen sowie zum Übergang Schule/Beruf.
- Der Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen stellt die Stadt Köln heute und zukünftig vor große Herausforderungen. Im April 2008 beschloss der Rat, die Plätze in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2008/09 auf insgesamt 18.800 zu erhöhen. Dieser Ausbau stellt bereits heute für 52 Prozent der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich die Möglichkeit dar, Betreuungs- und Förderangebote in Schulen in Anspruch zu nehmen. Es ist davon auszugehen, dass die steigende Nachfrage damit langfristig nicht gedeckt werden kann. Um räumlich zukunftsfähig zu sein, werden Schulneubauten bereits heute als Ganztagschulen geplant. Damit korrespondiert das Ziel, auch in der Sekundarstufe I ein Betreuungsangebot in mindestens vergleichbarer Größenordnung zu schaffen, um den Kindern beim Übergang von der Primarstufe in die Sekundarstufe I eine „Anschluss“-Ganztagsbetreuung anbieten zu können. Ganztagsbetreuung in der Sekundarstufe I besteht in Form von gebundenen Ganztagschulen und pädagogischer Übermittagsbetreuung. In diesem Feld hat die Vernetzung von Jugendhilfe und Schule einen hohen Stellenwert.
- Öffnung in den Sozialraum, individuelle Förderung und die ganzheitliche Unterstützung der kognitiven, psychischen und physischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sind Aufgaben, die von Lehrerinnen und Lehrern allein nicht zu bewältigen sind. Deshalb wird die Unterstützung durch andere Professionen an der Schule oder in der vernetzten Region an Bedeutung zunehmen. In diesem Zusammenhang hat die Umsetzung einer umfassenden und sozialraumorientierten Gesundheitsförderung, insbesondere in den Bereichen Ernährung, Bewegung, Gewaltprävention, Suchtprävention und Stressbewältigung bei Kindern und Jugendlichen hohe Priorität.
- Der absehbare Bedarf an zusätzlichem, qualifiziertem Personal im frühkindlichen Bereich und an Schulen stellt ein Problem dar. Frühpädagogik ist in Deutschland weder als Profession noch als Disziplin entwickelt. Gegenwärtig spricht alles dafür, dass schon quantitativ der Ersatzbedarf bei Lehrerinnen und Lehrern nicht gedeckt werden kann.

Jugendbildung / Jugendförderung

Der zwölfte Kinder- und Jugendbericht regt an, den Blick beim Thema Bildung nicht nur auf die Institution Schule zu richten, sondern die Perspektive auf den Lebenslauf von Kindern und Jugendlichen zu weiten, das heißt die Persönlichkeitsbildung einzubeziehen und der außerschulischen Bildung einen viel größeren Stellenwert einzuräumen³⁰. Nach Ansicht des Landtags Nordrhein-Westfalen leistet vor allem die Kinder- und Jugendarbeit mit ihren Angeboten und Angebotsstrukturen einen wichtigen Beitrag zur Bildung von Kindern und Jugendlichen. Sie nimmt eine entscheidende Funktion in der Bildungsbiographie junger Menschen ein, was insbesondere bei persönlichkeitsbildenden Maßnahmen wichtig ist³¹. Trotz des hohen Stellenwerts der Kinder- und Jugendarbeit ist zu konstatieren, dass entsprechende Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen seit Ende der 1990er Jahre – auch in Köln – zurückgefahren wurden. Nach der Bevölkerungsprognose des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik ist zukünftig mit leichten Bevölkerungsrückgängen in für die Kinder- und Jugendarbeit relevanten Altersgruppen zu rechnen. Daraus weitere Einsparpotenziale abzuleiten, greift zu kurz. Vielmehr bedarf die Kinder- und Jugendarbeit ausreichender, eher zusätzlicher Ressourcen, um die Verbindung von Jugendhilfe und Schule aktiv zu gestalten und entsprechend veränderter Anforderungen in gleichberechtigter Partnerschaft zu kooperieren.

Non-formale Lernwelt Sport

Im Vordergrund der Sportförderung durch die Stadt Köln stehen, neben der traditionellen Unterstützung des Freizeit-, Breiten- und Leistungssports, folgende Zielsetzungen: Sozialisation durch die Vermittlung von Normen und Werten (unter anderem Gewaltprävention), Gesundheitsförderung durch Bewegung (Prävention, Rehabilitation), Integration, Einüben demokratischer Verhaltensweisen in Gruppen und Sportvereinen, Sport als Wirtschaftsfaktor und Imagewerbung für die Stadt Köln. Vor diesem Hintergrund sind angesichts des demographischen Wandels vor allem die Art und der Umfang des Sportplatz- (Sportanlagen und -gelegenheiten) und Sportraumangebots (Turn- und Sporthallen, Gymnastikräume) sowie die Ausstattung und der Zustand dieser Plätze und Räume, auch mit Blick auf geschlechterdifferenzierte Bedürfnisse, zu prüfen. Dabei spielen veränderte Anforderungen eine Rolle: Das Sportklientel ist größer geworden (mehr Senioren- und Frauensport, neue Angebote im Bereich Gesundheit und Prävention). Gleichzeitig haben sich die Ausrichtung und die Orte des Sports verändert (neben traditionellem Sport gibt es auch Trendsport, Sport im Offenen Ganztage, Gesundheits- und Rehabilitationssport). In diesem Zusammenhang stellt die Qualifizierung des Betreuungspersonals (Trainer/in, Übungsleiter/in et cetera) eine wichtige Anforderung dar.

Berufliche Ausbildung und Qualifizierung

Der an Dynamik gewinnende wirtschaftliche Strukturwandel wird gravierende Auswirkungen auf Arbeitsinhalte und Qualifikation haben. Die Entwicklung des Fachkräftebedarfs der Wirtschaft ist durch Tertiärisierung und Zunahme der Qualifikationsanforderungen gekennzeichnet. Beide Trends werden sich durch den

³⁰ Vergleiche Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Herausgabe 2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland.

³¹ Landtag Nordrhein-Westfalen (Herausgabe 2008): Chancen für Kinder. Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen. Bericht der Enquetekommission 2008, Seite 63.

steigenden, globalisierten Konkurrenzdruck fortsetzen. Fachkräfte mit Berufen im Bereich der – insbesondere unternehmensbezogenen – Dienstleistungen werden nach einer Projektion des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ihren Anteil an allen Arbeitskräften bis 2020 um 5,2 Prozentpunkte steigern. Etwa zur Hälfte handelt es sich dabei um Branchen mit anspruchsvollen Tätigkeiten, wie zum Beispiel Steuer-, Finanz-, Rechts- und Unternehmensberatung, Ingenieur- oder wissenschaftliche Leistungen. Damit einher gehen Bedarfsprognosen des Instituts zur Zukunft der Arbeit, die bundesweit bis 2020 mehr als 1,5 Millionen zusätzliche Stellen für Hochschulabsolventen (zirka +50 % auf Basis 2003) sehen. Gleichzeitig wird eine stabile Zahl von Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung und deutlich sinkender Bedarf an ungelernten Arbeitskräften prognostiziert.

Bei perspektivischer Betrachtung greift also die Analyse der (dualen) beruflichen Ausbildung zu kurz. Die heute gestellte Frage nach Ausbildungsplätzen und Ausbildungsreife wird morgen eine Frage nach der Befriedigung umfassender Qualifikationsanforderungen sein, die auch die bisher relativ strikte Trennung zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung in Frage stellt. Die Systeme müssen durchlässiger gestaltet werden, um auch Nicht-Abiturienten weitere formale Bildungsabschlüsse an Hochschulen zu ermöglichen. In Großstädten wie Köln sind besondere Anstrengungen nötig, weil hier das Qualifikationsniveau bereits heute wesentlich über dem Bundesdurchschnitt liegt und der zu bewältigende Strukturwandel dem entsprechend besonders hohe Anforderungen stellt. Diese Anforderungen müssen sowohl die an allgemeiner und beruflicher Bildung beteiligten Institutionen als auch die Jugendlichen bei ihrem Streben nach angemessener Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben berücksichtigen. Weiterhin muss zur Vermeidung eines Fachkräftemangels auch der hohe Anteil derer, die zur Ausbildung und zum Studium nach Köln gezogen sind, jedoch im Anschluss daran wieder wegziehen, gesenkt werden. Hier müssen die Beweggründe genauer untersucht werden, um verstärkt Anreize zum Verbleib der hochqualifizierten Kräfte zu geben.

Der zweite Einflussfaktor auf Fachkräftebedarf und berufliche Bildung ist der demographische Wandel. Die 16- bis unter 18jährigen stellen den Hauptteil der Schulabgänger dar, die eine berufliche Ausbildung anstreben. Die städtische Prognose für 2017 geht von einer Abnahme der 16- bis unter 18jährigen von 7,7 Prozent aus. Nach der derzeit vorliegenden Prognose des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik wird die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Köln bis 2017 allerdings nur um Zwei Prozent sinken. Im weiteren Zeitverlauf bis 2025 wird die Zahl der 16- bis unter 18jährigen laut Bevölkerungsprognose der Stadt Köln nochmals um 7,2 Prozent abnehmen. Die Abweichung der beiden betrachteten Prognosen erschwert die Beurteilung der Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt und die Befriedigung des Fachkräftebedarfs. Insgesamt ist aber von einem deutlich erkennbaren Rückgang an Schulabgängern bis 2025 auszugehen. In welchem Maße dieser Rückgang für die Wirtschaft Konsequenzen haben wird, hängt davon ab, ob das nachwachsende Arbeitskräftepotential durch mehr Bildung und Ausbildung deutlich besser genutzt wird als bisher. Dabei wäre ein Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen, oft sozial benachteiligten Familien zu legen, um auch diesen regelmäßig eine qualifizierte berufliche Ausbildung oder ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Durch zusätzliche und besser abgestimmte Fördermaßnahmen im Elementarbereich, den Grundschulen und der Sekundarstufe I muss das Leistungsniveau der Schulabgängerinnen und Schulabgänger verbessert werden, um

den steigenden Anforderungen der beruflichen Bildung gerecht zu werden und um die notwendigen, höheren Abiturientenzahlen zu erreichen. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, dass der Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund weiter ansteigen wird. Ob dies für den Arbeitsmarkt eine Bereicherung darstellen wird, oder ob ausbildungs- und berufsbezogene Integrationsprobleme verstärkt hervortreten werden, hängt ebenfalls vom Erfolg der individuellen Förderung im Elementarbereich, in den Familien und Schulen ab.

Jugendberufshilfe - Übergangsmanagement Schule-Beruf

Ziele der Jugendsozialarbeit sind die Stärkung der Persönlichkeit und der Berufsfähigkeit junger Menschen und der Ausgleich individueller und gesellschaftlicher Beeinträchtigungen. Um dies zu erreichen, werden junge Menschen durch sozialpädagogische Angebote, insbesondere Beratung, Begleitung und Förderung schulischer und beruflicher Bildung bei der Eingliederung in Ausbildung und Arbeit unterstützt. Dazu zählen präventive, schulbezogene Angebote mit dem Ziel, schulisches und berufliches Scheitern so früh wie möglich zu verhindern. Auf diese Weise wird ein Personenkreis unterstützt, dessen berufliche Integration nicht durch die Instrumente und Eingliederungsleistungen von SGB II und SGB III erreicht werden kann, da die betroffenen Jugendlichen am Rande oder außerhalb der Regelsysteme stehen. Jugendberufshilfe ist auf Übergänge spezialisiert und versteht sich dabei als eine Brückenfunktion zwischen Schule und Beruf. Angesichts des Handlungsbedarfs präventiver und begleitender Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien und Kinder rückt der Stellenwert der Jugendberufshilfe weiterhin in den Blickpunkt. Dabei ist den geschlechtsspezifischen Disparitäten in der Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Das bestehende Übergangssystem Schule/Beruf wird von verschiedenen Akteuren wie Jugendamt, Schulen und Schulaufsicht, Betrieben, Arbeitsagentur, ARGE sowie Trägern der Jugendhilfe und Weiterbildung geprägt und in unterschiedlicher Weise unterstützt. Die Erfahrung zeigt, dass eine Vielzahl von Zuständigkeiten und Vorgehensweisen in der Praxis auch in Köln oftmals zu Irritationen und unnötigen Doppelarbeiten führt. Mit dem Arbeitskongress „Kommunales Übergangsmanagement in Köln“ im Juni 2008 wurde der Startschuss dafür gegeben, ein verlässliches Netzwerk zu bilden, um den Bereich Übergang Schule – Beruf als ein selbstverständliches, standardisiertes Regelsystem zu etablieren. Zwischenzeitlich steht in diesem Kontext ein Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Köln und dem Land kurz vor dem Abschluss.

Anerkennung und Anrechnung non-formaler Bildungskompetenzen

Im Zuge des demographischen Wandels wird die Anerkennung und Anrechnung von Kompetenzen, die außerhalb der formalen Bildung erworben wurden, mittelfristig an Bedeutung gewinnen. Nur so kann der Wiedereinstieg bestimmter Zielgruppen, die durch konventionelle Lernangebote nicht (mehr) erreichbar sind, in die formale Bildung gelingen. Voraussetzung hierfür ist eine stärkere Durchlässigkeit und Vernetzung der Bildungsbereiche, auch und gerade an Übergängen. Erforderlich sind eine Entwicklung von Zertifizierungsstandards für Kompetenzen, um deren Verwertbarkeit im Beschäftigungssystem zu verbessern und die Stärkung der Durchlässigkeit der Bildungsbereiche.

Weiterbildung und Lernen im Erwachsenenalter

Weiterbildung beziehungsweise lebenslanges Lernen besitzt in politischen und wissenschaftlichen Diskussionen einen zentralen Stellenwert. Angesichts der demographischen Entwicklung und des anhaltenden Trends zu wissensbasierten Gesellschaften werden national und international Bereitschaft und Fähigkeit der Individuen, sich kontinuierlich weiterzubilden, als essenzielle Bedingungen sowohl für ökonomische Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften als auch für die soziale Partizipation und Integration in einer alternden Gesellschaft angesehen³². Auf dieser Basis ergeben sich im Einzelnen folgende Herausforderungen, um die Beteiligung an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung zu erhöhen:

- Ausweitung beruflich qualifizierender Weiterbildungsangebote für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere aus kleineren und mittleren Unternehmen
- Förderung der Zusammenarbeit von Bildungsanbietern aller Bereiche des lebensbegleitenden Lernens: Es geht darum, Qualität, Effektivität, Transparenz und Innovation von Angeboten durch die Vernetzung von Schulen und Hochschulen, Wirtschaft, Anbietern von Fort- und Weiterbildung, Bildungsberatungsstellen und den im Bildungssektor tätigen regionalen Initiativen und Projekten zu steigern.
- Ausbau interkultureller Kompetenzen in der Personalentwicklung und der Programmplanung von Weiterbildungseinrichtungen und Entwicklung geeigneter Weiterbildungsangebote für (auch ältere) Menschen mit Migrationshintergrund
- Eine möglichst lange aktive Beteiligung an der Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben (bürgerschaftliches Engagement) kann durch entsprechende Weiterbildungsangebote und den Wissenstransfer zwischen den Generationen ermöglicht werden. Durch institutionenübergreifende Kooperation sind nachhaltige und unterstützende Formen der Stärkung und Begleitung des Engagements und der Partizipation auszubauen. Dazu gehört die verbesserte Information der Bevölkerung über Bildungsmöglichkeiten durch Angebote der Bildungsberatung.
- Für die Gesundheitsaufklärung der Öffentlichkeit ist ein enger Verbund mit den auf diesem Gebiet tätigen Leistungsträgern wie zum Beispiel die Krankenkassen erforderlich. Dazu bieten sich in Köln ausgehend von der kommunalen Gesundheitskonferenz mit dem entstehenden Aktionsbündnis gute Möglichkeiten.

Bildungslandschaften in Köln

Im November 2007 veranstaltete der Deutsche Städtetag in Aachen den Kongress „Bildung in der Stadt“, bei dem die sogenannte „Aachener Erklärung“ verabschiedet wurde. Hierin wird die Notwendigkeit erklärt, dass die Städte, als Ausgangspunkt für Bildungsprozesse, ihre bisherigen Bildungsanstrengungen weiter erhöhen müssen. In diesem Kontext wird ihnen eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Moderation

³² Vergleiche Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Herausgabe 2008): Bildung in Deutschland 2008; Seite 137.

kommunaler Bildungsprozesse zugeschrieben. Im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses wird ein Gesamtkonzept umfassender Bildung vorgeschlagen, das ein vernetztes System von Erziehung, Bildung und Betreuung erfordert. Alle für Bildung zuständigen Akteure (Familie, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport, Wirtschaft et cetera) sollen auf der Basis verbindlicher Strukturen zusammenarbeiten, die Familien sollen als zentrale Bildungspartner einbezogen werden. Übergänge einzelner Bildungseinrichtungen sollen nach dem Prinzip „Anschlüsse statt Ausschlüsse“ gestaltet werden. In diesem Zusammenhang wird von kommunaler Seite eingefordert, dass der Schulträger im Verhältnis zum Land erweiterte Gestaltungsmöglichkeiten erhält, um Prozesse im Bereich der Schulentwicklungsplanung/Bildungsplanung „besser“ und aktiv steuern zu können. Das Konzept der kommunalen Bildungslandschaft im Sinne der Aachener Erklärung stellt eine Art funktionale Klammer dar, die vor den weiter oben ausformulierten Herausforderungen des demographischen Wandels für den Bildungsbereich in Köln gezogen werden kann und die auf eine vernetzte Gestaltung von ganzheitlich ausgerichteten Bildungsprozessen und damit auf eine Optimierung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen abhebt.

In diesem Kontext engagiert sich die Stadt Köln mit dem im Rahmen des landesweiten Modellprojekts Selbstständige Schule entwickelten Gesamtkonzept „Strategische Planung der Regionalen Schullandschaft Köln“ und dem in der Projektnachfolge abgeschlossenen Kooperationsvertrag mit dem Land NRW um die Weiterentwicklung sogenannter „regionaler Bildungslandschaften“ (Ratsbeschlüsse vom 29.01.2008 und 29.05.2008). Hierbei soll die schulformübergreifende Kooperation der Schulen untereinander und mit außerschulischen Bildungspartnern – insbesondere aus dem Elementar- und dem Jugendhilfebereich – weiter vorangetrieben werden. Damit die Regionale Schullandschaft Köln erfolgreich ist, stimmen sich alle Schulen im Hinblick auf ihre Anforderungsprofile sowie die Leistungs- und Förderangebote untereinander und mit dem Schulträger ab. Auf dieser Basis erfolgt eine Abstimmung der Leistungs- und Förderangebote der vor- und außerschulischen Leistungsanbieter mit den Erwartungen und Anforderungen der Schulen an die Bildung und Erziehung der Kinder. Diese Koordinationen erfolgen generell kindesbezogen und altersgerecht, um eine Bildungsbiographie ohne Brüche zu ermöglichen.

Weiter wurde mit Ratsbeschluss vom September 2006 die Bildungslandschaft Altstadt Nord ins Leben gerufen, ein Kooperationsprojekt der Montag-Stiftungen „Urbane Räume“ sowie „Jugend und Gesellschaft“ und der Stadt. Hier schaffen derzeit vier Schulen und zwei Jugendeinrichtungen im Rahmen eines gemeinsamen Konzepts organisationsübergreifende Lern- und Begegnungsräume, die mit Hilfe einer „pädagogische Architektur“ räumlich optimale Voraussetzungen für Bildungsprozesse bieten sollen. Der Rat hat im Jahr 2008 die Entwicklung zwei weiterer, kleinräumiger Bildungslandschaften, in Höhenberg/Vingst und in Finkenberg, beschlossen, die sich derzeit in der Aufbauphase befinden.

3.4 Menschen im Alter

Demographischer Wandel in Zahlen

Die Zahl der Menschen ab 65 Jahre und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung werden in Köln in den nächsten 30 Jahren kontinuierlich wachsen. Köln folgt damit

einem gängigen Trend, der als demographisches Altern³³ bezeichnet wird. Das ist ein Ergebnis der aktuellen Bevölkerungsprognose³⁴, die bis in das Jahr 2035 reicht.

Die Alterskohorte (65 Jahre und älter) wird von 178.582 in 2006 über 191.400 (2025) auf 213.500 (2035) ansteigen. Der Zuwachs von knapp 35.000 entspricht 19,6 Prozent. Zum Vergleich: Zwischen 2006 und 2035 wird die Zahl der über 65jährigen in Nordrhein-Westfalen um 43,1 Prozent, in der gesamten Bundesrepublik um 45,5 Prozent ansteigen.

Die unterschiedliche Dynamik des Alterungsprozesses der Bevölkerung auf den Ebenen Bund, Land Nordrhein-Westfalen und Stadt Köln spiegelt sich auch wider in der nachstehenden Darstellung.

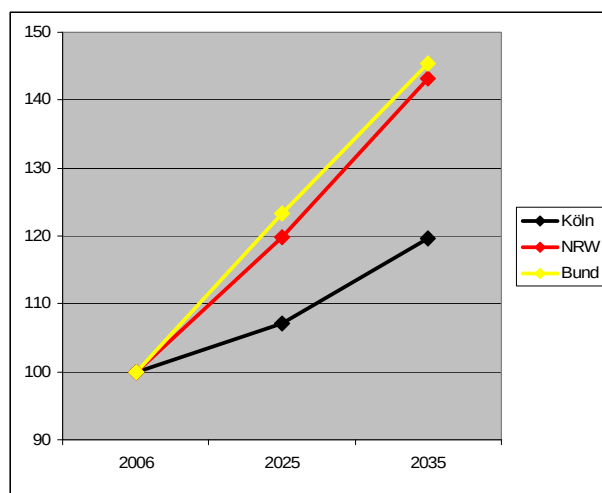
Tabelle 15 Anteil der Menschen im Alter 65 Jahre und älter an der jeweiligen Bevölkerung (2006 -2035)

	2006	2025	2035
Stadt Köln	17,40%	18,60%	20,70%
Land NRW	19,20%	23,70%	29,00%
Bundesrepublik Deutschland	19,80%	25,50%	31,30%

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik und Amt für Soziales und Senioren; eigene Berechnung

In Köln wird der Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung bis 2035 moderat um 3,3 Prozentpunkte auf 20,7 Prozent anwachsen. Eine deutliche Zunahme dagegen wird für die gesamte Bundesrepublik vorhergesagt: Bis 2035 wird der Anteil alter Menschen um 11,5 Prozentpunkte auf knapp ein Drittel der Gesamtbevölkerung (31,3 %) ansteigen.

Abbildung 11 Veränderung des Bevölkerungsanteils der über 65jährigen (prognostizierte Entwicklung 2006 -2035; 2006 = 100; Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik und Amt für Soziales und Senioren)



Ausprägung und Dynamik des demographischen Wandels werden jedoch erst in der Gesamtbetrachtung von sektoraler Bevölkerungsentwicklung und Gesamtbevölkerungsentwicklung auf den drei Ebenen Stadt, Land und Bund deutlich:

- 2035 werden wahrscheinlich rund 35.000 über 65jährige mehr in Köln leben als 30 Jahre zuvor. Dieser Zuwachs ist eingebettet in eine städtische Gesamtentwicklung, die ein Plus von etwa 5.500 Einwohnern

erwarten lässt. Die Ursache für die moderate Alterung der Kölner Bevölkerung ist dieselbe, die auch für das Einwohnerwachstum verantwortlich ist: Die Stadt

³³ Kaufmann, Franz-Xaver (2005), Schrumpfende Gesellschaft. Frankfurt am Main, Seite 39

³⁴ Stadt Köln. Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2008). Neue Bevölkerungsprognose 2006 - 2035. Köln, Seite 2

wird permanent durch den Zuzug von Studierenden, Auszubildenden und jungen Erwerbstätigen „verjüngt“.

- Anders dagegen die Veränderungen in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland gesamt. Auf diesen beiden Ebenen werden die sektorale und Gesamtbevölkerungsentwicklung sich gegenseitig verstärken und damit dem demographischen Wandel eine besondere Dynamik geben. Nach den Modellrechnungen der amtlichen Statistik wird die Bundesrepublik bis 2035 knapp sieben Millionen Einwohner verlieren, im gleichen Zeitraum wird die Zahl alter Menschen um mehr als sieben Millionen ansteigen. In Nordrhein-Westfalen wird die Einwohnerzahl um knapp eine Million schrumpfen, die Zahl der Alten dagegen um 1,5 Millionen wachsen.

Detailbetrachtung der altersspezifischen Bevölkerungsentwicklung in Köln bis 2025

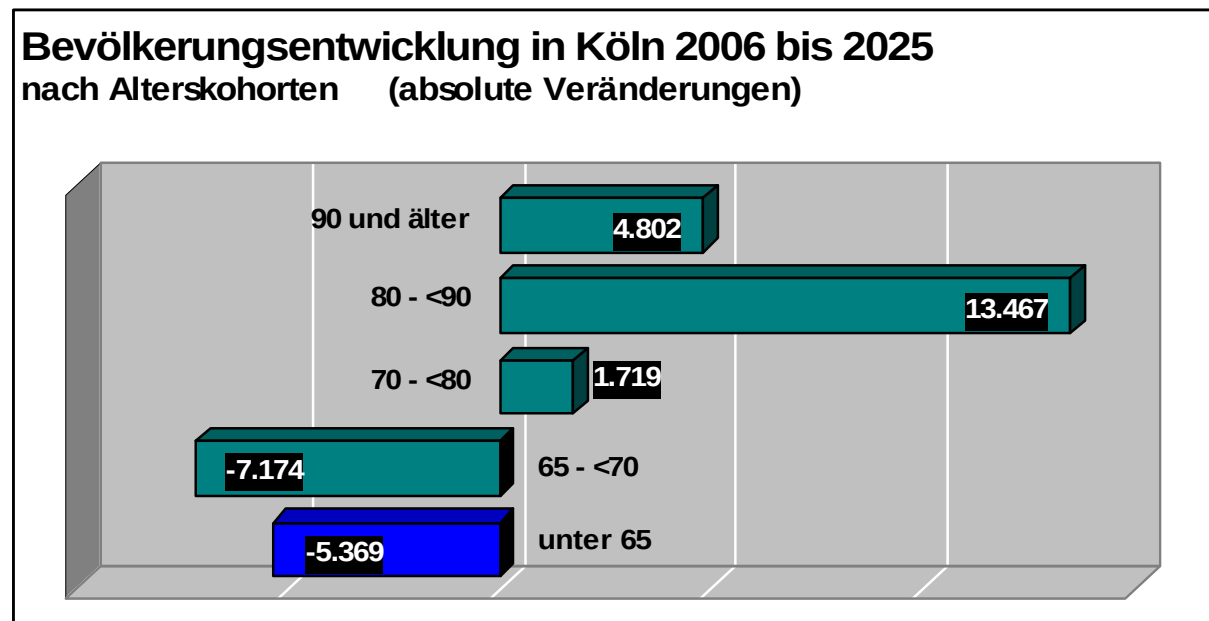
Die dargestellten Bevölkerungsprognosen im Vergleich zeigen, dass die Alterung zwar überall stattfinden wird – wenn auch unterschiedlich intensiv –, dass die Veränderungen sich aber keineswegs gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen und städtische Kleinräume verteilen. Um das wahre Ausmaß des sektoralen demographischen Wandel in Köln zu erfassen, empfiehlt sich eine differenzierte Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Stadtteil.

Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen

Bis 2025 wird die Bevölkerung Köln voraussichtlich um knapp 7.500 Einwohner auf 1.031.790 zunehmen. Der Zuwachs verteilt sich ungleichmäßig auf die einzelnen Altersgruppen:

- Die Gruppe der unter 65jährigen wird um 5.369 Einwohner schrumpfen.
- Die Gruppe der über 65jährigen wird um 12.814 Einwohner wachsen. Die nachfolgende Graphik zeigt, dass die Hochbetagten im Alter von 80 Jahren und älter die Gruppe bilden, für die mit einem Plus von über 18.000 der stärkste Zuwachs prognostiziert wird.

Tabelle 16

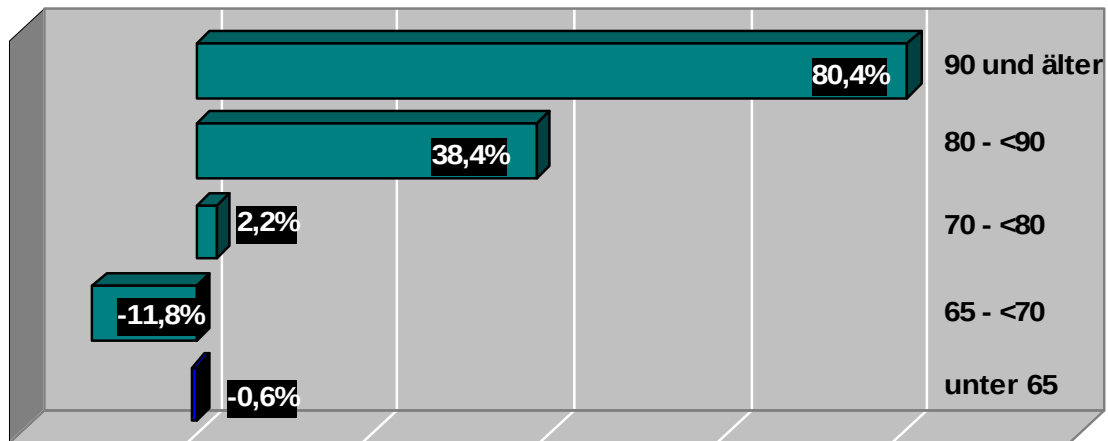


Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik und Amt für Soziales und Senioren

Die absoluten Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung spiegeln sich im Trend auch in der Darstellung der relativen Veränderungen wider. Auffällig ist jedoch die überdurchschnittliche Verstärkung der Gruppe der Hochbetagten ab 90 um über 80 Prozent. Einen nur leichten Zuwachs von 2,2 Prozent verzeichnet die Gruppe der 70- bis unter 80jährigen. Die jüngeren Jahrgänge nehmen an dieser Entwicklung nicht mehr teil, im Gegenteil: sie schrumpfen zum Teil um knapp 12 Prozent und bereits im Minus mit -0,6 Prozent befinden sich die „jungen Alten“ im Alter zwischen 65 und 70 Jahren.

Tabelle 17

Bevölkerungsentwicklung in Köln 2006 bis 2025 nach Alterskohorten (relative Veränderungen)



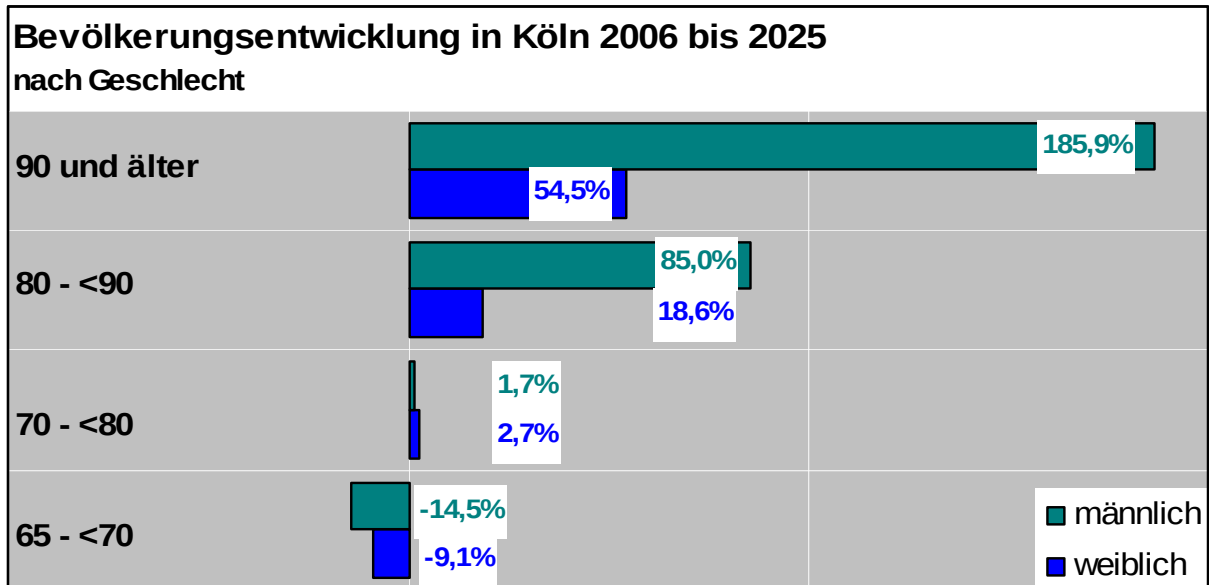
Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik und Amt für Soziales und Senioren

Bevölkerungsentwicklung nach Geschlechtszugehörigkeit

Die Bevölkerung in Köln entwickelt sich in geschlechtsdifferenzierten Betrachtung nicht gleichmäßig. Die Zahl der männlichen Alten ab 90 wird bis 2025 vermutlich sprunghaft nach oben schnellen. Verglichen mit 2006 wird sich ihre Zahl nahezu verdreifacht von knapp 1.200 auf 3.400. Die Zahl der Frauen wird im gleichen Zeitraum zwar nur um rund die Hälfte (54,5 %) auf 7.403 zunehmen. Sie liegt damit aber immer noch doppelt so hoch wie die ihrer männlichen Altersgefährten.

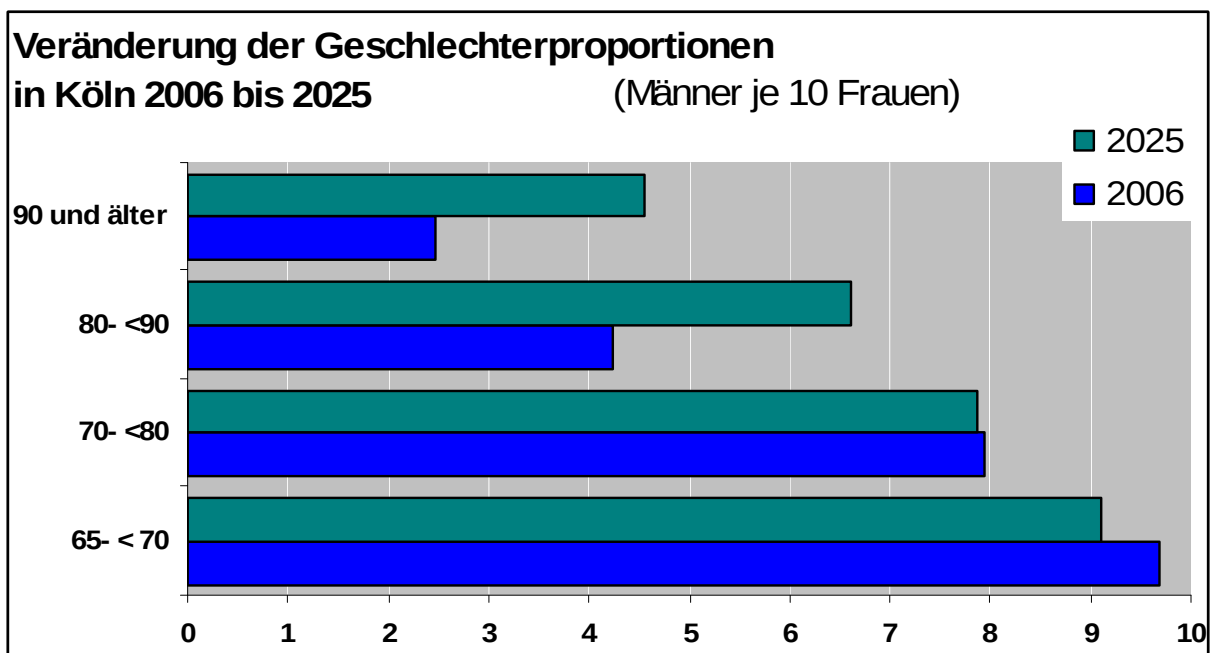
Gegenläufig ist dagegen die geschlechtsdifferenzierte Bevölkerungsentwicklung in den beiden Altersgruppen der 65- bis unter 80jährigen. Hier nimmt die Zahl der Frauen stärker zu, wenn auch nur geringfügig beziehungsweise geringer ab, wodurch sich ihre zahlenmäßige Dominanz in den beiden Altersgruppen weiter verstärkt.

Tabelle 18



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik und Amt für Soziales und Senioren

Tabelle 19



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik und Amt für Soziales und Senioren

Bevölkerungsentwicklung nach Stadtteil

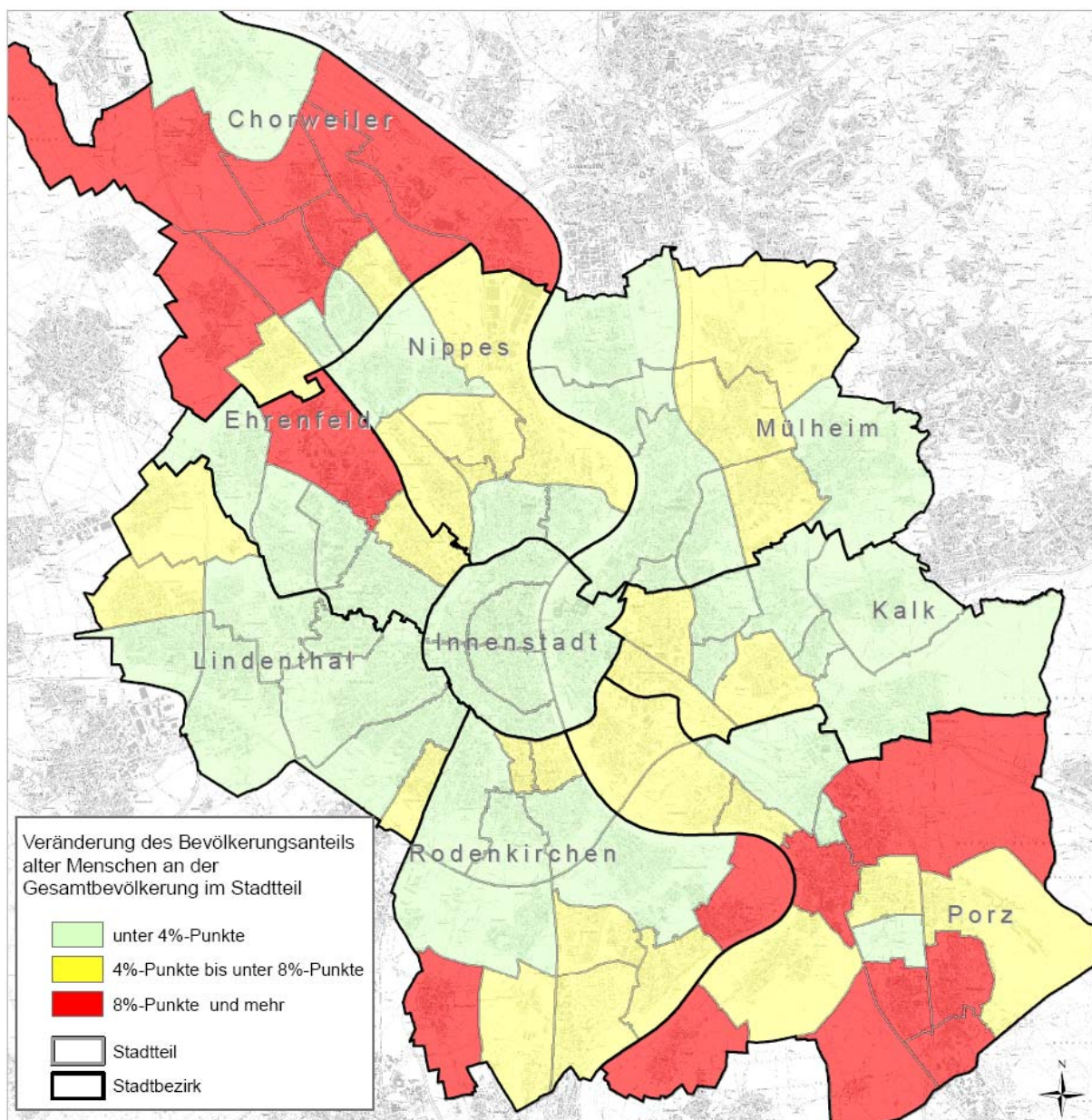
Die Zusammensetzung der Bevölkerung in einigen Kölner Stadtteilen wird sich bis 2025 drastisch verändern. An dieser Stelle sollen nur die Stadtteile betrachtet werden, die in auffällig hohem Maße vom Anstieg der Zahl der über 65jährigen betroffen sind.

- Chorweiler von 15,2 Prozent auf 27,9 Prozent (+12,7 Prozentpunkte),
- Lind von 15,6 Prozent auf 25,4 Prozent (+9,8 Prozentpunkte)
- Blumenberg von 3,8 Prozent auf 12,8 Prozent (+9,0 Prozentpunkte)

- Wahnheide von 16,1 Prozent auf 25,0 Prozent (+8,9 Prozentpunkte)
- Roggendorf/Thenhoven von 13,8 Prozent auf 22,7 Prozent (+8,9 Prozentpunkte)
- Fühlingen von 14,8 Prozent auf 22,8 Prozent (+8,0 Prozentpunkte)

Legt man den Durchschnittswert von 18,6 Prozent für 2025 zu Grunde, der den Anteil der Menschen im Alter von 65 Jahren und älter an der Gesamtbevölkerung in Köln repräsentiert, zeichnet sich das Bild einer gespaltenen Stadt mit einem bipolaren Ruummuster. Die Stadtteile mit einem Anteil von überdurchschnittlich vielen alten Menschen liegen in der Peripherie im Stadtbezirk Chorweiler (Chorweiler, Fühlingen und Roggendorf/Thenhoven) und im Stadtbezirk Porz (Lind und Wahnheide).

Abbildung 12 Veränderung der Alterskohorte 65 Jahre und älter in Köln 2006 - 2025



Quelle: 15 Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Kernbereiche mit der Innenstadt sowie die angrenzenden Stadtbezirke im Westen und Osten sind dagegen geprägt vom ausbildungsmotivierten Zuzug junger

Menschen. Hier steigt der Bevölkerungsanteil alter Menschen moderat um bis zu vier Prozent.

Sozial-struktureller Wandel

Menschen über 65 Jahre bilden bereits heute eine höchst heterogene Gruppe, und nichts deutet darauf hin, dass die Vielfalt ihrer persönlichen und sozialen Lebensbedingungen sich in den nächsten Jahren reduzieren wird³⁵. Im Gegenteil: Die nachwachsende Gruppe der unter 65jährigen werden ihre Lebensformen und Lebensstile „mitnehmen“ und so die Altersbilder mitprägen und weiter ausdifferenzieren. Zwischen den Polen der Autonomie bis ins hohe Alter einerseits und der komplexen sozialen Abhängigkeit des kranken, pflegebedürftigen, kognitiv desorientierten alten Menschen andererseits differenziert sich das ganze reale Spektrum des Alters phänomenologisch aus³⁶. Für kommunales Handeln stellen diese unterschiedlichen „Gesichter des Alterns“ eine besondere Herausforderung dar.

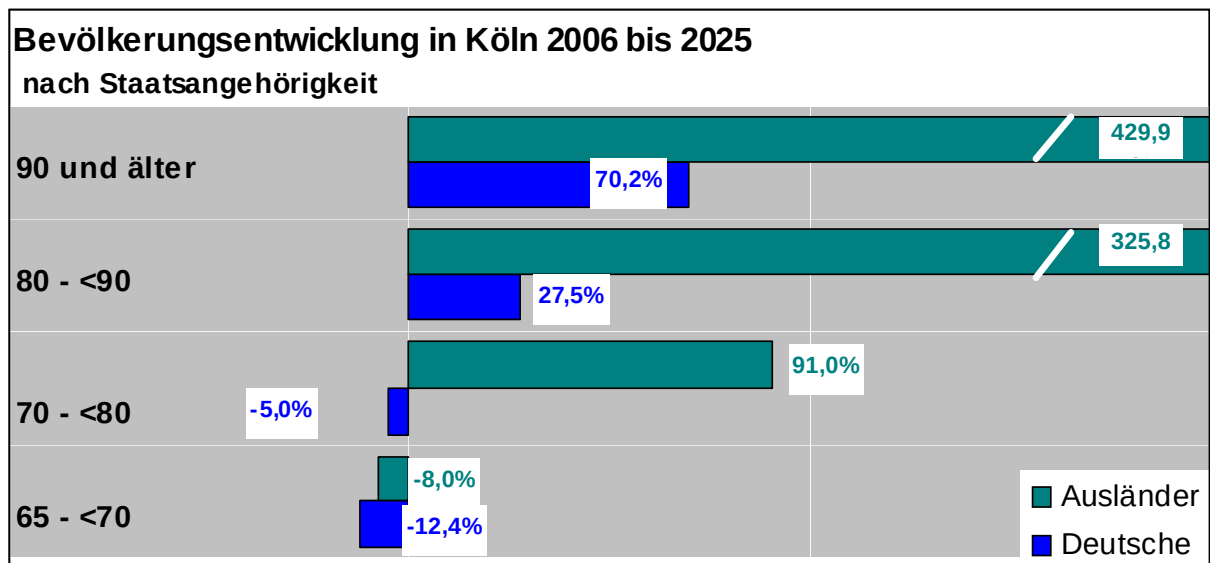
Das bedeutet: Neben den demographischen Veränderungen findet ein Strukturwandel des Alters statt, der, folgt man der in der gegenwärtigen Diskussion zu den Erscheinungsformen des Demographischen Wandels, durch folgende Dimensionen beschrieben werden kann:

- **Zeitliche Ausdehnung der Altersphase:** Aufgrund des früheren Berufsausstiegs und der höheren Lebenserwartung hat sich die eigentliche Altersphase weiter ausgedehnt und beträgt zum Teil über 30 Jahre. Menschen, die heute endgültig aus dem Erwerbsleben ausscheiden, haben im Schnitt noch ein Viertel ihrer Lebenszeit vor sich.
- **Differenzierung des Alters:** Mit der ausgeweiteten Lebensphase Alter gehen vielfältige Differenzierungsprozesse innerhalb der Altenbevölkerung einher. Die Einteilung in „junge Alte“ (unter 65 Jahre), „mittlere Alte“ (zwischen 65 und 80 Jahre) und „Hochaltrige“ (über 80 Jahre) ist weit verbreitet. Mittlerweile verschieben sich diese Altersdifferenzierungen durch die zunehmende Lebenserwartung nach oben, sodass von Hochaltrigkeit erst ab einem Alter von 85 Jahren gesprochen wird. Diese Differenzierung ist insofern von Bedeutung, weil mit unterschiedlichen Lebenslagen auch unterschiedliche Bedarfslagen verbunden sind. Entsprechend müssen zielgruppenspezifische Konzepte entwickelt werden.
- **Kulturelle Differenzierung des Alters:** Da ältere Menschen mit Migrationshintergrund und Spätaussiedler zunehmend dauerhaft in Deutschland bleiben, verändert sich auch die kulturelle Zusammensetzung der Altenbevölkerung. Umso wichtiger ist es, die spezifischen Bedürfnisse dieser wachsenden Bevölkerungsgruppen in der Alten- und Sozialpolitik zu berücksichtigen.

³⁵ Frevel, Bernhard (Herausgabe2004), Herausforderungen demografischer Wandel. Wiesbaden, Seite 90

³⁶ Schulz-Nieswandt (2006), Sozialpolitik und Alter. Stuttgart, Seite 155 folgende

Tabelle 20



Welche Herausforderungen sich für die Stadtgesellschaft insgesamt stellen, machen die beiden Graphiken deutlich, die die extrem unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung von Kölnerinnen und Kölnern aufgeteilt nach ihrer Staatsangehörigkeit darstellen.

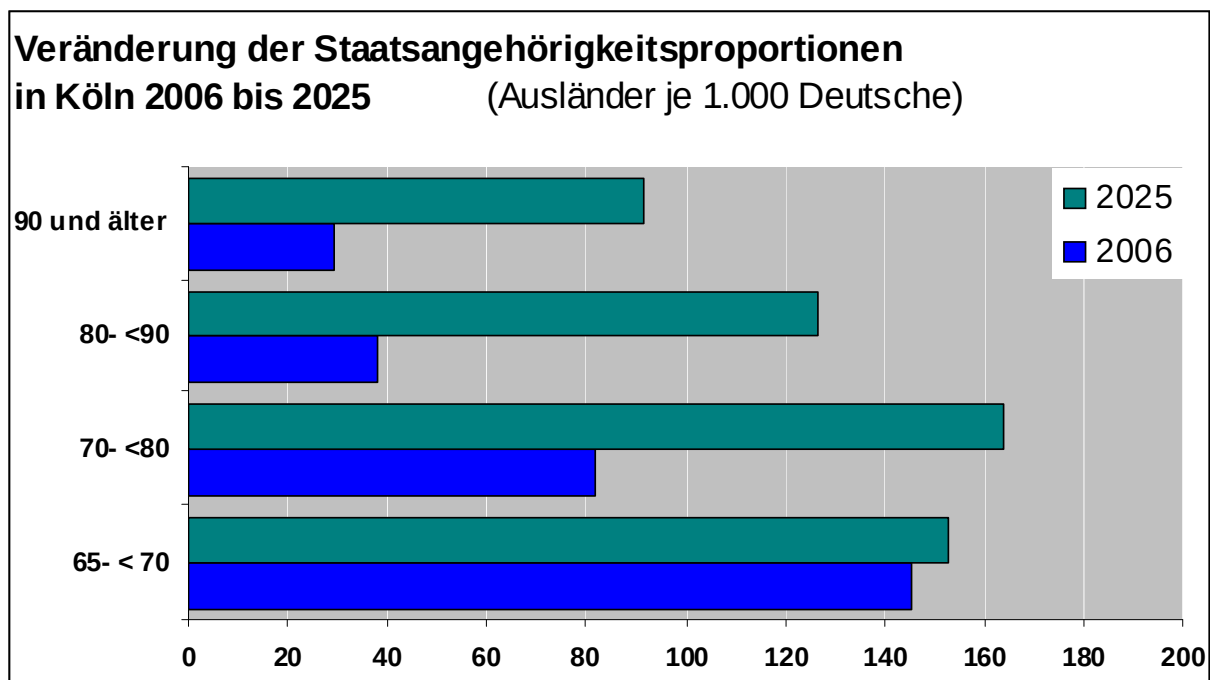


Tabelle 21

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik und Amt für Soziales und Senioren

- **Verjüngung des Alters:** Einzelne Altersphänomene treten in immer früheren Stadien des Lebenslaufes auf (zum Beispiel Berufsaustritt). Durch den ökonomischen und sozialen Wandel werden die Menschen immer früher alt „gemacht“, ohne dass diese kalendarisch alt sind oder sich selbst alt fühlen. Studien zufolge stufen sich Menschen heute etwa ab dem 75. Lebensjahr als „alt“ ein.

- **Singularisierung des Alters:** Immer mehr Menschen leben im Alter allein. Dies trifft bundesweit auf etwa 40 Prozent der Bevölkerung ab 65 Jahre zu, in Großstädten liegt der Anteil noch höher. Davon sind 85 Prozent Frauen. Ein Grund dafür ist die weiterhin höhere Sterbeziffer bei Männern. Zunehmend bestimmen aber auch älter werdende Singles (Ledige, Geschiedene beziehungsweise getrennt Lebende) den Trend zur Singularisierung des Alters, darunter überdurchschnittlich häufig Männer. Mit fast 50 Prozent bildet der Zweipersonenhaushalt (zumeist verheiratet) derzeit die wichtigste Wohnform im Alter. Der Mehrgenerationenhaushalt, das heißt das Zusammenleben mit den Kindern unter einem Dach, ist für ältere Menschen dagegen eher zur Ausnahme geworden. Neue Formen des Gemeinschaftswohnens finden sich bei älteren Menschen (noch) eher selten. Alleinleben bedeutet überdurchschnittlich häufig, auf die praktische Unterstützung durch Dritte angewiesen zu sein (Naeye/Reichert 1999).
- **Hochaltrigkeit:** Ein Leben jenseits des 80. Geburtstages gilt als herausragender Indikator für den Strukturwandel des Alters. Sozialpolitisch relevant ist hierbei die Tatsache, dass Krankheit, Hilfe- und Pflegebedürftigkeit vor allem in sehr hohem Alter auftreten. Mit der Hochaltrigkeit geht außerdem ein wachsender Bedarf an Unterstützung durch organisierte soziale Dienste einher. Das ist insofern von Bedeutung, da sonstige traditionelle, vor allem familiäre Unterstützungssysteme für diesen Personenkreis – demographisch wie sozial-strukturell bedingt – schwächer werden und oft nicht vergleichbar durch andere Hilfesysteme ausgeglichen werden können.
- **Feminisierung des Alters:** Das Bild vom Alter wird weitgehend von Frauen geprägt. Derzeit beträgt der Frauenanteil bei den 60jährigen und Älteren über 60 Prozent. Mit zunehmendem Alter wächst dieser Anteil noch weiter an.

Wie die Herausforderungen in ausgewählten Handlungsfeldern und die Antworten auf dem Hintergrund der beschriebenen demographischen und soziostrukturellen Veränderungen aussehen, soll nachfolgend untersucht werden.

Gesundheit

Ältere Menschen sind – auch dank des medizinischen Fortschritts – gesünder als alle vorherigen Generationen und legen Wert auf ihre Lebensqualität. Sie haben den Wunsch, möglichst lange selbständig und selbstbestimmt in der eigenen Umgebung zu leben und dabei am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Dennoch ist unumstritten, dass mit der Alterung der Gesellschaft zwangsläufig die gesundheitlichen Probleme zunehmen werden. Daher ist es angebracht, gerade älteren Menschen, als immer größer werdender Bevölkerungsgruppe, adäquate Angebote zu bieten und Gesundheitsförderung im Alter stärker auszubauen. Dabei ist auf eine genauere Unterteilung der Zielgruppe zu achten, das heißt dass die Maßnahmen auf die Bedürfnisse und eventuellen gesundheitlichen Einschränkungen der jeweiligen Zielgruppe ausgerichtet werden sollen.

Das bedeutet nicht, dass gesundheitsfördernde Maßnahmen den Alterungsprozess aufhalten können, altersbedingte Veränderungen, die zu einer höheren Krankheitsanfälligkeit im Alter führen, können jedoch günstig beeinflusst werden. Daher wurde im Gesundheitsamt Ende 2006 die erste Stelle "Gesundheitsförderung im Alter" eingerichtet.

Die somatischen Krankheiten älterer Menschen werden durch niedergelassene Ärzte/innen und in den Allgemeinkrankenhäusern behandelt. Der somatische Bereich der klinischen und ambulanten Versorgung wird bedarfsorientiert durch Krankenkassen und durch die kassenärztliche Vereinigung organisiert.

Liegt eine altersbedingte psychische Erkrankung vor, so leisten die Gerontopsychiatrische Zentren (GZP) die ambulante, medizinische und psychosoziale Versorgung, mit ihrem komplexen Hilfsangebot, bestehend aus einer Beratungsstelle, einer Fachambulanz und einer Tagesklinik. Alle Bereiche arbeiten sowohl mit den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten als auch mit den Einrichtungen und Diensten des Fachsystems stark vernetzt zusammen. Schnittstelle ist hier eine vom Amt für Soziales und Senioren finanzierte Beratungsstelle, die intensiv Aufklärung betreibt und für viele Angehörige und Betroffene wegweisende Funktionen erfüllt.

Der Sozialpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamtes versorgt den Personenkreis der älteren psychisch kranken Menschen im Rahmen seiner Beratung und Krisenintervention. Er arbeitet einzelfallbezogen sowohl mit dem allgemeinen Altenhilfesystem und hier insbesondere den Seniorenberatern und Pflegediensten als auch mit dem gerontopsychiatrischen Versorgungssystem zusammen.

Pflege

Auch wenn die Risiken, krank und pflegebedürftig zu werden, mit fortschreitendem Alter ansteigen, darf Alter nicht zwangsläufig mit Krankheit und Pflegebedürftigkeit assoziiert werden. Das Krankheitsbild Älterer ist durch Multimorbidität, das heißt das gleichzeitige Bestehen mehrerer Krankheiten bei einer einzelnen Person, sowie durch Chronifizierung von Akuterkrankungen gekennzeichnet. Bundesweit leiden über 50 Prozent der Menschen im Alter von über 60 Jahren unter chronischen Krankheiten. Vor allem im sehr hohen Alter kommen zusätzlich vermehrt Demenzerkrankungen hinzu. Schätzungen gehen derzeit von 800.000 bis 1,2 Millionen demenziell erkrankten älteren Menschen aus.

Pflegebedürftigkeit im Alter ist oft eine Folge chronischer Erkrankungen und Multimorbidität und ist häufig an Hochaltrigkeit gebunden. Daraus resultiert unter anderem, dass in den Alten- und Pflegeheimen fast ausschließlich auch nur sehr alte Menschen wohnen. Aufgrund der zu erwartenden steigenden Anzahl alter Menschen ist mit einer kontinuierlichen Zunahme von Demenzerkrankungen und Alterspflegebedürftigkeit zu rechnen. Bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen in der Gesundheitspolitik wird bis zum Jahr 2040 eine Zunahme der zu Hause versorgten Pflegebedürftigen um zirka 45 Prozent und der in Heimen lebenden Pflegebedürftigen um etwa 80 Prozent prognostiziert (vergleiche Deutscher Bundestag 2002).

Den Kommunen obliegt die Verantwortung für die Vorhaltung bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen. Im Rahmen der Weiterentwicklung der ambulanten und stationären Angebote für pflegebedürftige Menschen ist es zielgerechter, einen überschaubaren Zeitraum zu wählen. Die Fachverwaltung hat entschieden, für diese Planungen die Bevölkerungsprognose 2015 zu Grunde zu legen. Von rund 20.400 pflegebedürftigen Menschen im Dezember 2005, die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz erhalten, führt der demographische Wandel im Jahr 2015 zu einem Anstieg auf rund 23.800 pflegebedürftige Menschen.

Köln verfügt inzwischen über ein differenziertes Angebot für pflegebedürftige Menschen, sowohl in der eigenen Wohnung, als auch für den Fall eines Umzugs in eine stationäre Einrichtung. Einem möglichen Mehrbedarf an stationären Plätzen steht bereits heute eine Vielzahl an Neubauprojekten gegenüber, die die rein rechnerische Prognose bis zum Jahr 2015 abdecken.

Wichtiger noch als der stationäre Bereich ist der Ausbau der ambulanten Versorgungsangebote. Ambulante Dienstleistungen, die den Verbleib in der eigenen Wohnung ermöglichen, entsprechen in der Regel dem Wunsch der älteren Menschen und dem gesetzlichen Grundsatz ambulanter Hilfen vor Einzug in eine stationäre Einrichtung.

Für den ambulanten Bereich werden aktuell folgende Entwicklungsnotwendigkeiten gesehen:

- Verbesserung der Informations- und Beratungsarbeit für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen
- Ausbau der haushaltsnahen Dienste für Senioren und der Entlastungsangebote pflegender Angehöriger
- Überprüfung der Angebots- und Selbsthilfestrukturen im Veedel
- Ausbau ambulanter Wohnprojekte für pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderung

Bei der Planung bedarfsgerechter Hilfeangebote für Pflegebedürftige und zur Unterstützung der Pflegepersonen sind die Abstimmung mit den angrenzenden Angeboten aus dem Gesundheitswesen, zu denen die Bereiche Prävention und Rehabilitation gehören, und der offenen Altenhilfe entscheidend. Pflegeplanung muss daher grundsätzlich über die ambulanten, teil- und vollstationären Pflegeangebote hinausgehen. Nur auf die dargestellte Weise lassen sich auf die jeweils individuellen Bedarfssituationen bezogene Pflegearrangements in die Planungsüberlegungen einbeziehen. Kommunale Pflegeplanung ist somit auch immer ein Baustein der Seniorenplanung.

Mithilfe dieses Zusammenspiels ist die Entstehung einer vernetzten und aufeinander abgestimmten Beratungsstruktur, die Verzahnung professioneller, familialer und ehrenamtlicher Pflegestrukturen sowie eine Verbindung von Bereichen der Pflege und der Gesundheitsversorgung mit weiteren Bereichen der Sozialversorgung in der Kommune möglich³⁷.

Wohnen

Die Wohnung und das Wohnumfeld gewinnen mit zunehmendem Alter immer mehr an Bedeutung. Die weitaus meiste Zeit wird im höheren Alter in den eigenen vier Wänden verbracht. Vor diesem Hintergrund eröffnen die konkreten Wohnbedingungen oftmals die Chance auf ein selbstständiges Leben, auch mit schweren körperlichen Einschränkungen. Der individuelle Wohnbereich wird daher zukünftig noch an Bedeutung gewinnen. Zugleich werden sich die Wohnbedürfnisse älterer Menschen wandeln (zum Beispiel barrierefreie Wohnung und Wohnumfeld, schnelle und gute Erreichbarkeit von Dienstleistungen für den täglichen Bedarf).

³⁷ Vergleiche MAGS NRW (2007): Kommunale Pflegeplanung – Empfehlungen zur praktischen Umsetzung

Vor dem Hintergrund sich verändernder Wohn- und Lebensformen ist insbesondere die wachsende Zahl alleinlebender älterer Menschen von Interesse. Alterstypisch gewandelte Wohnbedürfnisse stehen vielerorts in keinem geeigneten Verhältnis zu gewachsenen, in weiten Teilen nicht „altersgerechten“ Wohn- und Siedlungsstrukturen.

Folgende wohnungspolitische Grundbedürfnisse älterer Menschen sind zu nennen:

- die Sicherstellung von Hilfe- und Betreuungsmöglichkeiten
- die Funktionsgerechtigkeit, die Sicherheit und der Schutz innerhalb der Wohnung und im häuslichen/städtischen Wohnumfeld
- der Erhalt von Eigenständigkeit
- der Erhalt von Selbstbestimmung
- der Erhalt von Kontinuität im täglichen Ablauf
- der Erhalt vorhandener Kommunikations- und Kontaktmöglichkeiten
- die Bezahlbarkeit des altersgerechten Wohnraumes

Im Hinblick auf künftige wohnungs- und städtebaupolitische Erfordernisse im Wohnumfeld werden insbesondere folgende „demographiesensible“ Bereiche an Bedeutung gewinnen:

- Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen wie zum Beispiel Einkaufsmöglichkeiten, Arztpraxen, Apotheken, ÖPNV-Anbindung
- Verbundenheit mit dem und soziale Integration im Stadtteil
- Zustand des unmittelbaren Wohnumfeldes

Aufgrund der wachsenden Differenzierung von Lebens- und Bedarfslagen älterer Menschen können keine Standardaussagen über die Art und den Umfang des künftig gewünschten und erforderlichen Wohnens abgeleitet werden. Deshalb können in diesem Themenfeld keine allgemeingültigen Bemessungsgrundlagen und Handlungskonzepte vorgegeben werden.

Grundsätzlich ist jedoch festzuhalten: Die Alterung der Bevölkerung führt dazu, dass das Nachfragepotential für altengerechte Wohnformen stetig steigen wird. In verstärktem Maße werden Wohnungen nachgefragt werden, die Basisqualitäten wie Barrierefreiheit und eine altersgerechte Ausstattung (unter anderem schwellenfreie Zugänge, Aufzug und Notrufanlage) durchgängig aufweisen. Zusätzlich aber wird der Bedarf an Wohnungen steigen, die sich dem Wunsch nach einer neuen Wohnform anpassen, die zwischen klassischer Heimunterbringung und dem selbständigen Wohnen vermittelt³⁸. Mit dieser neuen Wohnform eröffnet sich die Möglichkeit einer intensiven ambulanten Pflege im häuslichen Rahmen.

³⁸ ILS NRW (2007), Demographischer Wandel in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf, Seite 124 (ILS NRW Schriften 203)

Teilhabe

Ein Grundsatz der Kölner Seniorenpolitik war es in der Vergangenheit und ist es noch heute, älteren Menschen die Möglichkeit zu geben, am gesellschaftlichen Leben und an der politischen Entwicklung in der Stadt teilzuhaben. Dieser Aspekt gewinnt unter Berücksichtigung der steigenden Zahl der älteren Menschen in Köln immer mehr an Bedeutung.

In Bezug auf die politische Teilhabe wurde diesem Grundsatz mit Einführung der Seniorenvertretung in Köln im Jahr 1978 entsprochen. Per Direktwahl wurden 45 Kölner Bürgerinnen und Bürger von der Bevölkerungsgruppe der über 65jährigen gewählt. Zu diesem Zeitpunkt war es sehr wichtig, Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte für ältere Menschen bei kommunalen Willensbildungsprozessen anzubieten, da die prägenden Lebensabschnitte der Zielgruppe in der Zeit des Nationalsozialismus lagen. Seit 1991 wird der Entwicklung Rechnung getragen, dass immer mehr ausländische Seniorinnen und Senioren nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehrten, sondern ihren Lebensabend in Köln verbrachten. Aus diesem Grund waren in diesem Jahr bei der Wahl der Seniorenvertretung auch erstmalig ältere Migrantinnen und Migranten wahlberechtigt und wählbar. Um diesen Integrations- und Mitwirkungsprozess noch weiter zu fördern, erfolgte 1996 eine Änderung der Wahlordnung, wonach die bezirklich gewählte Seniorenvertretung um ein Mitglied mit ausländischer Staatsangehörigkeit erweitert wurde, wenn unter den im Bezirk gewählten Seniorenvertretern/innen kein/e Bewerber/in mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist, in diesem Wahlkreis (Stadtbezirk) aber mindestens zwei ausländische Staatsangehörige kandidiert haben. Aktuell besteht die Kölner Seniorenvertretung aus 48 Mitgliedern, davon insgesamt drei ausländische Seniorenvertreter in den Bezirken Ehrenfeld, Kalk und Mülheim.

Für die Zukunft ist geplant, die Seniorenvertretung weiter zu stärken und durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit den Anteil der älteren Migrantinnen und Migranten in der Seniorenvertretung zu erhöhen.

Eine weitere Teilhabemöglichkeit wird den älteren Menschen durch die Mitarbeit in den Kölner SeniorenNetzwerken geboten. SeniorenNetzwerke sind für die Kölner Stadtteile konzipiert. Grundsätzlich wird durch den Einsatz einer hauptamtlichen Koordination den sich im Stadtteil befindlichen Senioren/innen das Wissen und die Voraussetzungen vermittelt, um selbstorganisiert und selbstbestimmt etwas für sich oder andere zu machen. Durch dieses gemeinsame Handeln können gesellschaftliche Prozesse mitbestimmt und beeinflusst werden.

Mit Stand Ende 2008 waren in 34 Kölner Stadtteilen SeniorenNetzwerke eingerichtet. Bis zum Jahr 2025 ist durch Anwendung des SeniorenNetzwerk-Konzeptes und der darin enthaltenen Vorgabe für die Verselbständigung einzelner Netzwerke vorgesehen, dass in allen 86 Kölner Stadtteilen SeniorenNetzwerke eingerichtet wurden.

Armut

Eine detaillierte Betrachtung der Einkommenssituation der über 65jährigen zeigt bedeutsame Differenzierungen mit Blick auf die Armut. Besonders betroffen sind demnach die über 85jährigen, Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sowie

Ledige und Geschiedene. Darüber hinaus sind Frauen bei der bedarfsorientierten Grundsicherung überrepräsentiert.

Die Altersarmut wird in den nächsten Dekaden deutlich zunehmen, da am unteren Ende der Einkommensskala die jüngsten Kürzungen des sozialen Sicherungsniveaus sowie der wachsende Niedriglohnsektor unmittelbar Altersarmut erzeugen. Ihr Anteil wird vom Sozialverband Deutschland auf zirka 30 Prozent der über 65jährigen im Jahr 2030 prognostiziert, was dem zwei- bis dreifachen des heutigen Anteils entsprechen würde.

So geht auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung mit Blick auf die heute jüngeren Kohorten davon aus, dass diese hinsichtlich ihrer Beitragsjahre deutlich hinter den Vorgängerjahrgängen zurückbleiben werden und viele heute schon Sicherungslücken aufweisen, die kaum zu schließen sind.

Aus den Ergebnissen der Arbeitsmarktforschung kann zudem gefolgert werden, dass zukünftig Altersarmut und Alterswohlstand deutlich polarisiert sein werden. Ein Grund: Personen mit höherem Bildungsniveau zahlen höhere Beiträge in die Rentenversicherung ein und sorgen privat vor, sind länger erwerbstätig und gehen seltener aus dem SGB III-Bezug in die Altersrente über.

Am oberen Ende der Einkommens- und Vermögensskala werden die Verschlechterungen des Sicherungsniveaus und die stagnierenden Reallöhne kaum bemerkt werden. Aufgrund einer besseren Ausgangsposition bei den Einkommen und Vermögen ist dort auch zukünftig keine Altersarmut zu erwarten.

Wenn für Köln von einem Anstieg der Zahl der Menschen, die 65 Jahre und älter sind, von einem Anteil von 17,4 Prozent in 2006 auf 20,7 Prozent in 2035 ausgegangen werden kann, so wird auch hier der Anteil der von Einkommensarmut im Alter betroffenen Menschen steigen. Im Vergleich zum Bund wird diese Steigerung jedoch verhältnismäßig moderat ausfallen. Dennoch resultiert hieraus eine höhere Belastung für die Kommune. So steigt zum einen das finanzielle Volumen für Unterstützungsleistungen und zum anderen das personelle Volumen wegen erhöhter Fallzahlen. Die kommunale Sozialpolitik ist also nicht zuletzt deswegen gefordert.

Dennoch ist Altersarmut mehr als nur Einkommensarmut im Alter. Altersarmut beinhaltet auch subjektive und objektive Einschränkungen in Gesundheit, Bildung, Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Somit ist Altersarmut multidimensional zu erfassen, das heißt es sind auch Aspekte zu berücksichtigen, die sich nicht fiskalisch zu erfassen sind, für die aber sehr wohl Armutsgrenzen festgelegt und Unterversorgungstatbestände konstatiert werden können.

Die Kommune ist in ihrer Einflussnahme hierbei nicht nur auf präventive Maßnahmen der allgemeinen Sozialpolitik beschränkt³⁹. Sie kann Armutsprävention vor allem auch in der Stadtentwicklung, dem sozialen Wohnungsbau, der Gestaltung des öffentlichen Raums und durch präventive Aktivierung betreiben, zum Beispiel durch die Förderung von Seniorennetzwerken und Formen des generationsübergreifenden Zusammenlebens. Damit wird der Gefahr mangelnder Netzwerkressourcen frühzeitig entgegengewirkt. Gleichwohl sollte der Fokus auf lebenslanges Lernen und auf die Erwerbstätigkeit (insbesondere) älterer Menschen gelegt werden, da ein höheres

³⁹ Schönig, Werner (2008), Altersarmut als kommunales Handlungsfeld. (unveröffentlichtes Manuskript)

Beschäftigungsniveau in quantitativer und qualitativer Hinsicht eine wesentliche Ursache von Altersarmut entschärft.

3.5 Wohnen

Wohnungspolitische Ziel der Stadt Köln

Die grundsätzliche Ausrichtung der stadtkölnischen Wohnungspolitik wird erkennbar unter anderem in den vom Rat beschlossenen **Leitlinien für ein soziales Köln**⁴⁰

„Köln als soziale Stadt zeichnet sich auch dadurch aus, dass die Bevölkerung mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum versorgt wird. Diese Forderung stellt sich heute und auch in der Zukunft. Dazu gehören ein ausreichendes Flächenangebot für den Bau von attraktiven und nachfragegerechten Wohnungen und Häusern sowie ein ausreichendes Angebot an preiswertem Wohnraum insbesondere für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Es ist eine innovative Wohnungspolitik gefordert, die die allgemeinen demographischen Veränderungen ebenso berücksichtigt wie die für Köln charakteristischen Zu- und Abwanderungen. Eine besondere Bedeutung kommt den Wohnformen spezieller Nachfragegruppen zu wie zum Beispiel dem Mehrgenerationenwohnen oder dem integrierten Wohnen von Behinderten und Nichtbehinderten.“

sowie in den Beiträgen zum **Leitbild Köln 2020**⁴¹, in dem formuliert wurde:

„Köln ist eine familienfreundliche und soziale Stadt. Dies betrifft unter anderem den vorhandenen Wohnraum, die gesamte Stadtgestaltung, das soziale Engagement für seine Bürger und die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf.“

„Die Stadt hat die Zielsetzung, Köln zu einer sozialen Stadt zu gestalten, die Wohnraumangebote in ausreichendem Maße hat, ein Abwandern von Familien verhindert und sozialräumliche Segregation mindert.“

Insbesondere im **Handlungskonzept des Wohnungsgesamtplans 2004**⁴² wurde die demographische Entwicklung bereits thematisiert und bei der allgemeinen Formulierung der wohnungspolitischen Ziele aufgegriffen. Hier steht die nachfragegerechte Optimierung des Wohnungsangebotes hinsichtlich vielfältiger Formen, Standards und Lagen in der Stadt im Vordergrund, unter besonderer Berücksichtigung familien- und kinderfreundlichen sowie seniorengerechten Wohnens.

Der Änderung der Bevölkerungsstruktur wurde bei der Neuausrichtung des städtischen **Wohnungsbauprogramms**⁴³ Rechnung getragen, indem dort unter anderem Wohnformen spezieller Nachfragegruppen, Wohnen im Generationenverbund und Wohnen mit Dienstleistungen bereits berücksichtigt worden sind.

⁴⁰ Beschluss des Rates vom 25.09.2008

⁴¹ www.stadt-koeln.de/stadtinitiativ/leitbild/index.html

⁴² Beschluss des Rates vom 20.07.2004

⁴³ Beschluss des Rates vom 29.01.2008

Identifikation von Zielgruppen der Wohnungspolitik und ihre demographische Entwicklung

Bestimmend für den Wohnungsbedarf ist die demographische Entwicklung. Auf dem Wohnungsmarkt ist dabei die zu erwartende Zahl der Haushalte und ihre sozialstrukturelle Zusammensetzung die maßgebliche Größe. Nach der aktuellen Einwohner- und Haushalteprognose des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik wird die Zahl der Kölner Haushalte - und damit die Nachfrage nach Wohnungen - weiter steigen (Tabelle 22). Erwartet wird, dass die Zahl der Haushalte bis 2025 um 10.000 von 532.500 im Jahr 2007 auf 542.300 ansteigen und bis zum Ende der Prognose im Jahr 2035 nur geringfügig um 300 auf 542.000 zurückgehen wird. Der Prozess der Haushaltsverkleinerung wird sich weiter fortsetzen, jedoch in abgemilderter Form. Die durchschnittliche Zahl der Personen je Haushalt sinkt weiter, von 1,88 im Jahr 2007 auf 1,86 im Jahr 2025 beziehungsweise 1,85 im Jahr 2035.

Die Zahl der kleinen Haushalte wird weiter zunehmen, während die Zahl der Haushalte mit drei oder mehr Mitgliedern abnehmen wird. Im Vergleich zu 2007 wird die Anzahl der Haushalte mit drei oder mehr Personen bis 2035 sinken (-7.300). Weiter steigen wird hingegen die Zahl der kleinen Haushalte mit einer oder zwei Personen (+17.000). Den größten Zugewinn werden dabei die Zweipersonenhaushalte mit 13.700 erfahren. Wesentliche Ursache hierfür ist die steigende Zahl von Personen in der Altersgruppe der über 64jährigen, die als Paar zusammenleben (ein Zuwachs gegenüber 2007 von 94.100 um 23.300 auf 117.400).

Tabelle 22 Entwicklung der Haushalte 2005 bis 2035

Entwicklung der Haushalte 2005 bis 2035

Jahr	Haushalte insgesamt	Zahl der Personen im Haushalt					Personen je Haushalt	
		1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 und mehr Personen		
	absolut							
	2005	528.823	263.176	143.491	63.333	41.352	17.471	1,89
	2007	532.513	268.433	143.769	60.752	41.335	18.224	1,88
	2025	542.300	273.400	153.700	58.800	39.000	17.300	1,86
	2035	542.000	271.700	157.400	57.800	38.200	17.000	1,85
	in %							
	2005	100	49,8	27,1	12,0	7,8	3,3	.
	2007	100	50,4	27,0	11,4	7,8	3,4	.
	2025	100	50,4	28,3	10,8	7,2	3,2	.
	2035	100	50,1	29,0	10,7	7,0	3,1	.
	Entwicklung (2005 = 100)							
	2005	100	100	100	100	100	100	100
	2007	100,7	102,0	100,2	95,9	100,0	104,3	99,5
	2025	102,5	103,9	107,1	92,9	94,3	99,1	98,2
2035	102,5	103,2	109,7	91,3	92,3	97,2	98,0	
* Prognoseergebnisse für 2025 und 2035 sind auf volle Hundert gerundet								

* Prognoseergebnisse für 2025 und 2035 sind auf volle Hundert gerundet

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem

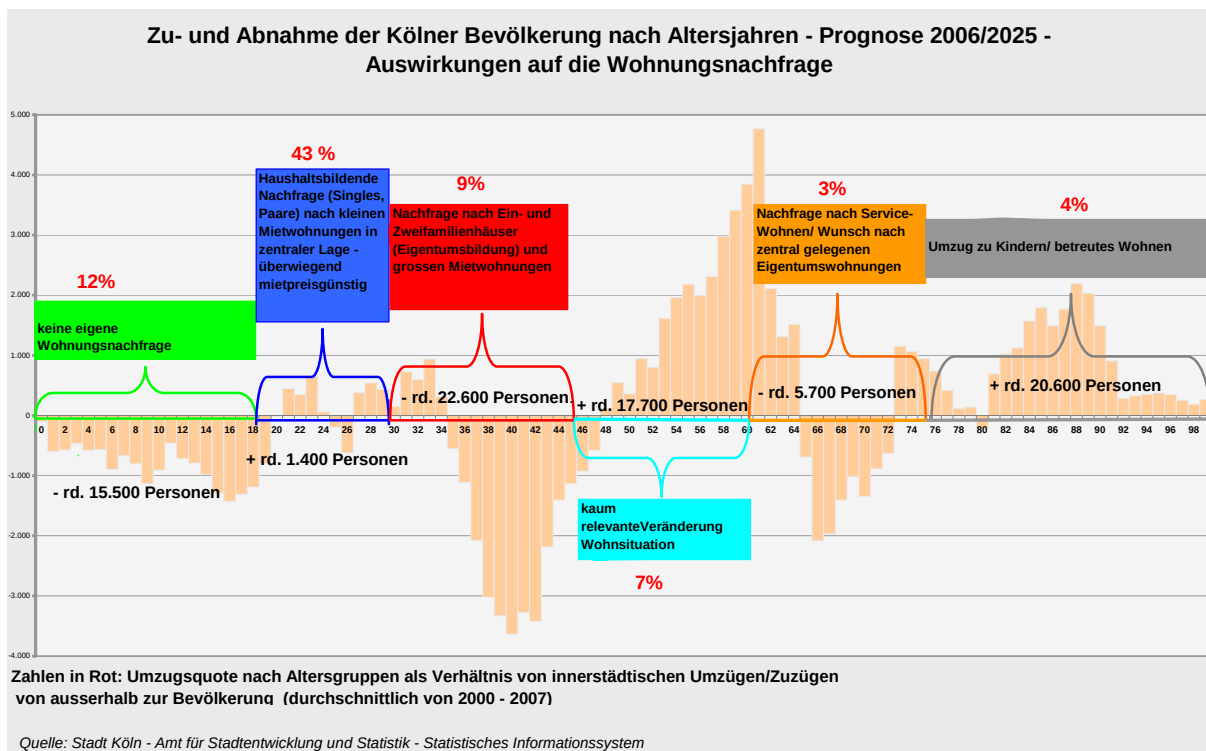
Die Zahl der in Einpersonenhaushalten lebenden Kölnerinnen und Kölner wird von 2007 bis 2025 um 5.000 von 268.400 auf 273.400 steigen und bis zum Jahr 2035 auf 271.700 zurückgehen. Dies bedeutet immer noch einen Zuwachs von 3.300 Einpersonenhaushalten gegenüber 2007. Das deutliche Plus bei den Alleinlebenden in den nächsten Jahren ergibt sich in der Hauptsache aus der positiven Bevölkerungsentwicklung durch Gewinne bei den Zuzügen - überwiegend von Einpersonenhaushalten.

In 97.800, das heißt in nur noch 37 Prozent der insgesamt 264.800 Mehrpersonenhaushalte im Jahr 2007, leben Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Dieser Haushaltstyp wird aufgrund niedriger Geburtenzahlen bis zum Endjahr der Prognose weiter kontinuierlich abnehmen. Im Jahr 2035 werden nur noch in 88.200, das heißt in knapp einem Drittel (32,6 %) der Mehrpersonenhaushalte, Kinder und Jugendliche leben.

Die künftige Struktur der Kölner Einwohnerentwicklung und ihre Veränderung bis 2025 sind aus der Verteilung der Bevölkerung nach Altersgruppen erkennbar. Das nachfolgende Schaubild (Abbildung 13) verdeutlicht die Veränderungen der Kölner

Altersstruktur im Detail für den zukünftigen Wohnungsbedarf. Für jeden Altersjahrgang sind die Unterschiede des Prognoseergebnisses im Jahr 2025 zum Prognosestart 2006 abgebildet. Hieraus ist erkennbar, wie sich der wohnungsmarktrelevante Bedarf beziehungsweise die Nachfrage einzelner Gruppen verändern wird und welche Konsequenzen sich für den Wohnungsmarkt ergeben können.

Abbildung 13 Zu- und Abnahme der Kölner Bevölkerung nach Altersjahren - Auswirkungen auf die Wohnungsnachfrage



- Die hochmobile Gruppe der 18- bis 30jährigen wird um rund 1.400 Personen zunehmen. Diese Gruppe hat das Bedürfnis zur eigenen Haushaltsgründung. Hauptsächlich in dieser Altersgruppe sind Wanderungsgewinne zu verzeichnen. Sie betreffen die Gruppe der jungen Erwachsenen, die ins Berufsleben eintreten beziehungsweise aufgrund ihres Ausbildungs- oder Studienplatzes nach Köln kommen. Der Zuwachs wird auf dem lokalen Wohnungsmarkt einen zusätzlichen Bedarf nach sich ziehen. Entsprechend der in dieser Lebensphase weniger ausgeprägten ökonomischen Leistungsfähigkeit wird sich die Nachfrage dieser Gruppe vermutlich auf preisgünstigen Wohnraum (zum Beispiel studentisches Wohnen) ausrichten.
- Erkennbar sind starke Rückgänge der familienrelevanten Jahrgänge von 30 bis 45 Jahren, die im Zusammenhang mit der Abnahme bei Kindern und Jugendlichen zu sehen ist. Diese Gruppe stellt im Wesentlichen das Potenzial der Nachfrage nach Wohneigentum (Haus oder größere Wohnung) dar. Haushalte mit Kindern suchen für diesen Familienabschnitt ein kindergerechtes Wohnumfeld und bezahlbare, ausreichend große Wohnungen. Diese Gruppe wird von 2006 bis 2025 um rund 22.500 Personen abnehmen. Aus der Abnahme dieser Gruppe ergibt sich eine nachlassende Nachfrage, wobei hierfür zusätzlich das Preisniveau, die Kaufkraft und Ausweichmöglichkeiten auf andere Wohnungsmärkte bedeutsam sind.

- Die heute am stärksten besetzte Altersgruppe der 35- bis 45jährigen wächst in die 50er und 60er hinein, was zu einem Zuwachs um rund 17.700 Personen in der Altersgruppe der 45- bis 60jährigen 2025 führen wird. Der Haushaltsbildungsprozess ist für diese Gruppe weitgehend abgeschlossen. Mit einer Umzugsrate von Sieben Prozent wird eine Veränderung der Wohnsituation nur in geringem Umfang vorgenommen.
- In der Altersgruppe der 60- bis 75jährigen werden die Jahrgänge bis 65 zunehmen, für die dann folgenden Jahrgänge wird ein Rückgang erwartet. Insgesamt wird diese Altersgruppe um rund 5.700 Personen abnehmen. Die Umzugsbereitschaft in diesem Alter ist mit rund Drei Prozent relativ gering. Die Absicht umzuziehen ist hier häufig mit einer Nachfrage nach Wohnen mit Service-Einrichtungen verbunden.
- Zu erwarten ist eine erhebliche Zunahme bei der Altersgruppe ab 80 Jahre durch das Hineinaltern immer stärkerer Jahrgänge bei anhaltend hoher Lebenserwartung. Prognostiziert wird ein Zuwachs um über 20.600 Personen. In diesem Alter werden Formen des betreuten Wohnens und der Pflege immer wichtiger.

Demographische Trends in der Stadtregion

Köln gewinnt durch Zuzüge aus dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland und verliert im Gegenzug Einwohner an das Umland. Nahezu drei Viertel der Zuzügler, die als Fernwanderungen in Erscheinung treten, sind in der Altersgruppe der 18- bis 24- beziehungsweise der 25- bis 34jährigen vertreten. Die starke Besetzung der unteren Altersgruppe lässt sich ausbildungs- und berufsbedingt erklären.

Die Stadt-Umland-Wanderung weist dagegen für Köln seit vielen Jahren einen negativen Saldo auf. Sie hat sich zwar in den letzten Jahren abgeschwächt, ist jedoch im Jahr 2007 wieder auf rund 3.900 Personen angestiegen (Tabelle 23). Die Abwanderung wird im wesentlichen von den familienrelevanten Jahrgängen zwischen 25 und 44 Jahren bestimmt.

Tabelle 23 Kölner Wanderungsbilanz mit der Wohnungsmarktregion

Kölner Wanderungsbilanz mit der Wohnungsmarktregion nach Alter seit 1996								
Jahr	Insgesamt	Alter (von ... bis unter ... Jahre)						
		0 - 18	18 - 25	25 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 65	65 u. älter
1996 - 2000*	-5.221	-1.701	558	-93	-2.144	-783	-563	-495
2001 - 2005*	-3.409	-1.300	913	213	-1.601	-747	-459	-428
2003	-3.498	-1.259	799	63	-1.690	-678	-293	-440
2004	-2.960	-1.435	1.348	483	-1.534	-852	-491	-479
2005	-2.890	-1.147	974	386	-1.253	-752	-583	-515
2006	-2.427	-1.008	1.001	404	-1.297	-599	-447	-481
2007	-3.878	-1.129	923	125	-1.584	-1.092	-594	-527
* Jahresdurchschnittswerte								
Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik - Statistisches Informationssystem								

Eine von der Stadt Köln in Auftrag gegebene aktuelle Untersuchung zu Wanderungsmotiven von aus Köln Fortgezogenen, nach Köln Zugezogenen und in Köln Umgezogenen hat bestätigt, dass die Abwanderung in die Wohnungsmarktregion von den familienrelevanten Jahrgängen zwischen 25 und 44 Jahren bestimmt wird. Diese Haushalte haben im Wohnungsgesamtplan als strategische Zielgruppe einen besonderen Stellenwert. Dem überproportionalen Fortzug von Haushalten mit Kindern sollte gegengesteuert werden.

Fortgezogene in die Wohnungsmarktregion begründen ihre Entscheidung primär mit Miet- und Immobilienpreisen in Köln und dem Wohnungsangebot am neuen Standort. Von Bedeutung sind weiterhin das soziale Umfeld und die Wohnlage. Hatten vor dem Fortzug rund Zwölf Prozent Wohneigentum, stieg die Eigentumsquote danach auf über 50 Prozent.

Erste Aussagen zu den Folgen des demographischen Wandels für die urbane Funktion „Wohnen“ und zu Handlungsbedarfen

Die zukünftigen demographischen Entwicklungstrends sind für Köln positiv. Es ist zu erwarten, dass der Wohnungsbedarf weiterhin bestehen wird wegen der Zunahme der Haushalte bei ansteigender Bevölkerungszahl. Grundsätzliches Ziel muss es deswegen weiterhin sein, ein ausreichendes Angebot an Wohnungen – als Mietwohnung und als Wohneigentum – bereitzustellen.

Der demographische und der gesellschaftliche Wandel führen zu einer stärkeren Ausdifferenzierung der Nachfrage und der nachgefragten Wohnformen. Aufgrund der absehbaren demographischen Entwicklung wird die Zahl der Haushalte mit Kindern abnehmen. Diese Entwicklung ist unter mehreren Aspekten zu werten:

- Angesichts zu erwartender rückläufiger Nachfrage nach Einfamilienhäusern wird die Nachfrage nach Neubauangeboten im Einfamilienfamilienhausbereich abnehmen. Gleichzeitig treten Neubauangebote in Konkurrenz zu Einfamilien-

hausgebierten der sechziger und siebziger Jahre, da die Jahrgänge der um 1940 geborenen Personen zunehmend in die Phase der Haushaltsauflösung treten. Der Geschoßwohnungsneubau wird daher in Köln einen noch höheren Stellenwert erhalten⁴⁴.

- Familien mit Kindern finden - trotz zahlenmäßigen Rückgangs - am Kölner Wohnungsmarkt häufig nicht oder in nicht ausreichendem Maße den gewünschten Wohnraum. Die Wanderungsmotivbefragung hat gezeigt, dass Familien die spezifischen Standortqualitäten Kölns zwar zu schätzen wissen, jedoch wegen des Wunsches nach Eigentum oder nach mehr Wohnfläche in das Umland ziehen. Ein umfangreicheres Angebot an größeren preiswerten Wohnungen in gefragten Kölner Stadtteilen könnte dazu führen, einen Teil der Fortziehenden in Köln zu halten und damit auch die Stadt-Umlandwanderung abzuschwächen. Neben familienorientierten Wohnformen, ausreichend Grünflächen und verkehrsberuhigte Zonen ist ein Augenmerk auf die notwendige soziale Infrastruktur zu richten. Ein ausreichendes Angebot an Kindergärten, Schulen und Spielplätzen ist in besonders von Familien bevorzugten Wohngebieten zu erhalten oder zu schaffen.

Die für Köln zu erwartende unterschiedliche Besetzung der alten Altersjahrgänge ist eine weitere Herausforderung auf dem Wohnungsmarkt. Bereits im Wohnungsgesamtplan 2004 wurde dem Service-Wohnen eine zunehmende Bedeutung zugewiesen. Hierbei wird das Wohnen in den „eigenen vier Wänden“ kombiniert mit professioneller Serviceleistung (bis hin zur Pflege), die entweder vor Ort (das heißt innerhalb des Wohnprojektes) bereitgestellt oder durch externe Dienste erbracht wird. In Kooperation mit der Wohnungswirtschaft sind im Wohnungsbauprogramm insbesondere folgende Varianten des Service-Wohnens zu projektieren. Dazu gehören unter anderem

- selbstorganisierte Gruppenwohnprojekte,
- Wohnprojekte mit flankierenden Service-Angeboten,
- Wohnprojekte mit integrierten Service-Angeboten,
- Wohnprojekte im Pflegeheimverbund.

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird die Nachfrage nach unterschiedlichen Angeboten für das Wohnen im Alter in der Wohnungspolitik weiterhin bestehen oder auch deutlich zunehmen. Auch die Gruppe älterer Menschen ist durch eine größere Vielfalt an Lebensformen geprägt. Durch Verlängerung der Lebensphase nach der Erwerbstätigkeit und unterschiedliche Wohlstandsniveaus haben sich innerhalb der Seniorinnen und Senioren eine Vielzahl von Lebenslagen und -stilgruppen gebildet. Somit sind vielfältige Formen des Wohnens im Alter zu schaffen.

Nach der Verteilung der Altersgruppen bis zum Jahr 2025 wird zwar die Zahl der Personen, die Service-Wohnen nachfragen (Altersgruppe 60 bis 75 Jahre) leicht abnehmen; dagegen wird wegen des starken Anstiegs der Gruppe der über 75jährigen der Bedarf an betreutem Wohnen oder häuslicher Pflege deutlich zunehmen.

⁴⁴ Mit der Fortschreibung des Wohnungsgesamtplans werden die Mengenziele für den Wohnungsbau überprüft.

Vor allem die Barrierefreiheit entspricht in besonderem Maße den Anforderungen, die aus dem demographischen Wandel für die Wohnraumversorgung erwachsen. Aufgrund der aktuellen Landesbauordnung und der Wohnraumförderbestimmungen⁴⁵ ist ein nicht unerheblicher Anteil der neugeschaffenen Wohnungen in den letzten Jahren bereits alten- und behindertengerecht gestaltet worden. Der weitaus überwiegende Teil des Wohnungsbestandes mit rund 530.000 Wohnungen in Köln stammt jedoch aus dem Fertigstellungszeitraum vor 2000 und entspricht hinsichtlich Alten- und Behindertenfreundlichkeit häufig nicht den gewünschten Standards. Die Ertüchtigung dieses Wohnungsbestandes wird bei einer „bunter“ und älter werdenden Gesellschaft eine der großen Herausforderungen der Zukunft werden. Die gleichen Ziele wie für den Neubau sind im Wohnungsbestand durch Anpassung der Wohnungen an grundlegende oder auch individuelle Bedürfnisse ihrer Bewohner zu verfolgen.

Ältere Menschen sind in der Regel an urbanen und integrierten Wohnlagen interessiert. Vornehmlich an solchen Standorten sind Angebote zu schaffen. Die räumliche Verteilung der Altersentwicklung muss da berücksichtigt werden, wo es „alte“ und „alt werdende“ Stadtteile gibt. Dort müssen entsprechende Wohnformen angeboten werden, weil es für ältere Menschen eher schwierig ist, sich in einer fremden Umgebung (in einem neuen Stadtteil) zu Recht zu finden und dort neue soziale Kontakte zu knüpfen. Insbesondere in Stadtteilen mit einem wachsenden Anteil älterer Menschen sollen die Barrierefreiheit des Wohnumfeldes, ein ausreichendes Angebot zur Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, der medizinischen Versorgung sowie ein bedarfsgerechtes soziales und kulturelles Angebot sichergestellt werden. Dabei wird zu prüfen sein, ob ein solcherart nachfrageorientiertes Wohnungsangebot die räumliche Verteilung der Altersentwicklung berücksichtigen kann. Quartiersprofile liefern hier wertvolle Hinweise zu Handlungsnotwendigkeiten. Hieraus sind stadtteilbezogene Konzepte zu entwickeln.

Eine erste Analyse zeigt, dass 2005 in sechs Stadtteilen der Anteil der über 60jährigen bei 30 Prozent und mehr lag. 2025 wird dies nach der Bevölkerungsprognose in 20 Stadtteilen der Fall sein (Abbildung 14). Die Schwerpunkte liegen prognostisch dann im rechtsrheinischen Südosten (zum Beispiel in Porz) und im linksrheinischen Nordwesten (zum Beispiel in Chorweiler). Zugleich befinden sich in diesen Arealen die Stadtteile mit dem höchsten prognostizierten Bevölkerungsrückgang zwischen 2006 und 2025 (10 % und mehr bei einem gesamtstädtischen Zuwachs von 0,7 %).

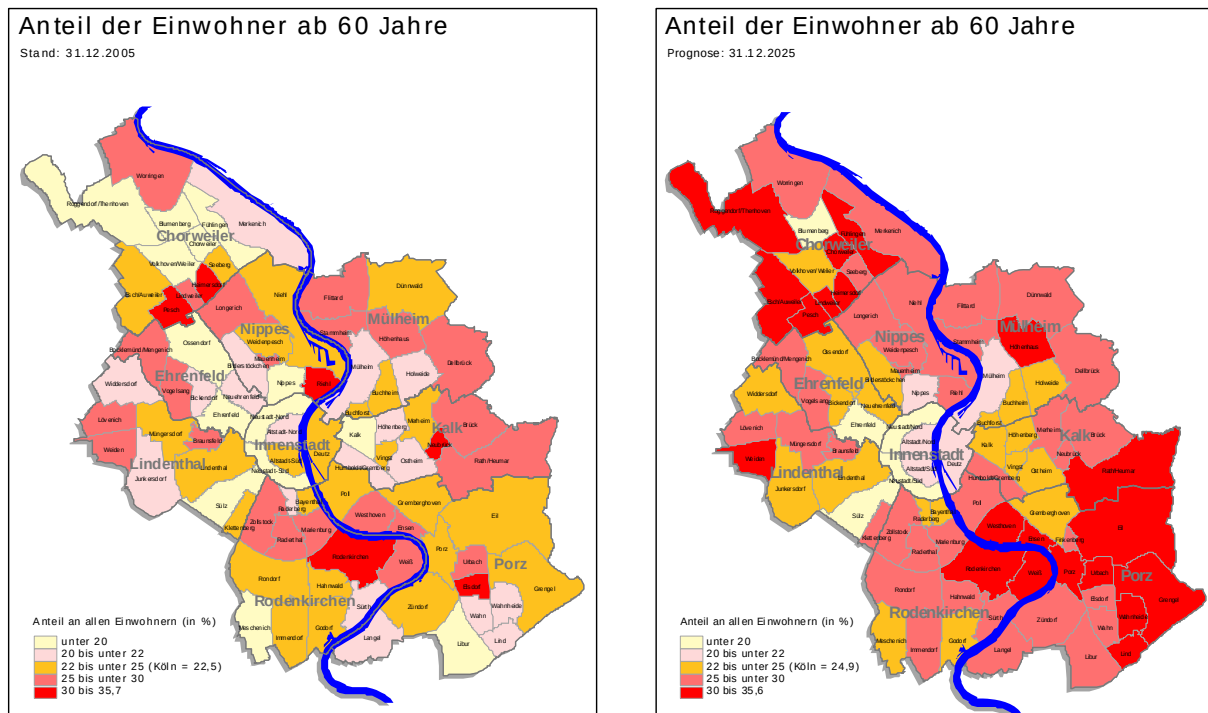
Nachbarschaftliche Unterstützung von Jung und Alt und bürgerschaftliches Engagement, zum Beispiel in Alten- und Servicezentren sowie bei Stadtteil- und Bewohnertreffs sind zukunftsfähige Modelle. Die Förderung des Mehrgenerationenwohnens ist eine von vielen möglichen Antworten auf die zunehmende Individualisierung der Bevölkerung und die Auflösung traditioneller Familienformen. Inhalt des städtischen Konzeptes „Mehrgenerationenwohnen“⁴⁶ ist das Zusammenleben mehrerer Generationen, die sich innerhalb der Hausgemeinschaft organisieren, gemeinsame Aktivitäten entfalten und vor allem sich gegenseitig unterstützen und helfen. Zur Förderung dieser neuen Wohnformen hat die Stadt fünf Pilotprojekte initiiert, verbunden mit der Hoffnung, dass sich diese

⁴⁵ Im geförderten Wohnungsbau ist seit 1998 die Barrierefreiheit vorgeschrieben.

⁴⁶ Beschluss des Rates vom 15.12.2005

Wohnform bei den zu erwartenden positiven Erfahrungen in Zukunft auch ohne finanzielle städtische Förderung weiter verbreiten wird.

Abbildung 14 Anteil der Einwohner ab 60 Jahre 2005 und 2025



Der geförderte Wohnungsbau stellt sich mit den Zielsetzungen der jeweiligen Wohnungsbauprogramme und der daraus resultierenden Angebote den Anforderungen des demographischen Wandels bereits in vorbildlicher Form. Diese Angebote betreffen sowohl den Neubau als auch den Wohnungsbestand. Neben Universalwohnungen, die für alle Haushalte nutzbar sind, gibt es spezielle Angebote für Haushalte mit Kindern und ältere Menschen, zum Beispiel die Förderung selbst genutzten Eigentums und Miet-Einfamilienhäuser für Haushalte mit Kindern. Für ältere Menschen kommen zum Beispiel ambulant betreute Gruppenwohnungen und behindertengerechte Wohnungen in Betracht. Damit ist der geförderte Wohnungsbau mit seinen günstigen Mieten bereits in hohem Maße demographiefest.

Die Bevölkerung Kölns wächst insbesondere durch den Zuzug junger Menschen; hierdurch fällt die Alterung in Köln relativ moderat aus. Der Zuzug nach Köln erfolgt mit Beginn einer Ausbildung, mit Aufnahme eines Studiums oder mit dem Eintritt in das Berufsleben. Hier zeigt sich die Attraktivität Kölns als Universitätsstadt und Arbeitsstandort. Bei der weiter zunehmenden Zahl der Ein- und insbesondere der Zweipersonenhaushalte werden unterschiedliche Nachfragergruppen am Markt vertreten sein: Singles aller Generationen, Studenten, junge Gründer von Haushalten. Die Nachfrage dieser Personen nach kleineren Wohnungen richtet sich hauptsächlich auf innerstädtische und innenstadtnahe Lagen, in denen sie das gewünschte Lifestyleangebot und die Nähe zum Ausbildungs- und Arbeitsplatz finden. Für studentische Haushalte sind dies vor allem die Stadtquartiere im Universitätsumfeld, die nordwestliche Innenstadt und wegen der Fachhochschule der Stadtteil Deutz. Weil jedoch in der Innenstadt das Wohnungsangebot für diese Zielgruppe eher knapp ist, weichen sie auch in andere Kölner Wohnquartiere aus, zum Beispiel nach Nippes und Ehrenfeld.

- Da kleine Wohnungen in urbanen Wohnlagen nachgefragt sind und deshalb eine wichtige Funktion am Wohnungsmarkt für junge Zuzügler einnehmen,

sind die Wohnqualitäten in diesen Lagen zu erhalten und behutsam die Bestände qualitativ weiterzuentwickeln.

- Auch im Hinblick auf preisdämpfende Effekte in diesem Teilmarkt sind studentische Wohnangebote auszuweiten.

Fazit und erkannter Handlungsbedarf

- Der demographische Wandel wirkt auf den Wohnungsbedarf nicht über die Gesamtzahl, sondern über strukturelle Änderungen (längere Altersphase, Haushaltsverkleinerung et cetera). Vor allem diesen strukturellen Änderungen muss Rechnung getragen werden. Die unterschiedlichen Anforderungen, die aus der Änderung der Bevölkerungsstruktur erwachsen, erfordern eine Anpassung des Wohnraumangebots in Richtung einer Vielzahl unterschiedlicher Wohnformen, die jeweils der Lebenssituation angepasst sein müssen (zum Beispiel durch flexible Wohnungszuschnitte).
- Neben der Veränderung der Alterstruktur sind ebenso räumliche Schwerpunkte mit auffälligen Größenveränderungen (Schrumpfung), mit sozial-problematischer Bevölkerungsstruktur (zum Beispiel niedriges Einkommen, niedriger Bildungsstand, hohe Arbeitslosigkeit) über ein geeignetes Monitoringinstrument zu beobachten, um frühzeitig Hinweise für Eingriffsnotwendigkeiten zu gewinnen.
- Die Stadt muss sich ihre Kooperations- und Steuerungsmöglichkeiten erhalten, um als Akteur auf dem Wohnungsmarkt bedarfsorientiert und effizient handeln zu können. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Wohnungspolitik wesentlich von Rahmenbedingungen der Bundes- und Landespolitik abhängt. Die bisherigen Stadtumbauprogramme oder das Programm „Soziale Stadt“ sind positive Beispiele für eine gezielte räumliche Ausrichtung der Wohnungspolitik.
- Regionale Kooperationen sind hilfreiche Instrumente der Steuerung des Wohnungsangebots und der Wohnungsnachfrage. Nicht nur wegen der Flächenknappheit in der Kernstadt, sondern auch wegen der immer noch laufenden Zersiedlung des Umlands ist eine Verbesserung der regionalen Abstimmung unerlässlich.
- Die Alterung der Bevölkerung hat mittelbar zur Folge, dass die Wohnflächeninanspruchnahme pro Kopf steigt. Nach der Familienphase und auch im weiteren Zeitablauf wird die Personenzahl je Wohneinheit immer kleiner. Wo früher Familien wohnten, verbleiben am Ende oft Alleinstehende. Die Folge ist, dass aus dem Wohnungsbestand nicht genug große Wohnungen beziehungsweise Einfamilienhäuser frei werden für die nachfragenden „jungen Familien“.
- Der demographische Wandel verlangt insbesondere altengerechte Wohnungen sowie Wohnungen, die für Haushalte mit Kindern geeignet sind. Weitere Nachfragergruppen sind in diesem Zusammenhang zum Beispiel Studenten, Auszubildende (Singles) oder junge Paare. Der Anteil von Haushalten mit kleinen Einkommen ist bei diesen Gruppen besonders hoch. Hier und auch bei einer Vielzahl anderer Fälle helfen nur preisgünstige Wohnungen, wie es sie im geförderten Wohnungsbau gibt. Bei diesen Wohnungen handelt es sich um Universalwohnungen von guter Qualität, die

für alle Gruppen nutzbar sind. Speziellen Bedürfnissen, wie zum Beispiel bei Rollstuhlfahrern, kann ebenfalls Rechnung getragen werden. Da der Anteil dieser Wohnungen trotz steigender Nachfragepotenziale immer mehr zurückgeht, ist es auch mit Blick auf den demographischen Wandel geboten, den Anteil von preisgünstigen Wohnungen stabil zu halten.

- Langfristig - über den Betrachtungszeitraum bis 2025 hinaus - wird der weiter ansteigende Anteil Hochbetagter die Fragen nach den Bedingungen des Wohnens im Alter - Barrierefreiheit, soziale und Gesundheitsversorgung, betreutes Wohnen et cetera - noch dringlicher machen.

3.6 Versorgung mit Waren und Dienstleistungen

Die Handlungsziele (Polyzentrische Stadtstrukturen - Stärkung der Geschäftszentren - Sicherung der wohnortnahen Versorgung) und der demographische Wandel

Die Zentrenkonzeption von 1992 gliedert das polyzentrische Kölner Zentrensystem nach räumlich funktionalen Kriterien in die City einschließlich der Cityrandlagen, Bezirks- Mittelbereichs- und Nahbereichszentren (Abbildung 15). Auch das Nahversorgungskonzept Köln aus dem Jahr 2003⁴⁷ bleibt und das Einzelhandelskonzept Köln⁴⁸ wird bei dieser räumlich funktionalen Ordnung bleiben. Oberstes Ziel des Einzelhandelskonzepts und aller weiteren Fachkonzepte ist es, die vorhandenen Geschäftszentren zu stärken und die wohnortnahe Versorgung zu sichern.

Neben ihrer Hauptaufgabe, dem Zentrentyp entsprechende Angebote des Einzelhandels und ergänzend Dienstleistungen, Gastronomie und soziale Infrastruktur vorzuhalten, sind die Geschäftszentren aber auch Orte der Identifikation, Begegnung und Kommunikation und damit Mittelpunkte des öffentlichen und kulturellen Lebens im jeweiligen Siedlungsbereich. Darüber hinaus bieten sie in der Regel den Vorteil kurzer Wege und einer guten Anbindung durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Es müssen jedoch auch die Siedlungsbereiche mit Gütern des täglichen Bedarfs versorgt werden, die außerhalb des fußläufigen Einzugsbereichs der Geschäftszentren liegen. Zumindest die Grundversorgung mit Lebensmitteln und Drogerieartikeln sollte auch hier gesichert sein.

Das Nahversorgungskonzept legt für den fußläufigen Einzugsbereich einen Radius von 700 Metern zugrunde. Das entspricht einem Fußweg von zirka 10 bis 15 Minuten. Zurzeit wird im Rahmen der Erstellung des Einzelhandelskonzepts überlegt, ob dieser Radius auch aufgrund des demographischen Wandels auf 500 Meter reduziert werden soll.

Um auf der einen Seite bestehende Geschäftszentren stärken und auf der anderen Seite die wohnortnahe Versorgung in der Fläche sichern zu können, müssen bestimmte Regeln eingehalten werden. Weitere Details hierzu, insbesondere zur

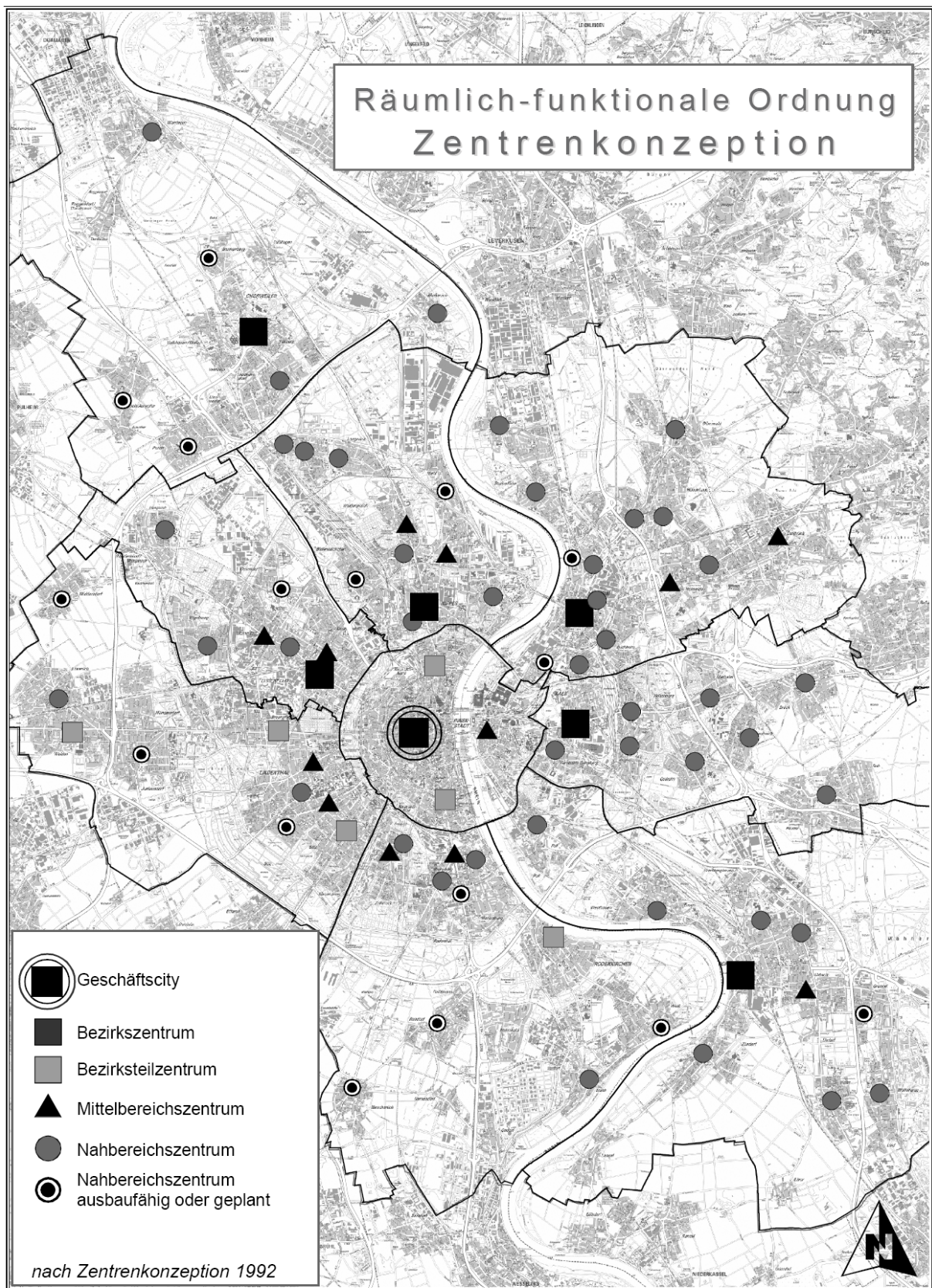
⁴⁷ Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 3. Juni 2003

⁴⁸ wird zurzeit erarbeitet

Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe⁴⁹, sind im Nahversorgungs- und im Einzelhandelskonzept nachzulesen.

⁴⁹ nach Einzelhandelserlass und § 24 a Landesentwicklungsprogramm-LEPro

Abbildung 15 Geschäftszentren in Köln



Quelle: Stadt Köln, Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Der Strukturwandel im Lebensmitteleinzelhandel ist gekennzeichnet durch eine deutlich sinkende Zahl von Betrieben und den Rückzug der Supermärkte und Discounter aus den gewachsenen Geschäftszentren. Sie bevorzugen autogerechte Standorte an Ausfallstraßen und in Gewerbegebieten bei gleichzeitiger Vergrößerung der Verkaufsflächen und des Parkplatzangebots. Dadurch verschlechtert sich in den betroffenen Geschäftszentren nicht nur die Versorgung, sondern es fehlen auch die Frequenzbringer als Anziehungspunkte für die Kundschaft, die sich dann auch positiv auf die umliegenden kleineren Geschäfte auswirken. Das ist häufig der Beginn einer weiteren negativen Entwicklung hin zu Leerständen und allgemeinem Qualitätsverlust der Angebote. Hiervon am stärksten betroffen sind nichtmobile Haushalte und ältere Menschen.

Auch ohne demographischen Wandel bestünde das Erfordernis, das polyzentrische System der Kölner Geschäftszentren zu stärken und die Nahversorgung möglichst flächendeckend zu sichern. Doch mit Blick auf den demographischen Wandel ergeben sich einige besondere Aspekte und Handlungsbedarfe. Zwar stellen verschiedene Altersgruppen auch unterschiedliche Ansprüche an das Angebot, aber das ist nur ein Aspekt von mehreren für die Überlebensfähigkeit eines Geschäftszentrums. Wichtig sind auch die städtebauliche Qualität, die Aufenthaltsfunktion des Straßenraums, Bäume, Grünflächen, die Nutzungsmischung mit Dienstleistungen, öffentlichen Einrichtungen und nicht zuletzt die Gastronomie. Ausschlaggebend ist jedoch die Bevölkerungsstruktur und -zahl im Einzugsbereich.

Das heißt, die für die Versorgung wichtigere Größe ist der prognostizierte Bevölkerungsrückgang von Zehn Prozent und mehr in einigen Stadtteilen der Stadtbezirke Chorweiler, Porz und Kalk. Bedeutend ist auch der Anstieg des Anteils der Einwohner ab 60 Jahre auf 30 Prozent und mehr von sechs Stadtteilen im Jahr 2005 auf 20 Stadtteile im Prognosejahr 2025. Bei dieser Altersgruppe ist mit zunehmender Einschränkung der Mobilität zu rechnen. Wenn Bevölkerungsrückgang und Alterung in einem Stadtteil zusammen auftreten, dann wird es eine besondere Herausforderung sein, geeignete Maßnahmen und Konzepte zu entwickeln, um auch hier die Nahversorgung sichern zu können.

Allgemein gültige Lösungen wird es nicht geben. Es ist deshalb ein Monitoring zu installieren, das die durch die Bevölkerungsprognose bereits als absehbar problematisch identifizierten Stadtteile besonders genau beobachtet. Nur dann besteht eine Chance, kritische Entwicklungen so frühzeitig zu identifizieren, dass noch Handlungsmöglichkeiten bestehen.

Fazit und Handlungsbedarf

- Schrumpfende Stadtteile bedeuten für die betroffenen Geschäftszentren auch einen Rückgang der Kaufkraft und damit der Nachfrage.

Wenn ein Geschäftszentrum wegen sinkender Bevölkerungszahlen nicht zu halten ist, in einer Einfamilienhaussiedlung fast nur noch Singles wohnen oder die Bevölkerungszahl in einem nicht versorgten Bereich für die Ansiedlung eines herkömmlichen Supermarktes oder Discounters nicht ausreicht, dann müssen alternative Lösungen für die Versorgung gesucht und gefunden werden. Auch der Handel selbst wird sich dieser Herausforderung stellen und mit neuen Konzepten reagieren müssen.

Kleinflächenkonzepte wie zum Beispiel

- „Ihr Kaufmann“
- „Shop-Treff“ (Handel in Verbindung mit Bankdienstleistungen)
- „Der Bergische Regionalladen“ (Kombination von Einzelhandel, Dienstleistungen, Gastronomie und Kommunikation auf kleiner Fläche; eingesetzt werden vor allem ältere, zuvor arbeitslose Personen)
- „Cap-Markt“ (Lebensmittelmarktkonzept der Werkstätten für Menschen mit Behinderung)

Weitere Alternativen:

- Mobiler Handel: Wochenmärkte, Verkaufswagen vor der Haustür
- Car-Sharing, Nachbarschaftshilfe, Rufbusse, Fahrservice für ältere Bewohner
- Bringservice: Einkauf und Lieferung auf Bestellung

Kleinflächenkonzepte haben sich bereits in der Praxis bewährt, bisher aber eher im ländlichen Raum. Ob sich dieser Ansatz auch für die Stadt eignet, muss sich in der konkreten Anwendung noch erweisen. Der wesentliche Erfolgsfaktor ist die Beteiligung aller Akteure vor Ort, insbesondere der Kundschaft und ihrer Wünsche, auch das Angebot betreffend.

All diese Maßnahmen müssen mit Augenmaß für den konkreten Fall ausgesucht und angewendet werden. Es kann auch sinnvoll sein, sie in einem Baukastensystem zu kombinieren.

- Die Zunahme von Alten und Hochbetagten spezialisiert die Nachfrage und stellt neue Anforderungen an den Service.
 - Kleine Packungen, große Beschriftung
 - Sitzgelegenheiten im Supermarkt
 - Barrierefreier Zugang und ausreichend breite Gänge für Rollstühle und Rollatoren
 - Medizinische, technische und andere Hilfsmittel zur Bewältigung des Alltags
 - Personenbezogene Dienstleistungen
 - Handwerkliche Angebote/Unterstützung
- Die Nahmobilität muss erhalten und gefördert werden, insbesondere für Familien und ältere Menschen.

Nahversorgung, das sind im Kern Lebensmittel und Drogerieartikel, benötigen alle Bevölkerungsgruppen in jedem Alter. Für die nicht motorisierten Haushalte und älteren Menschen ist es jedoch besonders wichtig, dass Nahversorgung auch wirklich nah ist und zu Fuß, mit dem Fahrrad oder wenigstens mit dem

Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gut zu erreichen ist. Hier gibt es einige Ansatzpunkte und Handlungsmöglichkeiten:

Fuß- und Radwege sollten in einem guten baulichen Zustand und genügend breit sein und es sollte sichere Querungsmöglichkeiten - Bordsteinabsenkung und Ampeln oder Zebrastreifen - an Hauptverkehrsstraßen geben. In ihrem Verlauf sollten Orte zum Ausruhen, Treffen und Beobachten vorhanden sein. Auch die Einrichtung von Tempo-30-Zonen in Wohngebieten ist hier sehr hilfreich. Barrierefreiheit und demographischer Wandel müssen sowohl bei der Stadt-, als auch bei der Verkehrsplanung ganz selbstverständlich berücksichtigt werden.

Der ÖPNV sollte sich familien- und seniorenfreundlich aufstellen:

- durch barrierefreie Haltestellen und Fahrzeuge,
- durch Platz für Kinderwagen, Fahrräder, Rollstühle und Rollatoren in den Fahrzeugen,
- durch Fahrradabstellplätze an den Haltestellen,
- durch gute Lesbarkeit von Fahrplänen und Schildern an den Haltestellen auch durch ausreichend große Schrift,
- durch Verbesserung der Orientierung in U-Bahn-Haltestellen durch eindeutige Beschilderung: Ausgang Bezirksrathaus, Museum et cetera,
- durch Einführung weiterer Küchenfahrpläne,
- durch Begleit-Service für ältere Menschen.

3.7 Mobilität

Mobilitätsentwicklung in der jüngeren Vergangenheit

In der Mobilitätsentwicklung der vergangenen zwei bis drei Jahrzehnte konnten – trotz sukzessiver Steigerungen der Bevölkerungszahl und einem weiteren Anstieg der Pendlerverflechtungen mit dem Umland – durchaus differenzierte Entwicklungen beobachtet werden. Bis zum Ende des letzten Jahrhunderts stieg das Verkehrsaufkommen bei allen Verkehrsträgern an. Seit Anfang dieses Jahrhunderts koppelte sich zumindest die Entwicklung im motorisierten Individualverkehr (MIV) in der Kernstadt von diesem allgemeinen Trend etwas ab. Dies lässt sich an zwei Befunden nachweisen: So sank die Anzahl der zugelassenen Pkw trotz steigender Bevölkerung zwischen 2001 und 2005 um über 6.000 Fahrzeuge (1,5 %). Dies führte zur Abnahme der Pkw-Dichte in Köln von 485 (2000) auf 475 Pkw pro 1.000 Einwohner ab 18 Jahren (2005). Diese Abnahme vollzog sich vor allem in der Innenstadt und den innenstadtnahen Stadtbezirken (Innenstadt -5,3 %, Ehrenfeld -7,3 %, Nippes -3,3 %, Kalk -5,0 %), während die Pkw-Dichte im Außenbereich zum Teil noch leicht zunahm. Gleichzeitig reduzierte sich das Pkw-Aufkommen an diversen Knotenpunkten in der Innenstadt in den letzten zehn Jahren um bis zu zehn Prozent.

Parallel dazu wurden in den vergangenen zehn bis 15 Jahren enorme Anstrengungen unternommen, um die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs attraktiver zu machen. Hierzu zählt ein ganzer Strauß von Maßnahmen, über infrastrukturelle (Ausbau des S-Bahn- und Stadtbahnnetzes,

Umbau von Stadtbahn- und Bushaltestellen für einen niveaugleichen Zugang), organisatorische (Neuplanung von Bus-Teilnetzen, Einführung des NachtTaks, Rendezvous-System zur abendlichen Anschlusssicherung), Maßnahmen der Fahrgastinformationen (Echtzeitanzeigen an Haltestellen, übersichtlichere Aushangfahrpläne, Einführung von Minifahrplänen) bis hin zu Maßnahmen in der Tarifgestaltung (Einführung von Semester-, Job-, Schülerticket, vereinfachte Tarifgestaltung). Dadurch gelang es, die Fahrgastentwicklung im ÖPNV dauerhaft positiv zu gestalten.

Im unmotorisierten Verkehr verlief die Entwicklung uneinheitlich. Durch Wegfall wohnortnaher Versorgungsinfrastruktur und Eröffnung von Discountermärkten an autoaffinen Standorten nahm der Fußwegeanteil im Einkaufsverkehr in den letzten Jahren signifikant ab. Demgegenüber führten Maßnahmen in den Ausbau der Fahrradinfrastruktur, unter anderem im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte in NRW“, wie zum Beispiel die Anlage von Radwegen beziehungsweise Angebotsstreifen für den Radverkehr, die Öffnung von Einbahnstraßen für Fahrradfahrer, die Anlage und Beschilderung von Velorouten sowie der Ausbau von Bike&Ride-Anlagen, zu einer deutlichen Zunahme des Fahrradanteils in Köln.

Durch die vorgenannten Maßnahmen und Entwicklungen traten Veränderungen im modal split (Aufteilung des Verkehrsaufkommens auf die einzelnen Verkehrsträger) in folgender Größenordnung ein:

Tabelle 24 Entwicklung des modal split in Köln zwischen 1982 und 2006

	1982	2006	Veränderung
zu Fuß	25%	24%	- 1 Prozentpunkt
Fahrrad	9%	12%	+ 3 Prozentpunkte
MIV	48%	43%	- 5 Prozentpunkte
ÖPNV	18%	21%	+ 3 Prozentpunkte

Das Amt für Stadtentwicklung und Statistik hat im Jahr 2007 ein Gutachten mit dem Titel „Mobilitätsentwicklung in Köln bis 2025“ in Auftrag gegeben. Aufgabe des Gutachters war es, auf der Basis der aktuellen kleinräumigen Bevölkerungsprognose einerseits und von Haushaltsbefragungen zum Verkehrsverhalten andererseits eine Abschätzung über die werktägliche Mobilität der Kölnerinnen und Kölner für die Prognosezeitpunkte 2015 und 2025 vorzunehmen. Ausdrücklich ausgenommen von der Prognoseberechnung sollten andere Einflussfaktoren, die sich heute noch nicht mit hinreichender Genauigkeit quantifizieren lassen, wie zum Beispiel die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die Preisentwicklung (insbesondere im Mobilitätssektor) oder das Ausmaß der Altersarmut. Mit den Ergebnissen des Gutachtens verfügt die Stadt Köln daher über valide Aussagen zum Einfluss des Demographischen Wandels auf die Personenmobilität in Köln.

Annahmen der Mobilitätsprognose

Für die Mobilitätsprognose sind Korrekturfaktoren berücksichtigt worden, um den veränderten zukünftigen Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Dabei handelt es sich um klar absehbare Veränderungen und um quantifizierbare Entwicklungstendenzen, im Einzelnen:

- die Zunahme des Führerscheinbesitzes bei älteren Frauen,

- die Zunahme der Erwerbsquote von Frauen und
- die generelle Zunahme der Erwerbstätigkeit im Alter.

Durch die eingesetzten Korrekturfaktoren verändern sich die Ausgangswerte von 2006 folgendermaßen:

Innerhalb der nächsten beiden Zehn-Jahres-Perioden wird der Anteil der Führerscheinbesitzer um jeweils Drei Prozent ansteigen. Dies hängt vorwiegend mit der Zunahme des Führerscheinbesitzes bei den Frauen ab einem Alter von 45 Jahren und älter zusammen.

Aufgrund des Frauenüberschusses werden im Jahr 2015 mehr Frauen als Männer einen Führerschein in Köln besitzen (Frauen: zirka 394.000, Männer: zirka 387.000). Die Differenz wird sich 2025 noch erhöhen (Frauen: zirka 416.000, Männer: zirka 392.000).

Auch in der Erwerbstätigkeit werden die wesentlichen Veränderungen durch die Zunahme der Alters- und Frauenerwerbstätigkeit getragen.

Ergebnisse der Mobilitätsprognose bis 2025

Veränderung der Verkehrsmittelverfügbarkeit

Die Anzahl der Führerscheinbesitzer wird um sechs Prozentpunkte auf 91 Prozent steigen. Der Anteil der Personen, die zukünftig kontinuierlich über einen Pkw verfügen kann, wird auf der Grundlage der Hochrechnungen von 59 Prozent (2006) auf 63 Prozent im Jahr 2025 zunehmen (Tabelle 25) und auch der Anteil der Haushalte mit Auto wird sich von 72 auf 76 Prozent weiter erhöhen.

Tabelle 25 **Verfügbarkeit über ein Auto (Personen 18 Jahre und älter) 2006, 2015, 2025**

	Verfügbarkeit über ein Auto		
	2006	2015	2025
immer	59%	62%	63%
zeitweise	17%	17%	17%
nie	24%	21%	20%
gesamt	100%	100%	100%

Veränderung der zukünftigen Wegeanzahl

Obwohl die durchschnittliche Wegeanzahl zukünftig bei 3,8 täglichen Wegen konstant bleibt, wird sich die tägliche Wegeanzahl der Kölner Bevölkerung im Vergleich zum Ausgangsjahr 2006 (3,515 Millionen) um 40.000 bis 2015 und um 47.000 Wege bis 2025 erhöhen. Dies entspricht zwar nur einer relativen Steigerung um +1,1 Prozent (2015) beziehungsweise +1,3 Prozent (2025). Allerdings entspricht diese Zunahme der täglichen Wegeanzahl aller Bewohner eines ganzen Stadtteiles in der Größe von Sürth. Die Erhöhung der täglichen Wegeanzahl resultiert vorwiegend aus der höheren Mobilität der zukünftigen „Alten“ und dem Bevölkerungszuwachs. In der durchschnittlichen Wegeanzahl je Person und in der Aufteilung nach Wegehäufigkeiten sind in den nächsten Jahrzehnten keine strukturellen Unterschiede zu erwarten.

Tabelle 26 **Prognostizierte Wegeanzahl nach Altersklassen der Kölner Wohnbevölkerung 2006, 2015,**

Altersklassen	Wegeanzahl				
	2006	2015	Veränderung 2006-2015 in %	2025	Veränderung 2006-2025 in %
6 bis 9 Jahre	131.000	119.000	- 9,2%	119.000	- 9,0%
10 bis 17 Jahre	253.000	240.000	- 5,1%	224.000	- 11,2%
18 bis 24 Jahre	320.000	330.000	+ 3,1%	320.000	0,0%
25 bis 34 Jahre	656.000	675.000	+ 2,9%	670.000	+ 2,0%
35 bis 44 Jahre	766.000	661.000	- 13,7%	667.000	- 12,9%
45 bis 54 Jahre	516.000	609.000	+ 18,1%	538.000	+ 4,2%
55 bis 64 Jahre	379.000	410.000	+ 8,1%	480.000	+ 26,7%
65 bis 74 Jahre	320.000	289.000	- 9,6%	309.000	- 3,6%
75 Jahre u.ä.	175.000	222.000	+ 27,3%	236.000	+ 34,9%
gesamt	3.515.000	3.555.000	+ 1,1%	3.562.000	+ 1,3%
Durchschnitt	3,8	3,8	+ 0,1%	3,8	+ 0,1%

2025

Die erwartete Altersstrukturverschiebung bewirkt, dass insbesondere die älteren Einwohner absolut gesehen mehr Wege zurücklegen werden. Dagegen sinken die absoluten Werte von Kindern und Jugendlichen.

Veränderungen in der Verkehrsmittelwahl

Bei der Verkehrsmittelwahl zeigen sich bis 2025 Verschiebungen hin zum MIV von 41,7 Prozent auf 43,4 Prozent zulasten des Fußverkehrs sowie des ÖPNV.

Tabelle 27 **Modal split (alle Wege) der Kölner Wohnbevölkerung 2006, 2015, 2025**

Verkehrsmittel	modal split		
	2006	2015	2025
zu Fuß	24,4%	23,7%	23,6%
Fahrrad	12,1%	12,0%	11,9%
Pkw/Krad (Fahrer)	34,3%	35,6%	36,0%
Pkw (Mitfahrer)	7,4%	7,4%	7,4%
ÖPNV	21,2%	20,7%	20,4%
sonstiges	0,7%	0,6%	0,6%
Gesamt	100%	100%	100%

Die relative Abnahme der zukünftigen Bedeutung des ÖPNV liegt einerseits an der steigenden Pkw-Verfügbarkeit im Alter, andererseits ist dies mit der Abnahme der Zahl der Kinder und Jugendlichen zu erklären.

Rechnet man die Prozentzahlen in tägliche Fahrten beziehungsweise Wege um, werden die Veränderungen deutlicher. Der Kfz-Verkehr würde demnach bis 2025 um 78.000 Fahrten beziehungsweise um 6,5 Prozent steigen. Der ÖPNV nimmt dagegen bis 2025 um 19.000 Fahrten beziehungsweise 2,6 Prozent ab. Auch der Fußverkehr nimmt um 1,9 Prozent um 16.000 Wege ab, während der Radverkehr weitgehend sein Niveau hält.

Tabelle 28 **Prognostizierte Wegeanzahl bis 2025 nach Verkehrsmitteln**

Verkehrsmittel	Wegeanzahl				
	2006	2015	Veränderung 2006-2015 in %	2025	Veränderung 2006-2025 in %
zu Fuß	857.000	842.000	- 1,8%	841.000	- 1,9%
Fahrrad	425.000	427.000	+ 0,5%	424.000	- 0,2%
Pkw/Krad (Fahrer)	1.205.000	1.266.000	+ 5,1%	1.283.000	+ 6,5%
Pkw (Mitfahrer)	260.000	263.000	+ 1,2%	263.000	+ 1,2%
ÖPNV	745.000	736.000	- 1,2%	726.000	- 2,6%
sonstiges	24.000	21.000	- 12,5%	21.000	- 12,5%
Gesamt	3.515.000	3.555.000	+ 1,1%	3.562.000	+ 1,3%

Veränderungen beim Wegezweck

Die Verteilung nach den einzelnen Wegezwecken bleibt künftig weitgehend konstant, einzig der Anteil der beruflichen Wege wird aufgrund der angenommenen höheren Alters- und Frauenerwerbstätigkeit etwas an Bedeutung gewinnen. Ausbildungs- und Schulwege sowie Begleitwege werden abnehmen, auch weil die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in dem Prognosezeitraum um neun Prozent sinken wird.

Tabelle 29 **Wegezweck 2005, 2015, 2025**

	Wegezweck		
	2006	2015	2025
Arbeitsplatz	21%	22%	22%
dienstlich/geschäftlich	8%	9%	9%
Schule / Ausbildung	10%	10%	9%
Versorgung	29%	29%	29%
Freizeit	25%	25%	25%
Begleitung	6%	6%	6%
Gesamt	100%	100%	100%

Erst langfristig zum Jahr 2035, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in das Renteneintrittsalter kommen, wird der Anteil der Arbeitswege wieder sinken.

Veränderungen der Wegelängen und des Verkehrsaufwandes

Die kurzen Wege bis Zwei Kilometer werden allein aufgrund der demographischen Veränderungen insgesamt leicht abnehmen. Dagegen werden längere Wege ab Zwei Kilometer an Bedeutung gewinnen. Die Durchschnittsentfernung pro Weg wird demzufolge von 8,0 auf 8,2 Kilometer steigen. Dies beruht im Wesentlichen auf der Verringerung des Anteils des nicht motorisierten Verkehrs und den höheren Anteilen im Berufsverkehr. Zusätzlich zu diesen demographisch bedingten Veränderungen werden für die Entwicklung der Wegelängen vor allem die siedlungsstrukturellen Bedingungen (Veränderung der Nahversorgung, zentralere Einrichtungen et cetera) bestimmend sein.

Der tägliche Verkehrsaufwand, also die zurückgelegten Entfernungen, wird zukünftig von derzeit 28,3 Millionen Personenkilometer um 2,7 Prozent auf 29,1 Millionen

Personenkilometer bis 2015 und um 3,3 Prozent auf 29,2 Millionen Personenkilometer bis 2025 zunehmen. Dies ist weitgehend auf eine Verlängerung der Wegeentfernungen zurückzuführen. Der Kfz-Verkehrsaufwand, von dem insbesondere der CO₂-Ausstoß abhängt, nimmt von 15 Millionen Personenkilometer um 5,3 Prozent auf 15,8 Millionen Personenkilometer 2015 und um 6,6 Prozent auf 16 Millionen Personenkilometer im Jahr 2025 zu. Diese Steigerungen sind einerseits durch die Verlängerung der Verkehrswege und andererseits durch eine Erhöhung der MIV-Wegeanteile zu erklären.

Die Veränderungen des Verkehrsaufwandes nach den einzelnen Bezirken erklären sich wiederum durch die Bevölkerungsgewinne beziehungsweise –verluste in diesen Stadträumen. So werden die größten Steigerungen bis 2025 in den Bezirken Rodenkirchen (+11,0 %), Lindenthal (+7,0 %) und Nippes (+5,1 %) erwartet, während die Entwicklung in Chorweiler deutlich negativ sein wird (-4,4 %). In allen anderen Stadtbezirken werden marginale Zunahmen des Verkehrsaufwands erwartet.

Zukünftige tageszeitliche Veränderungen

Die Anfangs- und Endzeiten der Wege werden sich gemäß Prognoseberechnung nur marginal verschieben. Es ist allerdings davon auszugehen, dass sich die Veränderungen aufgrund von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (zum Beispiel weitere Flexibilisierung von Arbeitszeiten, Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, Trend zur 24-Stunden-Stadt) stärker auswirken werden als aufgrund der demographischen Veränderungen.

Veränderungen der räumlichen Verkehrsbeziehungen

Die Veränderungen der räumlichen Beziehungen sind durchaus relevant und für die zukünftige Ausgestaltung des Verkehrssystems interessant. Sie werden überwiegend durch die Bevölkerungsverschiebungen auf Stadtbezirksebene zum Beispiel durch Neubauaktivitäten ausgelöst. In den Bezirken Rodenkirchen, Lindenthal und Ehrenfeld, in denen künftig ein Bevölkerungsgewinn erwartet wird, steigt das Wegeaufkommen in einem nennenswerten Umfang an (mehr als 4.000 Wege). Im Gegensatz dazu bewirken die prognostizierten Bevölkerungsverluste in Chorweiler und in Mülheim ein Absinken des täglichen Verkehrsaufkommens (- 4.000 Wege).

Die Innenstadt verzeichnet zwar im Untersuchungszeitraum einen leichten Bevölkerungsrückgang, aber die Anzahl der Wege mit einem Innenstadtbezug steigt weiter an. Zwischen 2015 und 2025 kommt es kaum noch zu signifikanten Veränderungen der räumlichen Verkehrsströme. Die innenstadtbezogenen Wege werden weiter leicht an Bedeutung gewinnen.

Fazit / Schlussfolgerungen / Handlungsbedarf

Da eine mengenmäßige Zunahme des Verkehrsaufkommens in größerem Ausmaß ausbleiben wird, ist ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur allein aufgrund des demographischen Wandels in Köln grundsätzlich nicht erforderlich.

Um den (geringfügigen) demographiebedingten Veränderungen im modal split, die eine Zunahme des Pkw-Verkehrs zulasten des ÖPNV und des Fußgängerverkehrs erwarten lassen, entgegenzusteuern, ist eine konsequente Förderung des ÖPNV und

des unmotorisierten Verkehrs – auch und gerade in Hinblick auf die Klimaschutzziele – angezeigt.

Die Förderung dieses sogenannten Umweltverbunds (Fußgänger, Fahrrad, ÖPNV) erhält gleichzeitig der auch in Köln alternden Gesellschaft die Chance zur Teilnahme an der städtischen Mobilität.

Dabei sollten infrastrukturelle und organisatorische Maßnahmen ergriffen werden, die der alternden Bevölkerung die Teilnahme am Verkehr erleichtern, wie zum Beispiel

- Erhalt, Aufwertung beziehungsweise Schaffung einer wohnortnahen Versorgungsinfrastruktur, damit Einkäufe auf kurzem Wege zu Fuß erledigt werden können,
- fußgängerfreundlichere Gestaltung der Querungen von Straßen, zum Beispiel durch Anpassung von Umläufen an Lichtsignalanlagen an die Bedürfnisse der Fußgänger,
- sichere Führung von Radwegen und Angebotsstreifen, insbesondere auch in
- Baustellenbereichen und an Knotenpunkten,
- behindertengerechte Ausgestaltung der Anlagen des Öffentlichen Nahverkehrs,
- Überprüfung der Haltestellenabstände in den Stadtvierteln mit einem hohen Anteil an älteren Personen,
- Einführung spezieller Ticketangebote für die wachsende Anzahl der Senioren.

4 Weiterführung des Prozesses: Kommunikation, Partizipation und Monitoring

Kommunikation und Partizipation

Die demographischen Veränderungen der Stadtgesellschaft haben gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und infrastrukturelle Folgen, die es - soweit beeinflussbar - mit einer geeigneten Stadtentwicklungsstrategie zu steuern gilt. Dabei sind die Anforderungen und Herausforderungen des demographischen Wandels nicht allein durch die politisch verantwortlichen Kräfte zu bewältigen, sondern nur durch die Zusammenarbeit der Akteure der Stadtgesellschaft. Dabei kommt der Bürgerschaft eine besondere Bedeutung zu, da sie sich einerseits durch die demographische Entwicklung in ihrer Struktur unmittelbar verändert, sie andererseits aber auch durch Aktivitäten und Verhaltensänderungen die Folgen des demographischen Wandels beeinflussen kann. Eine zukunftsfähige kommunale Strategie braucht die intensive und nachhaltige Kommunikation als notwendiges Fundament für eine erfolgreiche Kooperation und einen offenen, konstruktiven Dialog zwischen den Akteuren.

Wichtige Grundlage für ein Handlungskonzept zur Steuerung der Folgen des demographischen Wandels ist die Information, ob und welcher Handlungsbedarf für die einzelnen kommunalen Themenfelder unter den Bedingungen des demographischen Wandels gesehen wird. Der vorliegende Bericht ist in diesem Sinne ein wesentliches Modul eines Handlungskonzepts. Um die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Themenstellungen des demographischen Wandels kennenzulernen und sie in

den Prozess einbinden zu können, soll im Anschluss eine Phase der Bürgerkommunikation, -konsultation und -beteiligung als ein zweites Modul stattfinden.

Als erster Schritt wird zunächst eine kleinräumige repräsentative Befragung der Kölner Bevölkerung - **Demographieumfrage** - zu relevanten Sachverhalten des demographischen Wandels durchgeführt.

Die Ermittlung relevanter empirischer Informationen zur Lebenssituation, Lebens-einstellung und -führung der Kölner Bevölkerung führt zu Erkenntnissen über die Verhaltens- und Wertesituation sowie deren Veränderung, die mittelbaren und unmittelbaren Einfluss auf die demographische Entwicklung in den einzelnen Stadtquartieren haben.

Es ist zu erwarten, dass die demographische Entwicklung abhängig von räumlichen, sozialen und funktionalen Strukturen in Teilräumen ist und nicht stadteinheitlich verläuft. Aus diesem Grunde ist die kleinräumige Repräsentativität sicherzustellen.

In der Befragung sollen neben der Erhebung statistischer Merkmale folgende Themenbereiche behandelt werden:

- Familiensituation (unter anderem Struktur, Kinderzahl, Betreuungssituation)
- Familienplanung (unter anderem Lebensentwürfe, Kinderwunsch)
- Lebenssituation (unter anderem Wohnen, Wohnzufriedenheit, Erwerbstätigkeit, Nutzung von Angeboten/Fördermaßnahmen, wirtschaftliche Lage, Zukunftsperspektive)
- Bildung, Bildungsverhalten
- Leben im Alter (unter anderem Altersvorsorge, Wohnen im Alter, Pflegeperspektive)
- Bindung an Köln / Mobilität (unter anderem allgemeine Zufriedenheit mit Stadt/Wohnumfeld, Umzugs- beziehungsweise Fortzugsabsicht)
- Standortqualität (unter anderem allgemeine Zufriedenheit, Familienfreundlichkeit, Aufenthaltsqualität im Wohnviertel, Wohnungsangebot, Arbeitsplätze, Infrastrukturen)
- Integration / Zusammenleben (Akzeptanz, Nachbarschaft, Netzwerke, Ehrenamt)

Ergänzend ist eine Befragung von Einwohnern mit Zuwanderungsgeschichte - **Integrationsumfrage** - in ausgewählten Sozialräumen zu integrationsrelevanten Themen erforderlich. Wie die Bevölkerungsprognose 2025/2035 belegt, wird der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund deutlich steigen, wobei die Zunahme in einzelnen Stadträumen unterschiedlich ausfallen wird. Die quantitative Bedeutung dieser Bevölkerungsgruppe - als Teil der Gesamtbevölkerung mit heterogenen Anforderungen und differenzierten Lebensstilen - für innerstädtische Entwicklungen wird steigen.

Um feststellen zu können, ob Bedarfe und Anforderungen sich spezifisch von denen der Gesamtbevölkerung unterscheiden, ist eine gesonderte Befragung geboten. Bei dieser Umfrage wird auf das Instrument des persönlichen Interviews zurückgegriffen,

weil es sich erwiesen hat, dass Migrantinnen und Migranten durch schriftliche Umfragen schwerer als die Gesamtbevölkerung zu erreichen sind, da sie zu einem überdurchschnittlichen Anteil zu den sogenannten „bildungsferneren Schichten“ gehören. Um auch Personen zu erreichen, die schlecht deutsch sprechen, einer schriftlichen Befragung ablehnend gegenüber stehen und/oder deren Interesse durch einen Fragebogen nicht geweckt werden kann, werden in ausgewählten Stadträumen die Interviews in den jeweiligen Herkunftssprachen geführt.

In der Befragung sollen neben der Erhebung statistischer Merkmale vor allem folgende Themenbereiche behandelt werden:

- Lebenssituation (unter anderem finanzielle Ausstattung, Wohnverhältnisse, Wohnwünsche)
- Bildung (unter anderem Bildungsverhalten, Bildungsverläufe, Bildungsintegration der Kinder)
- Erwerbsbeteiligung (unter anderem Einkommen, Arbeitslosigkeit, Barrieren beziehungsweise fördernde Aspekte, Nutzung von Angeboten/Fördermaßnahmen, Weiterbildung)
- Integration (im Sinne gleichberechtigter Teilhabe), Integrationsbereitschaft (ethnische Kontakte, kulturelle Teilhabe, Integrationshemmnisse, Mobilitätsverhalten, Sprachvermögen, Bindung an die Heimatkultur)
- Leben im Alter (unter anderem Altersvorsorge, Wohnen im Alter, Pflegeperspektive)

Der Bedarf an integrationsfördernden Maßnahmen ist stadtweit nicht gleich verteilt, sondern abhängig von bestimmten Strukturen der Stadtteile und Stadtquartiere. Ergänzend zu den Themen Integration und Zusammenleben in der stadtweiten Demographie-Umfrage soll deshalb die Integrations-Umfrage in ausgewählten Stadträumen durchgeführt werden, um die dort vermutete demographische und soziale Ungleichverteilung in ihrem Ursprung und ihrer Vielschichtigkeit genauer zu erfassen. Für die sozialräumliche Bewertung der hier zu betrachtenden Stadträume ist das Ergebnis des Kooperationsprojekts „Raumanalyse und Entwicklungsbeobachtung“ zwischen der Stadt Köln und dem Institut für intelligente Analyse- und Informationssysteme/ IAIS der Fraunhofer Gesellschaft hilfreich. Der hier interessierende Arbeitsschwerpunkt liegt in der Typisierung der 86 Kölner Stadtteile nach demographischen, sozialen und milieuspezifischen Strukturen. Ziel ist die Darstellung homogener Stadträume, die dann die Grundlage bilden für weitere Untersuchungen, zum Beispiel die Auswahl geeigneter Räume für die Integrationsumfrage.

Zur vertiefenden Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern und vor allem, um ihre Meinungen und Einstellungen zu den von der Verwaltung aufgezeigten Handlungsschwerpunkten des Moduls 1 / Bericht zu erfahren, kann ein **Online-Dialog** auf einer der entsprechenden e-participation-Plattform über das Internet durchgeführt werden. Die angemessene Beteiligung schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen ist hier eine besondere Herausforderung. Inhaltlich sind die Aussagen des Verwaltungsberichts in geeigneter Form vorzulegen und es soll im Kern gefragt werden: Was soll die Stadt tun, um den dargestellten Handlungsbedarf zu decken? Der Dialog ist offen, jeder Bürger und jede Bürgerin kann Beiträge liefern, Vorschläge machen, zu anderen Vorschlägen Bewertungen abgeben oder

diese ergänzen. Die Bürger übernehmen eine Beraterrolle: Sie liefern Ideen, schreiben Kommentare und Bewertungen, die als zusätzlicher Input in die weitere Arbeit am Handlungskonzept Demographischer Wandel einfließen. Die Äußerungen aus der Bürgerschaft werden durch Bewertungen (jeder registrierte Teilnehmer am Dialog kann zu jedem Beitrag eine Wertung - ein pro oder ein contra - abgeben) in eine Reihenfolge gebracht. Die Vorschläge, Anregungen et cetera mit den höchsten Zustimmungswerten werden dem zuständigen Ratsgremium zur Entscheidung vorgelegt.

Monitoring

Zu einem Handlungsprogramm gehört auch die systematische Evaluation mit Hilfe eines Monitoring, mit dem die wichtigsten Kenngrößen des demographischen und des sozialen Wandels regelmäßig dargestellt und die Wirkungen der Konzepte und Maßnahmen geprüft werden.

Die Ergebnisse einer fortlaufenden Beobachtung und Bewertung stadtentwicklungsrelevanter Merkmale und Trends stellen die Grundlagen für zukunftsichernde stadtentwicklungspolitische Entscheidungen dar. Dabei spielen die Beobachtungsfelder Wirtschaft, Arbeitsmarkt, die Lebensverhältnisse der Kölner Bevölkerung, der Wohnungsmarkt, die Mobilität, der Wertewandel sozialer Milieus sowie die Einwohnerentwicklung und ihre Veränderungen eine zentrale Rolle. Vor dem Hintergrund immer knapper werdender Ressourcen kommt auch der Wirkung von Strategien, Konzepten und Projekten im Bereich der Stadtentwicklung eine immer größere Bedeutung zu.

Die Beobachtung entwicklungsleitender Trends ermöglicht zudem die im „Leitbild Köln 2020“ verabredeten Bestrebungen zur Erreichung der Leitbildziele. Damit wird dem Auftrag des Ratsbeschlusses zum Leitbild Köln 2020 vom 18.12.2003 entsprochen, der fordert, „geeignete Strukturen aufzubauen, welche die Zielerreichung durch ein fortlaufendes Controlling nachprüfbar machen.“

Kontakt

Bezugsadresse:

Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Stadthaus Deutz-Westgebäude
Willy-Brandt-Platz 2
50679 Köln

Impressum



Der Oberbürgermeister

Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Amt für Presse -und Öffentlichkeitsarbeit

www.stadt-koeln.de